

Protokoll des

außerordentlichen Bundesparteitages der SPD

14. 04. 2013

Messe Augsburg

DAS WIR ENTSCHEIDET

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	4
Geschäftsordnung	5
Eröffnung und Begrüßung	6
Sigmar Gabriel	
Konstituierung	24
Thorsten Schäfer-Gümbel	
Grußworte	28
Christian Ude	
Claudia Roth	
Rede des Kanzlerkandidaten der SPD	39
Peer Steinbrück	
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	69
Stella Kirgiane-Efremidis	
Bericht der Antragskommission	70
Olaf Scholz	
Generaldebatte	72
Beratung und Beschlussfassung Regierungsprogramm	96
Weitere Antragsberatung	116
Schlusswort	116
Andrea Nahles	
<u>Anhang</u>	
Delegierte	119
Rednerliste	132
Beschlussbuch	132

Tagesordnung

1. Eröffnung Sigmar Gabriel
2. Wahl des Parteitagspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
6. Grußwort des Spitzenkandidaten
der Bayerischen SPD für die Landtagswahl in
Bayern Christian Ude
7. Grußwort Bundesvorsitzende von Bündnis
90/Die Grünen Claudia Roth
8. Rede des Kanzlerkandidaten der SPD Peer Steinbrück
9. Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
10. Bericht der Antragskommission Olaf Scholz
11. Beratung und Beschlussfassung des Regierungsprogramms
12. Weitere Antragsberatung
13. Schlusswort Andrea Nahles

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Wahlen zum Parteivorstand, der Bundesschiedskommission und der Kontrollkommission werden mit einem elektronischen Wahlsystem durchgeführt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des §18 Abs 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD

am 14. 4. 2013 in Augsburg

Tagungsort: Messe Augsburg

Motto: *DAS WIR ENTSCHEIDET*

Beginn: 11.11 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter der Sozialdemokratie! Meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Gäste! Herzlich willkommen beim außerordentlichen Bundesparteitag der SPD hier in Augsburg! Herzlich willkommen in der Geburtsstadt Bertolt Brechts!

(Beifall)

- Dann sage mal noch einer, wir Sozis seien nicht literarisch gebildet! - Von Bertolt Brecht, der hier in Augsburg geboren wurde, stammt die Aufforderung: Verändere die Welt, sie braucht es! - Ich finde, das ist ein gutes Motto auch im 150. Jahr der deutschen Sozialdemokratie. Herzlich willkommen auf dem Bundesparteitag der SPD!

(Beifall)

Und herzlich willkommen und vielen Dank an Christian Ude, dass wir hier bei dir in deinem Heimatland zu Gast sein dürfen!

(Beifall - Zurufe: Ude!)

- Hier vorne sitzt der Fanclub!

Wir alle wissen, Christian: Das ist eine wichtige Wahl eine Woche vor der Bundestagswahl, und es wird Zeit für den demokratischen Wandel endlich auch in Bayern! Darum geht es!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, habt bitte Verständnis dafür, dass ich nicht alle hochrangigen Gäste der SPD heute hier begrüßen kann. Aber einen großen

Sozialdemokraten möchte ich doch besonders herzlich begrüßen. Hier vorne sitzt Erhard Eppler. Lieber Erhard, vielen Dank, dass du auch zu diesem Parteitag gekommen bist!

(Beifall)

Besonders freue ich mich darüber, dass jemand zu uns gekommen ist, der in Augsburg zu Hause ist und mit uns gemeinsam ab Oktober dieses Jahres regieren will. Herzlich willkommen Claudia Roth, die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall)

Liebe Claudia, schön, dass du hier bist und nachher auch zu uns sprechen wirst!

Koalitionen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, schließt man nicht, weil es irgendwie mathematisch passt - und übrigens auch nicht nur, damit man in Regierungsämter kommt. Wer nur in die Regierungssessel will und nicht weiß, was dort gemeinsam zu tun ist, der endet so wie CDU/CSU und FDP in den letzten dreieinhalb Jahren: im Dauerstreit und bei der Selbstbedienungsmentalität, wie sie unser Land noch nie gekannt hat.

(Beifall)

Auch SPD und Grüne sind zwei selbstständige und selbstbewusste Parteien. Ja, auch bei uns gibt es Unterschiede zwischen den künftigen Koalitionsparteien. Aber anders als bei den drei konservativen Regierungsparteien von Angela Merkel wissen wir, was wir gemeinsam wollen. Es gibt bei SPD und Grünen vor allem einen großen Schatz an Gemeinsamkeiten: SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen gemeinsam, dass es wieder fairer und sozial gerechter in Deutschland zugeht. Wir wollen zusammen für einen Neustart in der Energiewende sorgen. Rot und Grün eint der Wille, nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu leben, sondern nachhaltig, sozial, wirtschaftlich und finanziell Politik zu machen. SPD und Grüne wollen gemeinsam mehr Demokratie wagen und Europa und unser Land nicht länger den Banken und Finanzmärkten überlassen.

(Beifall)

Und - auch das ist für unsere gemeinsame Arbeit wichtig - wir wollen uns nicht nur um uns selbst kümmern, sondern auch um die Teile in der Welt, in denen Menschen hungern, Not leiden und unterdrückt werden oder um ihr nacktes Leben fürchten müssen, weil Krieg und Bürgerkrieg herrschen.

SPD und Grüne wollen nicht zuletzt gemeinsam Schluss damit machen, dass unser Land, dass Deutschland inzwischen unter der Führung von Angela Merkel zu einem der größten Waffenlieferanten der Welt geworden ist. Das muss zu Ende sein in unserem Land!

(Beifall)

Die anderen haben eine Koalition des Eigennutzes und des Lobbyismus geschlossen. Sie missachten alle bürgerlichen Werte von Ehrlichkeit, Anstand und Rücksichtnahme. CDU/CSU und FDP, liebe Freundinnen und Freunde, ist die Koalition von gestern. Die Koalition von morgen ist die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen!

(Beifall)

Wir wollen fair und solidarisch miteinander regieren. Liebe Claudia, das verspreche ich dir. Auch dafür steht das „WIR“ im Kongress- und Wahlkampfmotto. Denn wir wollen gemeinsam die Zukunft unseres Landes besser gestalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich begrüße alle Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der beiden christlichen Konfessionen wie der Muslime in Deutschland.

Und natürlich begrüße ich ganz besonders herzlich die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, an der Spitze stellvertretend für alle den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Lieber Michael, herzlich willkommen hier bei uns auf dem Parteitag!

(Beifall)

Lieber Michael, wir alle wissen, der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften. Sie sind keine parteipolitischen Richtungsgewerkschaften. Aber wir wissen auch: Niemand ist seit 150 Jahren so sehr im Kampf für Freiheit, Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit verbunden wie die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in Deutschland.

(Beifall)

Ich sage es ganz bewusst: Das heute vorgelegte Regierungsprogramm der SPD, lieber Michael Sommer, soll diese Verbundenheit aufs Neue und wieder klar dokumentieren. Wir wollen mit euch gemeinsam unser Land wieder sozial gerechter gestalten, liebe Freundinnen und Freunde aus den Gewerkschaften.

(Beifall)

Auch der Bundeswehrverband ist mit seinem Vorsitzenden, Herrn Oberst Ulrich Kirsch, heute hier vertreten. Lieber Herr Kirsch, seien Sie gewiss: Wir finden nicht, dass Soldatinnen und Soldaten zu viel nach Anerkennung gieren, sondern wir wissen, dass sie in ihrem manchmal lebensgefährlichen Dienst vor allen Dingen eines brauchen: den Rückhalt in Politik und Gesellschaft. Auch deshalb freuen wir uns, dass Sie heute hier bei uns sind. Herzlich willkommen bei der SPD!

(Beifall)

Das Gleiche gilt für die vielen Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden von den Falken bis zu den Naturfreunden. Wie immer ist auch die AWO mit ihrem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Michael Scheffler hier. Seid alle herzlich willkommen hier auf unserem Parteitag!

(Beifall)

Auch der Sport ist hochrangig vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Turnerbundes Rainer Brechtken, ebenso der deutsche Behindertensport mit seinem Präsidenten Friedrich Julius Beucher. Herzlich willkommen Ihnen beiden stellvertretend für die, die vor allen Dingen unser Freund Manni Schaub im Sport bei uns besonders vertritt. Wir freuen uns, dass Sie zu uns gekommen sind.

(Beifall)

Peer und ich haben sie eben schon gesehen: Herzlich willkommen an Barbara Dieckmann, die Präsidentin der Welthungerhilfe! Schön, dass du da bist. Mit dir begrüße ich auch herzlich den Bundesvorsitzenden der Tafeln, Gerd Häuser.

(Beifall)

1,5 Millionen arme Menschen bekommen Woche für Woche durch 50.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer Lebensmittel.

Vielen Dank, lieber Gerd Häuser, für Ihre wichtige Arbeit, die inzwischen leider auch in Deutschland notwendig geworden ist.

Und ich begrüße den Vorstandsvorsitzenden der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände, Gerd Billen. Uns eint Vieles in diesen Monaten und Jahren in der Arbeit.

(Beifall)

Last, but not least, zwei Sozialdemokraten, die seit kurzem in wichtigen anderen Funktionen Verantwortung tragen: Für die Bundesvereinigung Lebenshilfe unsere Genossin Ulla Schmidt und für die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr Vorsitzender Kurt Beck. Vielen Dank, dass ihr heute bei uns seid!

(Beifall)

Zum guten Schluss lasst mich einen Sozialdemokraten begrüßen, der das Wort „Wir“ zum Markenzeichen der SPD gemacht hat. Der eigentliche Erfinder des sozialdemokratischen Wir-Gefühls ist der Vater der politischen Werbung in Deutschland. Er ist seit 1946 SPD-Mitglied, immerhin seit 67 Jahren. Er hat alles, wofür die SPD steht, von ihrer Gründung vor 150 Jahren bis zum heutigen Tag, schon vor sehr langer Zeit einmal in dem Wort „Wir“ zusammengefasst. Er ist der Mann, der Anfang der 1970er-Jahre den Satz: „Wir schaffen das moderne Deutschland“ erfunden hat, und der Mann, der mit Johannes Rau den Slogan „Wir in NRW“ in das Gedächtnis der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens eingebrannt hat. Herzlich willkommen, Harry Walter! Schön, dass du hier bist. Wir freuen uns sehr darüber.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, unsere politischen Gegner übrigens haben verstanden, dass die SPD mit dem Slogan „Das Wir entscheidet“, mit ihrem Appell an das Gemeinwohl, an das „Wir“ in unserem Land richtig liegt. Wie sonst ist es zu erklären, dass ausgerechnet Guido Westerwelle unseren Appell an das Gemeinwohl gestern mit Schaum vor dem Mund dazu missbraucht hat, die SPD und die SED gleichzusetzen?

(Pfui-Rufe und Pfiffe)

Offenbar hat Westerwelle Angst, mit dem Egoismus seiner FDP könnte es tatsächlich bei der Bundestagswahl vorbei sein. Und ich sage euch: Er hat recht mit dieser Angst; denn das Zeitalter des egoistischen Neoliberalismus muss endlich zu Ende sein. Dafür treten wir ein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es ist übrigens der gleiche Guido Westerwelle, der uns Sozialdemokraten so schamlos mit der SED gleichsetzt, der nach der Wiedervereinigung Deutschlands sich nicht zu schade dafür war, seiner FDP die Mitglieder und vor allem das Vermögen der alten SED-Blockpartei LDPD einzuverleiben, die gleiche Blockflötenpartei, die gemeinsam mit der SED Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten in der DDR verfolgt und eingesperrt hat. Der ist gerade wieder dort angekommen, wo er mal angefangen hat. Er hat die Maske vom Außenminister abgelegt, und zum Vorschein gekommen ist sein altes, sein wahres Gesicht: Das eines schlechten FDP-Generalsekretärs. Das kann er von mir aus nach der Bundestagswahl auch wieder werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es bleibt dabei: Das Wir entscheidet. Mit dem Egoismus und Lobbyismus von CDU/CSU und FDP muss endlich Schluss sein in Deutschland. Das ist die wichtigste Botschaft unseres Parteitages, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen wieder die Menschen und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt der Gesellschaft und der Politik zurückkehren lassen. Darum geht es. Dieses „Wir“ wird den Ausgang der Bundestagswahl entscheiden. Lasst uns dafür entschieden kämpfen in den nächsten Wochen und Monaten.

(Beifall)

Die deutsche Sozialdemokratie ist heute hier in Augsburg zusammengekommen, um ihr Regierungsprogramm für die Bundestagswahl im September dieses Jahres zu beraten und zu beschließen. Wir gehen so geschlossen und einig wie schon lange nicht mehr in diesen Bundestagswahlkampf. Mit dem heutigen Tag beginnt der Wahlkampf. Damit wir ihn gewinnen, müssen wir in den kommenden fünf Monaten vor allem eines tun: Die gewachsene Distanz zwischen Politik und Menschen wieder verringern; denn nicht CDU/CSU und FDP sind unsere eigentlichen und die größten Gegner, sondern, liebe Freundinnen und Freunde, es ist der Fatalismus, das Ohnmachtsgefühl bei vielen Wählerinnen und Wählern, die nicht mehr daran glauben, dass Politik wirklich etwas zum Besseren verändern kann, die glauben, dass Geld die Welt regiert, und die manchmal auch glauben, wir würden es gar nicht mehr wollen. Wir werden nur gewinnen, wenn wir wieder mehr Menschen Hoffnung geben, dass sich demokratisches Engagement und auch das Wählegehen lohnen.

Um das zu schaffen, müssen wir ganz tief eintauchen in den Alltag und das Leben der Menschen in unserem Land. SPD-Politik muss wieder Politik von unten sein aus dem Alltag der Menschen heraus. Politik von oben, das sollen andere machen. Wir machen Politik von unten, seit 150 Jahren und dieses Jahr auch wieder.

(Beifall)

Wie sieht dieser Alltag aus? Da ist zum Beispiel eine Frau, die immer im gleichen Hotel in Nordrhein-Westfalen an der Rezeption steht - als Leiharbeiterin. Sie schreibt:

„Ich bin seit mehr als zweieinhalb Jahren bei einer Zeitarbeitsfirma beschäftigt. Da ich im Drei-Schichten-System arbeite und wegen des niedrigen Stundenlohns von 8,18 Euro brutto auf mehr Geld angewiesen bin, habe ich eine Zeitlang mindestens zehn Nachtschichten im Monat gemacht, sodass ich wenigstens durch die Nachtzuschläge etwas mehr bekomme. Aber selbst mit diesen habe ich netto nur rund 1 100 Euro im Monat bekommen, und das als gelernte Hotelfachfrau. Ich habe mittlerweile herausgefunden, dass an unserer Rezeption bei neun Leuten drei verschiedene Löhne gezahlt werden, obwohl wir alle den gleichen Job machen.“

Und ein Metallarbeiter aus Brandenburg erzählt:

„Ohne das Einkommen meiner Frau könnten wir mit zwei Kindern uns fast gar nichts mehr leisten, nicht einmal eine notwendige Autoreparatur, um zur Arbeit zu kommen. Aber Überstunden, länger machen, das ist für die Firma selbstverständlich - natürlich alles ohne Prozente und Zulagen für einen Bruttolohn von 7 Euro; das sind 1 300 Euro brutto im Monat.“

Liebe Freundinnen und Freunde, das sind nur zwei Beispiele von vielen. Wenn wir antreten zur Bundestagswahl, dann geht es nicht darum, dass die SPD in Regierungsmandate kommt, sondern dann geht es darum, für diese Menschen in Deutschland endlich wieder dafür zu sorgen, dass gute Arbeit auch guten Lohn bekommt. Dafür treten wir an.

(Beifall)

Und das gilt auch für die Rente. Ein Maler, der bei einem kleinen Handwerksbetrieb in Reutlingen beschäftigt ist, erzählt:

„Ich bin seit meiner Lehre hier im Betrieb. Ich gehöre fast zum Inventar. Bald werde ich 63. Da denke ich morgens schon oft: Hoffentlich schaffst du es heute noch mal. Seit Jahren habe ich ständig Rückenschmerzen. Aber ich muss ja versuchen, noch die zwei, drei Jahre weiterzumachen, da ich sonst für den Rest meines Lebens rund 130 Euro weniger Rente kriege. Ich käme nach mehr als 40 Jahren nicht mal auf 1 000 Euro Rente.“

Für den und für die, die arbeiten gehen, da gilt eines: Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Das muss in Deutschland wieder Realität werden.

(Beifall)

Lasst mich, weil es leider wieder aktuell ist, noch etwas zu den überschlaunen Professoren sagen, die jetzt die Rente mit 70 fordern.

Lasst uns denen mal sagen, was wir von ihnen wollen: Ich finde, die sollen mal eine Woche in die Altenpflege oder ins Krankenhaus arbeiten gehen.

(Beifall)

Die sollen mal in der Automobil- oder Stahlindustrie eine Schicht fahren, einen Monat Fliesen oder Ziegel verlegen oder im Winter bei Schnee und Eis mal die Post austragen. Vielleicht wachsen dann die Demut und die Erkenntnis über das Leben in unserem Land. Ich sage euch: Solche Sachverständige, die nichts vom Leben verstehen, die brauchen wir nicht, um in der Politik voranzukommen.

(Beifall)

Wir sagen:

Erstens. Wer etwas gegen Altersarmut tun will, der muss anständige Löhne und Gehälter zahlen.

Zweitens. Wer 45 Jahre gearbeitet – Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Kinderziehungszeiten gehören dazu – und in die Rentenversicherung eingezahlt hat, der muss mit 63 endlich abschlagsfrei in Rente gehen können. Alles andere ist wirklichkeitsfremd, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten machen Politik aus der Wirklichkeit, aus dem Leben, Politik von unten. Politik von unten, aus dem Leben heraus, konnten wir immer am besten. Deshalb haben wir unser Programm auch nicht alleine geschrieben; ihr habt es in dem kurzen Film am Anfang schon gesehen. Wir haben die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden soll. Sage und schreibe 40 000 Zuschriften haben wir bekommen. Zum ersten Mal in den 150 Jahren unserer Parteigeschichte haben wir zusammen mit Hunderten Bürgerinnen und Bürgern aus dem ganzen Land – die eine Hälfte der SPD angehörend, die andere Hälfte nicht der SPD angehörend - unser Programm entworfen. Das war eine Mordsarbeit.

Lasst mich die Eröffnung des Parteitages, kurz bevor wir das beschließen wollen, hier auch einmal dafür nutzen, Andrea Nahles und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses für diese großartige Arbeit zu danken. Vielen Dank, Andrea, dass ihr das hingekriegt habt.

(Beifall)

Übrigens: Einige von denen, die als Nichtmitglieder der SPD dabei mitgemacht haben, sind heute hier. Denen rufen wir zu: Vielen Dank! Sie haben unser Programm besser und vielseitiger gemacht. Herzlich willkommen auf dem Parteitag, der das beschließen will, was Sie uns geraten haben. Herzlich willkommen hier bei der SPD.

(Beifall)

Nur damit ihr euch schon vorbereitet – das ist noch nicht zu Ende –: Das Programm ist vielseitig, aber die Arbeit der Zuspitzung müssen wir erst noch leisten. Deswegen werden wir bis Mitte Juni eine Mitgliederbefragung der SPD in allen Ortsvereinen über die Frage durchführen: Was sind von den vielen Themen, die wir wollen, die drei, vier, fünf Dinge, die jede SPD-Regierungsbeteiligung in jedem Fall durchsetzen muss? Beteiligt euch daran und ladet die Bürgerinnen und Bürger ein. Die Mitglieder unserer Partei gemeinsam mit denen, die mitmachen wollen, sollen entscheiden, wie die SPD-Politik in Zukunft aussehen soll. Herzlichen Dank an alle die, die dabei mitmachen.

(Beifall)

Unser Land und die Politik insgesamt befinden sich in gewaltigen Umbrüchen, die alle etwas mit dem Verlust von Gleichgewicht in der Gesellschaft und Sicherheit zu tun haben. Fest steht: Vieles ist in Deutschland und Europa aus dem Lot geraten in den vergangenen Jahren. Nach drei Jahrzehnten des Neoliberalismus und Marktradikalismus meinen übrigens nicht wenige, diese von allen sozialen und ökologischen Regeln entfesselten Märkte seien quasi naturgesetzlich so, und die, die dagegen sind und dagegen anrennen, sagen, das gleiche einer Don-Quijoterie.

Wir Sozialdemokraten kennen das. Schon bei unserer Gründung vor 150 Jahren sollte uns eingeredet werden, das Oben und Unten in der Gesellschaft sei quasi gottgegeben und ein Naturgesetz sowieso. Aber die Gründer der Arbeiterbewegung, die Gründer der Sozialdemokratie, haben sich damit nie zufriedengegeben, sondern für Regeln gekämpft, die die Teilhabe aller am Haben und am Sagen sichern sollen. Regeln, die allen Menschen die Chance auf ein besseres Leben ermöglichen. Darum, liebe Genossinnen und Genossen, geht es auch heute wieder. Lasst uns einen neuen Aufbruch wagen, um diese Märkte endlich wieder zu bändigen und zurückzukehren zur sozialen Marktwirtschaft. Das hat Deutschland und Europa starkgemacht und nicht der Marktradikalismus der Neoliberalen der letzten Jahre.

(Beifall)

Die Menschen spüren, dass sich unser Land auseinanderentwickelt in immer mehr Ärmere auf der einen und immer mehr Superreiche auf der anderen Seite. Die Mittelschicht dazwischen muss jeden Tag härter kämpfen, um ihren erarbeiteten Wohlstand zu behalten. Auf der einen Seite stehen Löhne von weniger als 5 Euro und ein Durchschnittseinkommen pro Jahr von 28 000 Euro. Auf der anderen Seite stehen Managergehälter von 10 Millionen Euro und mehr. Das, liebe Freundinnen und Freunde, hat nichts mehr mit Leistung zu tun. Niemand arbeitet so schlecht, dass er für einen Lohn von unter 8,50 oder 5 Euro arbeiten muss, und niemand arbeitet und leistet so viel, dass er das 200- oder 300-fache seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdient hätte. Beides ist falsch: Ganz unten und ganz oben. Und das müssen wir wieder ändern in unserem Land. Lasst uns dafür kämpfen!

(Beifall)

Einigen von denen, die superreich geworden sind, reicht es offenbar noch nicht. Sie bringen ihr Geld am Finanzamt vorbei auch noch ins Ausland. Und als wäre es nicht schlimm genug, dass es diese Form millionenschweren Steuerbetrugs Tag für Tag gibt, wollten ihn die deutsche Kanzlerin und ihr Bundesfinanzminister noch vor wenigen Wochen mit einem Vertrag mit der Schweiz legalisieren. Sie wollten Beihilfe zum Steuerbetrug leisten. Gut, dass die SPD wieder die Mehrheit im Bundesrat hat, und gut, dass die SPD-geführten Länder und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD diesen infamen Versuch im Bundesrat gestoppt haben. Vielen Dank an die, die das hingekriegt haben.

(Beifall)

Damit mal ausgesprochen wird, um was es dabei geht - das ist nämlich kein Kavaliersdelikt -, will ich mal sagen, was ich darüber denke: Wenn Menschen in diesem Land reich und wohlhabend geworden sind, wenn sie alles mitnehmen, was das Land zu bieten hat, wenn sie ihre Kinder kostenlos auf deutsche Schulen schicken, wenn sie gerne in Theater und Museen gehen, die mit Steuergeldern hoch subventioniert werden, wenn sie all das gerne tun und dann am Ende des Monats ihr großes Einkommen am Finanzamt vorbei ins Ausland bringen wollen, dann sage ich: Das sind die wahren Asozialen unseres Landes - die und keiner sonst.

(Beifall)

Aber es sind nicht allein die Steuerkriminellen, die unserem Land schaden. Das ist vor allen Dingen auch die Tatenlosigkeit der konservativen Regierungen in Europa, die einen irrsinnigen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Wir müssen nämlich nicht die Steueroasen in der Karibik suchen, sondern sie sind hier, mitten unter uns in

Europa. Globale Konzerne wie Google, Apple, Cisco zahlen, wie das „Handelsblatt“ kürzlich berichtete, immer weniger Steuern, nämlich im Schnitt unter 5 Prozent Steuern - völlig legal und mitten in Europa und nicht irgendwo am anderen Ende der Welt.

Das Schlimmste ist: Einige brüsten sich sogar noch damit. Der Chef eines großen Internetkonzerns brüstet sich öffentlich damit, dass das Unternehmen in Deutschland nur 5 Prozent Steuern zahlt, und sagt dann wörtlich: „Ich bin stolz darauf. Das nennt man Kapitalismus.“ - Diesem arroganten Kapitalisten sagen wir: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen den Kampf gegen diesen Kapitalismus wieder auf. Und wir werden dafür sorgen, dass die soziale Marktwirtschaft zurück nach Deutschland und Europa kehrt. Solche Leute machen das Land kaputt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Klar ist: Diese Bundesregierung tut nichts gegen die Dominanz der Finanzmärkte. Sie tut nichts gegen die Gehaltsexzesse, und sie tut nichts dafür, dass Menschen einen Lohn bekommen, von dem sie auch anständig leben können.

Stattdessen erleben wir seit dreieinhalb Jahren nur Ankündigungen. Ich werde häufig gefragt, wie das denn nun käme, dass Frau Merkel, obwohl sie eigentlich nur Ankündigungen macht und nichts tut, so hohe Beliebtheitswerte hat. Ich finde, die Antwort liegt auf der Hand: Sie ist eine hoch sympathische Anscheinserweckerin, liebe Genossinnen und Genossen. Eigentlich müsste sie nicht Angela Merkel, sondern „Angela Mimikry“ heißen. Vielleicht kennt ihr das Mimikry-Phänomen aus der Biologie: Dabei versucht ein Lebewesen, ein anderes einfach nachzuahmen, um so zum Verwechseln ähnlich zu sein. Das Ziel ist immer das Gleiche: Mimikry heißt tarnen und täuschen. Und nichts anderes macht unsere sympathische Anscheinserweckerin Angela Merkel.

(Beifall)

Wenn es aber darum geht, die vielen Ankündigungen in die Tat umzusetzen, erleben wir seit dreieinhalb Jahren nur Fehlanzeige. Da sagen wir: Es wird Zeit, dass sich das ändert. Anschein und Wirklichkeit klaffen bei dieser Regierung meilenweit auseinander. Und jetzt, kurz vor der Bundestagswahl, nach dreieinhalb Jahren des Nichtstuns, gibt es auf einmal fast täglich Ankündigungen, was Angela Merkel mit ihrer Nichtregierungsorganisation noch alles machen will – immer getreu dem alten deutschen Sprichwort: Am Abend werden die Faulen fleißig. So wollen die Wahlkampf führen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Man kommt kaum noch mit, festzustellen, was da alles versprochen wird: Von der Wiedereinführung der Eigenheimzulage über die vorzeitige Abschaffung des Soli bis hin zur Wende bei der Homo-Ehe, von den Mütterrenten bis zur Großelternzeit. Aber alle diese Wahlversprechen haben bei Angela Merkel ein Verfallsdatum, und das ist spätestens der 22. September, 18.01 Uhr. Es geht um nichts anderes als um Wählertäuschung.

Übrigens haben diese Wahlversprechen inzwischen eine Summe von sage und schreibe 40 Milliarden Euro angenommen. Dabei haben CDU/CSU und FDP unter der Führung von Angela Merkel in den letzten Jahren schon genug neue Schulden gemacht, und das übrigens, obwohl die Steuerquellen seit drei Jahren sprudeln. Sie haben – und da ist die Rettung des Euro noch gar nicht drin – bei steigenden Steuereinnahmen, sinkender Arbeitslosigkeit, niedrigstem Zinsniveau sage und schreibe 100 Milliarden neue Schulden in unserem Land gemacht. Und gleichzeitig ziehen sie los und erklären dem Rest der Welt, die sollten doch mal anständig sparen. Auch das gehört zum Repertoire der sympathischen Anscheinserweckerin: Immer das Gegenteil zu Hause von dem tun, was man anderen Leuten in der Welt empfiehlt.

(Beifall)

Dabei wäre übrigens Zeit gewesen, die sprudelnden Steuereinnahmen zu nutzen, um Schulden zu senken oder wenigstens Rücklagen für schwierigere Zeiten zu bilden. Denn eines ist klar: Die Zeiten werden schwieriger, auch in Deutschland. Das wirtschaftliche Wachstum in Europa befindet sich im freien Fall. Aus Angela Merkels Heilfastenkur in Europa ist längst die Magersucht geworden. Angela Merkel hat die Europäische Union inzwischen in die größte Krise ihrer Geschichte geführt. Das gilt auch für das Ziel ihrer Politik, von dem sie immer erklärt hat, dieses würde eintreten. Das Gegenteil findet statt. Denn angeblich sollte die Fastenkur, die Angela Merkel Europa verordnet hat, ja die Schulden senken in der Euro-Zone und in Europa. Auch hier sieht die Realität ganz anders aus: Mehr als 1 Billion Euro mehr Schulden hat Europa in den letzten drei Jahren mit Angela Merkel an der Spitze gemacht. Kein Wunder, weil zwar die Staatsausgaben zusammengespart werden, die Einnahmen aber noch schneller wegbrechen, weil die Wirtschaft jeden Tag ein bisschen mehr kaputtgeht.

Wenn um uns herum die Staaten im Chaos versinken, dann erreicht natürlich dieser wirtschaftliche Abschwung auch uns. Deutschland ist stolz darauf, Exportweltmeister zu sein. Aber 60 Prozent der Waren und Dienstleistungen unseres Landes

exportieren wir in die Europäische Union. Wenn dort mehr und mehr Menschen arbeitslos werden, wenn die Unternehmen dort weder Kredite noch Aufträge bekommen, dann ist doch klar, dass wir dorthin keine Autos, keinen Maschinenbau, keinen Stahl, keine Chemie, keine Elektrotechnik mehr verkaufen können. Seit Angela Merkel diese schwarz-gelbe Koalition anführt, sinkt deshalb das Wirtschaftswachstum jedes Jahr. Wir haben mal mit 4,2 Prozent angefangen. Dieses Jahr werden es mal gerade noch 0,4 Prozent sein. Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Schulden abbauen. Aber wir wissen doch: Ohne wirtschaftliches Wachstum kann das nicht gelingen. Und das Geld für Wirtschaftsimpulse wäre ja da, wenn die drei, vier Jahre, die jetzt vergangen sind, genutzt worden wären, die Finanzmärkte und Banken endlich zu regulieren. Aber weil sie das nicht gemacht hat, stehen wir jedes Mal wieder davor, Hunderte von Milliarden bewilligen zu müssen, weil uns sonst die Spekulanten dieser Banken in den Abgrund reißen. Das ist das eigentliche Problem Europas: Dass sie nichts tut, um diese Politik bei Banken und Finanzmärkten zulasten der Steuerzahler zu beenden. Wir brauchen das Geld für Wirtschaft, für Wachstum, im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, aber nicht für risikohafte Spekulationen in den Banken und Finanzmärkten Europas. Diesen Sumpf müssen wir endlich trockenlegen – und nicht die Leute immer auf die Straße schicken!

(Beifall)

Von diesem Parteitag der SPD soll dafür ein Signal ausgehen: Die SPD kämpft, nicht für Ministerposten – ich sage es noch einmal –, sondern für ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland und Europa. Nichts, liebe Genossinnen und Genossen, unterscheidet uns von Angela Merkel und der CDU/CSU so sehr wie ihr verhängnisvoller Satz, wir bräuchten eine marktkonforme Demokratie. Nein, wir wollen das genaue Gegenteil. Wir wollen wieder demokratiekonforme Märkte. Das ist der Unterschied zwischen denen und uns, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Arbeit, die sich lohnt; feste Anstellungen für junge Leute nach Ausbildung und Studium; dafür zu sorgen, dass Gesundheit und Pflege nicht immer mehr zur Zwei- und Drei-Klassen-Gesellschaft wird, aber auch dafür zu sorgen, dass wieder mehr in Bildung statt in Banken investiert wird. Nicht Herkunft und Beziehungen sollen den Aufstieg in der Gesellschaft ermöglichen, sondern Fleiß und Anstrengung und eine gute Bildung.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Schulen unseres Landes waren mal die Kathedralen des Bürgertums. Darauf war dieses Land stolz. Als ich in die Schule

kam, gab es eine neue Grundschule. Danach ging ich in eine neue Realschule und später in ein neues Gymnasium. Man konnte richtig anfassen, dass Bildung etwas wert ist. Und die sanitären Anlagen in den Schulen waren besser als bei uns zu Hause. Heute ist das genau umgekehrt. Heute sind nicht mehr die Schulen die Kathedralen des Landes, sondern die Banktürme. Wir wollen dafür sorgen, dass wieder die Schulen die Kathedralen unseres Landes werden – anstatt der Banktürme und der Hochhäuser derjenigen, die daran viel Geld verdienen.

(Beifall)

Für diese drei Ziele – die Bändigung der Finanzmärkte, mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Bildung – brauchen wir einen Richtungswechsel in der deutschen und der europäischen Politik, einen echten Richtungswechsel und nicht nur einen halben. Und deshalb lautet unsere Botschaft auf dem Parteitag: Ein klares Ja zu Rot-Grün. Dafür und für nichts anderes, liebe Genossinnen und Genossen, treten wir an.

(Beifall)

Ja, das kostet auch Geld. Nun sagen viele: Die Steuerquellen sprudeln ja. Ja, aber wir haben auch die höchste Verschuldung. Wir werden all das, was wir mehr einnehmen, nutzen müssen, um die Schulden im Land zu senken.

Und trotzdem gibt es Aufgaben in der Bildung, in der Infrastruktur, in unseren Städten und Gemeinden. Wir müssen wieder mehr ins Gemeinwohl investieren. Das kostet Geld. Heute tragen die ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Selbstständigen, der Mittelstand mit ihren Steuern die Gemeinwohlaufgaben zu 80 Prozent. Die, die ohne Arbeit, ohne Leistung ihr Geld aus Kapital und aus Vermögen beziehen, die tragen nur noch zu 12 Prozent zum Gemeinwohl bei. Und genau das, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, ist die neue soziale Frage unseren Landes: Wie verteilen wir die Gemeinwohlaufgaben in unserem Land gerecht und fair? Unsere Antwort ist klar: Die, die große Vermögen und Kapitaleinkünfte haben, müssen mehr zum Gemeinwohl beitragen, als sie das heute tun, damit die normalen Arbeitnehmer, die Selbstständigen, die Handwerksmeister nicht immer mehr schultern müssen. Das ist gerecht und fair und kein Sozialneid, wie das die Konservativen die ganze Zeit behaupten.

(Beifall)

Wir sind mit dieser Forderung übrigens in ganz guter Gesellschaft. Vor zwei Wochen hat auch der Erzbischof von Berlin, Kardinal Woelki, eine stärkere Besteuerung der Vermögen gefordert. Und selbst die CDU-Sozialministerin Frau von der Leyen hat in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht geschrieben, dass man bei den Steuern endlich

was bei den Besserverdienern machen müsse. Ich gebe zu, das hat sie geschrieben, bevor die Fälscherwerkstatt im Kanzleramt ihren Bericht verändert hat. Aber immerhin – es ist ja Gott sei Dank rausgekommen.

Bleibt also gelassen, und lasst euch von den plumpen Sprüchen der Gröhes, der Rösler, der Brüderles und ihrer Helfershelfer in den Wirtschaftsgazetten nicht ins Bockshorn jagen. Und wenn wieder einmal ein neunmalkluger Propagandist oder Union und FDP erklären, die SPD wolle bereits das normale Angestellten- und Facharbeitergehalt stärker besteuern, dann zeigt ihnen doch einfach mal die Gehaltstabellen der deutschen Arbeitnehmer und Beamten. In der höchsten Tarifstufe bei Daimler in Stuttgart kommt ein Facharbeiter auf ein monatliches Entgelt von knapp 4 000 Euro. Das Durchschnittseinkommen liegt in Deutschland übrigens nur bei 2 800 Euro im Monat. Die erste Steuererhöhung von sage und schreibe 3 Euro muss nach unserem Vorschlag aber erst derjenige zahlen, der ein Bruttoeinkommen von mehr als 6 250 Euro im Monat hat. Man muss also mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens verdienen, um, wie gesagt, sage und schreibe 3 Euro mehr an Steuern zahlen zu müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Facharbeiter, Angestellte sind nun ganz gewiss nicht dabei. Wirklich betroffen sind die absoluten Spitzenverdiener. Und ich sage in aller Offenheit: Wer als Alleinverdiener im Jahr ein zu versteuerndes Einkommen von 100 000 Euro hat - oder zu zweit 200 000 Euro -, der kann das auch ertragen. Das ist zumutbar für eine bessere Bildung in unserem Land. Und wenige Dinge braucht unser Land so sehr wie eine bessere Bildung. Dafür müssen die starken Schultern mehr tragen, als sie es bisher tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Um all das geht es am 22. September. Um all das geht es in unserem Regierungsprogramm. Es trägt den Titel: „Deutschland besser und gerechter regieren“. Genau darum geht es: Unser Land muss wieder besser und gerechter regiert werden, und zwar von jemandem, der bewiesen hat, dass er Deutschland auch in stürmischen Zeiten sicher steuern kann. Von einem Kanzler, der sagt, was er tut und tut, was er sagt, der Klartext spricht und nicht um den heißen Brei herumredet, dem Ankündigungen nicht genug sind, sondern der seinen Worten auch Taten folgen lassen will. Ein Kanzler, der den Menschen sagt, was sein Bild von Deutschland ist und seine Vorstellungen vom Zusammenleben und Miteinander gemeinsam mit ihnen entwickelt. Diesen Kanzler wollen wir stellen, und sein Name ist Peer Steinbrück. Liebe Genossinnen und Genossen, herzlich Willkommen an Peer auf dem Bundesparteitag! Du bist der bessere Kanzler!

(Anhaltender Beifall)

Bis zum Wahlsonntag am 22. September sind es noch 161 Tage. Ich verspreche euch: Das wird kein Spaziergang, sondern ein harter und anstrengender Weg. Aber einfach war doch der Weg der Sozialdemokratie noch nie. Und doch war er immer wieder erfolgreich. Wir waren vor allem dann erfolgreich, wenn wir fest davon überzeugt waren, dass das, was wir vorhaben, den Menschen dient. Denn wir haben etwas, das uns stark macht. Wir haben etwas, das uns zuversichtlich macht, und das sind, liebe Genossinnen und Genossen, 150 Jahre Kampferfahrung für ein besseres Leben in unserem Land und in der Welt. Darauf können wir mehr als alle anderen stolz sein. Das haben wir allen voraus, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben seit 150 Jahren die gleiche Aufgabe. Wir wollen dafür sorgen, dass das Leben eines jeden Menschen gelingen kann. Das Leben zum Gelingen zu bringen, darum muss sich jeder selber kümmern. Aber die Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedes Leben gelingen kann, das ist die Aufgabe sozialdemokratischer Politik – unabhängig vom Einkommen der Eltern, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Rasse und Religion. Jeder in unserem Land soll die Chance haben, dass sein Leben gelingt. Jeder soll bei uns ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dafür streiten wir auch im 150. Jahr unserer Partei. Ich bin sicher, wir werden große Zustimmung erfahren. Denn das ist das Erfolgsgeheimnis, warum wir überhaupt 150 Jahre alt geworden sind.

(Beifall)

Es sind also noch 161 Tage. Lasst euch nicht von der einen oder anderen Umfrage irritieren. Solche Umfragen gab es in den letzten drei Jahren immer wieder – häufig auch vor Landtagswahlen, die wir anschließend gewonnen haben. Der Wahlkampf geht heute erst richtig los. Und denkt dran: Der Wahlkampf ist erst vorbei, wenn die Wahllokale schließen. Genau das übrigens können wir von den Genossinnen und Genossen aus Niedersachsen lernen, wo wir eine schwarz-gelbe Landesregierung in der Schlussphase der Mobilisierung noch abgelöst haben.

(Beifall)

Zentral sind nicht die Umfragen. Zentral ist die Haltung, die wir im Wahlkampf einnehmen. Die entscheidet über den Wahlausgang. Deshalb nutzt jeden Tag bis zum 22. September für Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, für Hausbesuche in Stadtteilen, Siedlungen und Quartieren, möglichst da, wo wir vielleicht schon länger nicht gewesen sind. Macht genau das, was die Genossinnen und Genossen erfolgreich in Bremen, in Frankfurt, in Wiesbaden und anderswo gemacht haben.

Zeigen wir, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten etwas besser können als alle anderen: nämlich direkt und auf Augenhöhe mit den Menschen zu sprechen und sie von unseren Zielen überzeugen. Denkt immer daran: Es geht am 22. September um die politische Richtung, die Deutschland in den nächsten Jahren einschlagen soll - für mehr Gerechtigkeit, für mehr Chancen, für mehr Gemeinwohlorientierung und für mehr demokratische Teilhabe.

Dies wollen wir gemeinsam mit Peer Steinbrück als unserem Bundeskanzler wagen. Ab heute geht es erst richtig los: Raus auf die Straße! Hin zu den Menschen! Und das wichtigste technische Hilfsmittel, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht das Internet, sondern der Klingelknopf an der Haustür, damit uns aufgemacht wird und wir mit den Leuten reden können. Mehr technische Hilfsmittel brauchen wir nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lieber Peer, die SPD steht geschlossen hinter dir. Du bist einer von uns. Du kannst dich auf uns verlassen. Wir wollen mit dir gemeinsam kämpfen und gewinnen, weil wir wissen, dass Deutschland, unser Land, besser und gerechter regiert werden muss. Deshalb lasst uns im 150. Jahr unseres Bestehens den Menschen zeigen, wozu Sozialdemokratie in Deutschland da ist: Für ein gerechteres Land, für eine Gesellschaft, die zusammenhält, und eine Gesellschaft, in der das „Wir“ und nicht der Egoismus entscheidet.

Lasst uns die Menschen dabei mitnehmen und ihnen zugleich sagen, warum es die SPD überhaupt seit 150 Jahren gibt, was uns Kraft, Stärke und Selbstbewusstsein gibt: Dass wir nämlich immer wussten, und heute und in Zukunft auch immer wissen werden, dass Dinge nicht einfach so geschehen, sondern dass Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen, am besten gemeinsam und miteinander.

Unsere Botschaft zum 150. Geburtstag der SPD lautet deshalb: Ein besseres Land kommt nicht von allein. Lasst uns in diesem Sinn gemeinsam anpacken, damit Deutschland besser und gerechter wird.

Vielen Dank. Der Parteitag ist damit eröffnet.

(Beifall)

Jetzt kommt etwas Ernstes, liebe Genossinnen und Genossen, denn es ist eine gute Tradition, dass wir auf unseren Parteitagen an die denken und erinnern, die unsere Fahne lange mitgetragen haben und die heute nicht mehr unter uns sind. Wir wollen

an Genossinnen und Genossen denken, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Im vergangenen Dezember hat uns alle plötzlich und unerwartet die Nachricht vom Tod Peter Strucks erschüttert. Fast 50 Jahre war er Mitglied der SPD. Mit Humor und häufig der Pfeife im Mund hat er stets die Aufgaben angepackt, die sich ihm stellten, und sich jeder dieser Aufgaben mit ganzer Kraft gewidmet.

Peter Struck war genauso Vollblut-Abgeordneter, wie er mit Leib und Seele Fraktionsvorsitzender war. Auch sein Amt als Verteidigungsminister hat er mehr als ein Mal seinen Lieblingsjob genannt. Sein letztes Amt, aus dem er durch den Tod herausgerissen wurde, nämlich als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Sitzung, hat ihm als politischen Menschen bis zuletzt den Kontakt zur Politik und zu seiner SPD ermöglicht.

Die, die ihm - wie ich und die meisten anderen hier im Saal - auf diesem Weg begegnet sind, aber auch ganz viele Menschen, die ihn nie getroffen haben, haben ihm und seinem Wirken in der Politik viel zu verdanken, und das erfüllt uns mit Dankbarkeit.

Im Januar ist Eva Rühmkorf von uns gegangen. Sie hat der Sozialdemokratie mehr als vier Jahrzehnte angehört. Als bundesweit erste Frauenbeauftragte hat sie in Hamburg Pionierinnenarbeit geleistet, bei der Frauenförderung, bei geschlechtergerechter Sprache und der Überwindung überkommener Rollenbilder, beim wachsenden Bewusstsein für den Stellenwert des Gleichheitsgrundsatzes im Grundgesetz. Auch in der Bildungspolitik hat Eva Rühmkorf wichtige Spuren hinterlassen. Sie hat in Schleswig-Holstein gegen erhebliche Widerstände für mehr Chancen, für nahe und bessere Schulen gesorgt.

Wir werden sie als kämpferische und überzeugte Genossin, aber vor allen Dingen auch als liebenswerte und zugleich herzliche Sozialdemokratin in Erinnerung behalten.

Vor wenigen Tagen haben wir alle betroffen den Tod von Ottmar Schreiner zur Kenntnis nehmen müssen. Mit ihm haben wir einen leidenschaftlichen und profilierten Kämpfer für soziale Gerechtigkeit in Deutschland verloren. Sicher hat er mit manchen Entscheidungen seiner Partei gehadert. Dennoch ist er ihr - anders als andere - stets treu und uns allen ein engagierter und verlässlicher Mitstreiter geblieben. 44 Jahre war er ein überzeugter Sozialdemokrat. Als Bundesgeschäftsführer, als langjähriges Mitglied im Parteivorstand, als Vorsitzender der AfA hat er viel für die SPD und die

Menschen in Deutschland geleistet. Besonders hat er geholfen, das Verhältnis zu den Gewerkschaften immer wieder erneut auf ein starkes Vertrauensfundament zu stellen. Sein Rat, sein Engagement und sein Einsatz werden uns fehlen.

Sie alle drei werden wir nicht vergessen und in ihrem Sinn weiter kämpfen und arbeiten.

Ihr habt euch von euren Plätzen erhoben. Ich danke euch.

Konstituierung

Wahl des Parteitagspräsidiums

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Konstituierung dieses Parteitages, und dafür ist die Wahl eines Tagungspräsidiums notwendig.

Für das Tagungspräsidium des Parteitages schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor: Katrin Budde, Barbara Hendricks und Thorsten Schäfer-Gümbel. Hierzu liegt die Tischvorlage 1 aus. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Vorschlag durch Kartenzeichen. - Vielen Dank. Das ist die breite Mehrheit des Parteitages. Ich danke euch.

Damit übergebe ich jetzt das Wort und die Leitung des Parteitages an das Präsidium, an Thorsten Schäfer-Gümbel, dem nächsten Ministerpräsidenten des Landes Hessen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Ich darf euch namens des Tagungspräsidiums auch noch mal ganz herzlich hier in Augsburg begrüßen.

Ich will zunächst, lieber Sigmar, dir danken für deinen motivierenden Einstieg und auch für die würdigen Worte, die du für drei unserer besten gefunden hast. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind schon ein ganz kleines bisschen hinter dem Zeitplan. Deswegen werde ich versuchen, sehr zügig in die Konstituierung des Parteitags einzutreten, will aber nicht dabei vergessen, noch drei Personen/Persönlichkeiten besonders zu begrüßen. Dies ist zunächst Holger Schwannecke, der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen

Handwerks. Da die Sozialdemokratie auch die Partei des Handwerks und Mittelstands ist, darf ich ihn ganz herzlich in unseren Reihen begrüßen.

(Beifall)

Ich darf zweitens ganz besonders herzlich jemanden begrüßen, der für uns in Zukunft in dieser wunderschönen Stadt wieder Verantwortung übernehmen soll und damit eine lange sozialdemokratische Tradition in Augsburg übernehmen soll, nämlich unseren Oberbürgermeisterkandidaten für die Wahl im kommenden Jahr, Dr. Stefan Kiefer. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Die dritte Begrüßung wird ihm vielleicht nicht ganz gefallen. Ich will auch offen gestehen: Es ist eine Begrüßung, die eher aus meiner Landsmannschaft kommt. Ich darf ganz herzlich auch am heutigen, weil es ja ein besonderer Tag in Augsburg ist - nicht nur wegen des Bundesparteitags, sondern wegen eines besonderen Fußballspiels -, auch die Mannschaft und die Fans von Eintracht Frankfurt hier in Augsburg begrüßen.

(Beifall und Pfiffe)

Möge der Bessere heute Nachmittag gewinnen, wenngleich meine Sympathien klar sortiert sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Heiterkeit)

Bevor wir in die weiteren Höhepunkte des heutigen Parteitags eintreten können, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir gemeinsam ein paar Formalien klären, wie ihr das schon aus vielen Parteitagen kennt. Ich will deswegen auch zügig in die Konstituierung eintreten.

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Zunächst möchten wir über die Tagesordnung entscheiden lassen. Den Vorschlag für die Tagesordnung findet ihr auf euren Plätzen. Das ist die Tischvorlage 2.

Ich frage zunächst: Gibt es dazu Anmerkungen, Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das somit beschlossen.

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Zweitens darf ich über die Geschäftsordnung abstimmen. Ich frage, ob es zu der Geschäftsordnung, die euch in Tischvorlage 3 vorliegt, Anmerkungen oder

Änderungswünsche gibt. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann lasse ich darüber jetzt aber formal abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank.

In diesem Kontext mit der angenommenen Geschäftsordnung möchte ich dann gleich zwei Ankündigungen machen. Erstens möchte ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass für Initiativanträge 50 - nicht 40, wie das teilweise kolportiert wurde - Unterschriften aus fünf Bezirken notwendig sind.

Zweitens bitte ich, gleichzeitig mit zu entscheiden, dass der Antragsschluss für Initiativanträge auf - ich entscheide das jetzt mal eigenständig, weil wir ein bisschen in Zeitverzug sind - 12.30 Uhr festgelegt wird.

Auch darüber bitte ich abzustimmen, damit es später keine Probleme gibt. Wer dafür ist, dass wir es so machen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist also so: 12.30 Uhr. Das ist so entschieden.

Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Dann komme ich zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Dazu liegt euch die Tischvorlage 4 vor. Gibt es dazu Anmerkungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich auch um Zustimmung durch das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist auch dies einstimmig beschlossen.

Die Mitglieder der jetzt gewählten Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitte ich, direkt zum Ausgang von euren Plätzen aus gesehen rechts zu der Bühne zu kommen. Mir ist hier ausdrücklich aufgeschrieben worden: Ansprechpartner ist ein großer junger - das steht jetzt hier nicht: auch attraktiver - Mann, der euch in Empfang nehmen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, dann möchte ich auf Folgendes hinweisen: Sigmar hat eben über das wichtigste Rüstzeug im Wahlkampf gesprochen, nämlich den Klingelknopf. Es gibt aber auch den virtuellen Klingelkopf. Dazu starten wir jetzt das Mitmachportal mitmachen.spd.de. Ich möchte euch dazu bitten, erstens das, was euch dazu ausgelegt wurde, nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern zweitens vor allem am heutigen Tage schon einmal rund um diesen Parteitag zu twittern, Fotos hochzuladen, euch bei Facebook zu beteiligen und dabei auch den Hashtag `spdbpt` zu verwenden, und zwar ohne Jahreszahl, weil es ein paar Debatten gab, ob die „13“ Unglück bringt oder nicht; das wollen wir ausdrücklich nicht, weil wir heute durchstarten. Mit dem Portal mitmachen.spd.de starten wir heute, liebe Genossinnen und Genossen, die Mobilisierungsplattform für den Wahlkampf. Hier können sich alle

vernetzen, die im Wahlkampf mithelfen möchten: Miteinander vor Ort für mehr Gerechtigkeit. Wie gesagt, eine Information findet ihr dazu auf euren Tischen.

Jeder kann sich ab sofort online mit seiner Postleitzahl anmelden und wird mit dem Team im Wahlkreis zusammengeführt. Ortsvereine können alle, die im Wahlkampf mitmachen wollen, mit wenigen Klicks zu Aktionen und Veranstaltungen einladen, und die, die mitmachen wollen, finden ohne Umwege einen Ansprechpartner. Alle wichtigen Informationen für den Tür-zu-Tür-Wahlkampf werden hier bereitstehen. Das gilt sowohl für das Handbuch, für die Materialien, aber auch für die Straßenzüge.

Ihr seht hier im Plenum junge Menschen mit roten T-Shirts, I-Pads und Klemmbrettern. Das sind unsere Mitmachen-Teams. Die werden euch heute ansprechen und auch einladen mitzumachen. Macht davon bitte rege Gebrauch und lasst euch registrieren oder registriert euch und ladet dann auch eure Genossinnen und Genossen zu Hause ein! Meine herzliche Bitte: Nutzt diesen virtuellen Klingelknopf genauso intensiv wie den nicht virtuellen!

Damit komme ich zur schönsten Pflicht, die man auf einem solchen Parteitag haben kann. Man darf nämlich gelegentlich auch Glückwünsche für Geburtstagskinder am heutigen Tage aussprechen. Wenngleich es nur eines ist, möchte ich dafür umso herzlicher im Namen des gesamten Parteitages Thorsten Majer aus Baden-Württemberg ganz herzlich gratulieren.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, historische Ereignisse stehen im Jahr 2013 an. Das ist nicht nur unser Geburtstag 150 Jahre. Es ist auch ein möglicher Regierungswechsel in Bayern. Der ist längst überfällig, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Es ist unübersehbar: Wenn es ein Bundesland gibt, an dem sozialer Fortschritt ganz besonders vorbeigeht, dann ist es dieses Bundesland Hessen. - Entschuldigung, das war ein Versprecher. Ich meinte Bayern. Das lag daran, dass wir dieses Problem auch in Hessen seit 15 Jahren haben. Allerdings muss ich fairerweise sagen: In Bayern ist es deutlich ausgeprägter, weil die CSU-Vorherrschaft in den letzten Jahrzehnten doch dominanter war als die von ein paar schwarz-gelben Einsprenkeln in Hessen. Das werden wir auch im September ändern. Aber der Mann, der das hier in Bayern, dem Land mit den schlechtesten Teilhabechancen für Kinder in der Schule, ändern wird, der dafür sorgen wird, dass diese Teilhabechancen endlich gehoben werden, damit nicht mehr die soziale Herkunft darüber entscheidet, ob ein

Kind eine Chance hat oder nicht, ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Christian Ude, und Spitzenkandidat der bayerischen SPD, den ich jetzt um sein Grußwort bitte. Lieber Christian, du hast das Wort!

(Beifall)

Grußworte

Christian Ude, Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl in Bayern:

Herzlich willkommen in Bayern, liebe Genossinnen und Genossen! Obwohl die hiesige Landesregierung von einer Kehrtwende in die andere und von einer Peinlichkeit in die andere stolpert, sind wir Bayern unverändert ein stolzes Volk. Deswegen heißt es hier im Süden auch: Mir san mir! - Deswegen bin ich gestern Nachmittag ganz erschrocken, als mir Andrea Nahles diese coole Location auf dem Augsburger Messegelände vorgeführt hat. Ich habe mich sofort gefragt: Um Himmels willen, welcher Depp hat denn das große „M“ falsch herum aufgehängt?

(Heiterkeit und Beifall)

Es heißt - noch einmal für alle zum Mitschreiben -: Mir san mir! - Lieber Peer, wenn du nicht nur in Bayern dein Publikum mitreißen würdest - was du schon oft getan hast -, sondern auch bayerisch schreiben würdest, dann könnte dir diese komische Leiharbeitsfirma jetzt keinen Ärger machen.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen aus 15 anderen Bundesländern, die Sozialdemokratie hat, auch wenn wir gar nicht so alt ausschauen, auch in Bayern eine riesenlange Tradition. Wir haben schon den 120. Geburtstag gefeiert. Wenn ihr ganz ehrlich seid, müsst ihr ja zugeben: Eure Hochachtung vor der bayerischen Sozialdemokratie hat noch nicht die gebotene Höchstform erreicht. Deswegen will ich an einige historische Tatsachen erinnern: Vor über 100 Jahren gab es auch einen deutschen Parteitag in Bayern. Von dem ist vor allem das Wort von August Bebel über die bayerischen Sozis erhalten. Er sagte: Man wandelt nicht ungestraft unter Bierkrügen! - Das sollte eine Missachtung unserer bayerischen Positionen ausdrücken. Aber ich darf aus heutiger Sicht darauf hinweisen: Damals schon, vor über 100 Jahren, hat der bayerische Arbeiterführer Georg von Vollmar das Programm der Sozialdemokratie als Volkspartei für alle Schichten der Werktätigen verkündet und damals schon fernab jeder revolutionären Rhetorik reale parlamentarische Reformen eingefordert. Also manchmal sind wir der Zeit sogar voraus! Godesberg war erst über 60 Jahre später.

(Beifall)

Bei der Revolution, Genossinnen und Genossen, war Bayern immerhin zwei Tage voraus. Denn bei uns hat schon am 7. November der Sozialist Kurt Eisner den Freistaat Bayern verkündet. Ich bitte euch, das zur Kenntnis zu nehmen. Das war die Erfindung eines unabhängigen Sozialisten, auch wenn sich dann die Konservativen draufgesetzt und die Idee etwas deformiert haben.

(Beifall)

Die bayerische Verfassung trägt eine zutiefst sozialdemokratische Handschrift, stammt sie doch von dem großen Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner. Was ihr heute Nachmittag beschließen werdet, steht in der bayerischen Verfassung schon seit 1946, zum Beispiel ein klares Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn. Wenn es den auch in Bayern nicht gibt und die bayerische Staatsregierung bei dieser sozialen Frage sogar im Bremserhäuschen sitzt, dann spricht das nicht gegen unsere Verfassung, sondern für einen überfälligen Regierungswechsel.

(Beifall)

Genauso faszinierend ist es, einen Blick auf die Vorschriften über die Geld- und Kreditwirtschaft zu werfen. Da hat Wilhelm Hoegner, als ob er die Verhältnisse bei der Bayerischen Landesbank hätte kommen sehen, ausdrücklich hineingeschrieben, dass die Geld- und Kreditwirtschaft Werte schaffen soll und nicht etwa zerstören, wie es christlich-soziale Misswirtschaft in der Größenordnung von 10 Milliarden Euro getan hat. Ich behaupte, dass der Anspruch der CSU, wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz zu besitzen, schon längst im Tresorraum der Bayerischen Landesbank zur letzten Ruhe gebettet worden ist.

(Beifall)

Und ein ganz aktuelles Thema dieser Woche, Genossinnen und Genossen: In der bayerischen Verfassung steht drin, dass der Freistaat wie die Kommunen für billige Volkswohnungen - so hat man das damals formuliert - sorgen soll. Und was erleben wir heute? Der Freistaat lässt seine Landesbank 33 000 Wohnungen mit über 80 000 Menschen verscherbeln, damit sie einem Privatinvestor zum Fraß vorgeworfen werden. Und dann sagen der Ministerpräsident und der Finanzminister auch noch, sie sehen da keinen Unterschied zwischen dem Verfassungsauftrag, für billigen Wohnraum zu sorgen, und ihrer Idee, einem Privatinvestor unzulässige Staatshilfe zukommen zu lassen.

Wisst ihr, was das Schlimmste ist? Ich glaube ihnen sogar, dass sie diesen Unterschied nicht erkennen können. Aber wir brauchen eine bayerische Staatsregierung, die nicht mehr Altbauspekulanten Finanzhilfen leistet, sondern dafür sorgt, dass der Staat und die Kommunen gemeinsam über angemessenen Wohnraum verfügen. Dafür arbeiten wir, und dafür wird es eine Mehrheit geben in Bayern.

(Beifall)

Ich werde immer wieder gefragt: Warum gibt es denn bei all diesen Sündenfällen der Staatsregierung, die ja unbestreitbar sind, keine Wechselstimmung in Bayern? Meistens fragen das Journalisten, die vorher selber behauptet haben, dass es keine Wechselstimmung gibt. Ich will dazu ganz klar sagen: Natürlich wollen wir nicht das Land auswechseln. Wir lieben es und haben es auch mit geschaffen. Wir wollen auch nicht den wirtschaftlichen Erfolg infrage stellen. Der ist übrigens in sozialdemokratisch regierten Metropolen am allerausgeprägtesten.

(Beifall)

Wir wollen auch nichts an der guten Sicherheitslage ändern, die bei sozialdemokratischen Kommunalpolitikern immer schon in besten Händen waren. Nein, wir wollen eine bessere Politik im Land und eine bessere Regierung. Dass das notwendig ist, gibt ja sogar der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident zu; denn er wechselt eine Position nach der anderen in atemberaubendem Tempo. Das ist die bayerische Realität.

(Beifall)

Jahrzehntelang kämpfte die CSU für den Atomstaat und ihren Atomkurs, und rot-grüne Protestierer wurden mit Wasserwerfern und Polizeiknüppeln in Wackersdorf bekämpft. Wer behauptet hat, es könne auch eine Zukunft ohne Atomkraft geben, wurde für naiv oder gar verrückt erklärt. Und jetzt behaupten sie, sie hätten die Energiewende erfunden.

Nicht ganz so lange, aber immerhin 30 Jahre lang streiten wir über die Donau. Rot-Grün wollte sie immer schon naturbelassen erhalten. Die CSU hat gesagt, man sei wirtschaftsfeindlich eingestellt, wenn man nicht den Staustufen und der Kanallösung zustimmt. Jetzt sind sie umgeschwenkt auf unseren Kurs.

Und als Mieteranwalt kämpfte ich schon seit Jahrzehnten für eine Begrenzung des Mietanstiegs, eine Aufstockung der Wohnbaumittel und für gesetzliche Instrumente gegen die Altbauspekulation. Das wurde ein Vierteljahrhundert lang als sozialistische

Ideologie angeprangert, und jetzt schreiben sie es plötzlich kurz vor der Wahl alles bei uns ab.

Genossinnen und Genossen, die CSU glaubt, dass sie Regierungsprogramme machen kann wie Doktorarbeiten: alles abschreiben.

(Beifall)

Aber zum Glück gibt es seit eineinhalb Jahren eine, ja, nicht Bürgerinitiative - die gibt es überall -, sondern eine Bürgermeisterinitiative. Drei Bürgermeister haben sich zusammengefunden, weil sie es alle drei für eine gute Idee gehalten haben, dass man doch in der Landeshauptstadt jetzt vom Rathaus in die Staatskanzlei umziehen könnte. Das wurde am Anfang für weltfremd, anmaßend, unrealistisch erklärt. Aber inzwischen können wir verzeichnen, dass Torsten Albig vom Bürgermeister der Landeshauptstadt zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein geworden ist. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Und der Zweite ist auch schon gefeiert worden: Stephan Weil, den angeblich außerhalb der Landeshauptstadt kein Mensch gekannt hat, ist heute der Ministerpräsident von Niedersachsen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Und wer mitgedacht hat, ahnt die Pointe: Jetzt fehlt nur noch einer.

(Heiterkeit und Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich will es einmal in der Sprache des öffentlichen Dienstes formulieren, der ja in der Sozialdemokratie immer schon stark vertreten war: Ich denke, dass ich nach 20 Jahren auf derselben Stelle einen Bewährungsaufstieg verdient habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Es wird Zeit, dass wir die erfolgreiche rot-grüne Zusammenarbeit, die im Münchener Rathaus bald ihr erstes Vierteljahrhundert feiern kann und eine gemeinsame Zukunft vor sich hat, auch in ganz Bayern praktizieren. Dafür bitte ich euch alle um eure Unterstützung.

(Beifall)

Ich weiß ja, dass es auf einen Bewährungsaufstieg im Ruhestandsalter keinen Rechtsanspruch mehr gibt, aber wir können uns dank Torsten Albig und Stephan Weil auf das Gesetz der Serie berufen, und das tun wir auch.

(Beifall)

Das Schöne ist, dass wir uns in nahtloser programmatischer Übereinstimmung mit der Bundespartei befinden. Das war ja, wenn man sich erinnert, was ihr lieber nicht tut, nicht immer der Fall.

Wir befinden uns in nahtloser Übereinstimmung, und das Anliegen heißt, die Märkte endlich wieder auf das Gemeinwohl zu verpflichten, wie es ja die bayerische Verfassung ausdrücklich fordert. Das gilt für die entfesselten Finanzmärkte, wir müssen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder durchsetzen, und wir brauchen endlich wieder ein Gleichgewicht auf den Wohnungsmärkten, die auch völlig aus dem Ruder gelaufen sind. Dabei können wir in den kommenden Monaten vollkommen parallel und Schulter an Schulter arbeiten.

Wir in Bayern wissen: Wir brauchen eine erfolgreiche Kampagne der Bundespartei. Und ihr müsst wissen: Ihr seid auch ein bisschen auf uns angewiesen, nämlich auf einen Erfolg im Endspurt des Bundestagswahlkampfes einen Sonntag vor unserem gemeinsamen Wahlsonntag. Wir müssen beide erfolgreich sein. Das ist unsere gemeinsame - Ude, sage jetzt nichts Falsches; ich hab es - Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ohne von günstigeren Bedingungen zu träumen. Nein, wir treten heute unter ähnlichen Bedingungen an, und wir müssen die nächsten Monate für einen großen Erfolg nutzen. Dafür, glaube ich, lohnt es sich für jedes SPD-Mitglied, jetzt die Ärmel aufzukrempeln.

(Beifall)

Ein Letztes muss ich den Gästen aus nichtbayerischen Landen auch sagen: Freut euch nicht zu früh auf einen Ministerpräsidenten Ude in Bayern. Ihr werdet es in manchen Fragen nicht so leicht haben wie in der Vergangenheit mit der CSU.

(Beifall)

Wie war es denn - und jetzt schaue ich mir nicht den Theaterdonner in Bierzelten an, sondern die Realität - vor über einem Jahrzehnt, als über den Finanzausgleich verhandelt wurde? Damals wollte Edmund Stoiber Superminister in Deutschland werden, und er war bei den Verhandlungen offensichtlich kein bayerischer Löwe, sondern ein Bettvorleger. Man konnte ihn leicht über den Tisch ziehen, und erst zehn Jahre später entdeckt die CSU, dass sie selber angeblich bayernfeindliche

Regelungen vereinbart und in Gesetzesform gegossen hat, die sie heute schon als verfassungswidrig anprangern muss. Was für ein jämmerliches Maskenspiel, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ihr werdet mit mir einen bayerischen Verhandlungspartner haben, der bei den Verhandlungen bayerische Interessen vertritt und auf einen dauerhaft verträglichen Interessenausgleich achtet, aber ihr könnt euch auch darauf verlassen, dass ich getroffene Vereinbarungen dann auch loyal vertrete und der eigenen Bevölkerung vermittele, statt dieses billige Doppelspiel zu treiben, bei den Verhandlungen einzuknicken und hinterher die anderen Länder und die anderen Regierungen anzuprangern. Wir brauchen mehr Sachlichkeit und Fairness auch im Umgang der Landesregierungen untereinander.

(Beifall)

In diesem Sinne sage ich euch: Auch wenn Verhandlungen in Zukunft vielleicht schwieriger werden: Zunächst einmal braucht auch ihr einen Erfolg am 15. September, dem dann ein noch bedeutsamerer Erfolg am 22. September folgt - beide Male für Rot-Grün. Claudia Roth, ich denke, für eine soziale und ökologische Politik, also für eine rot-grüne Politik, ist es in Deutschland genauso wie speziell in Bayern höchste Zeit.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Lieber Christian, ganz herzlichen Dank und viel Erfolg, wenngleich ich bei der letzten Bemerkung bei manchen deiner zukünftigen Kollegen nicht ganz sicher war, wie ich die Blicke zu interpretieren hatten. Da sie dich aber nicht wählen müssen, sondern nur anschließend mit dir zusammenarbeiten, ist es, glaube ich, keine Sorge. Sie werden dir trotzdem im Wahlkampf alle Unterstützung zukommen lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den kommenden Monaten eine sehr große Herausforderung vor uns – nicht nur hier in Bayern, wo wir in der Tat ein historisches Ereignis herbeisehnen, sondern mit der Bundestagswahl auch in der Republik. Wir streben dabei einen Richtungswechsel an. Dazu hat Sigmar schon vieles gesagt, und Peer hat das, glaube ich, mit einer sehr passenden Formel auf dem letzten Bundesparteitag schon zum Ausdruck gebracht: Wir brauchen mehr „Wir“ und weniger „Ich“. Das bedeutet auch, dass wir eine rot-grüne Mehrheit statt

einer schwarz-gelben brauchen. Damit ist die Richtungsentscheidung auch für die Bundestagswahl am 22. September klar angelegt.

Ich freue mich vor diesem Hintergrund ganz besonders, erstmals, wenn das Protokoll richtig ist, eine Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen hier bei uns begrüßen zu dürfen. Ich freue mich jetzt ganz außerordentlich, dass Claudia Roth hier in ihrer Heimatstadt Augsburg zu uns sprechen wird. - Liebe Claudia, du hast das Wort.

(Beifall)

Claudia Roth, Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen: Liebe Freundinnen und Freunde von der Sozialdemokratie! Ich freue mich wirklich narrisch, als erste grüne Vorsitzende bei einem SPD-Parteitag ein Grußwort zu halten. Es ist für mich wirklich eine besondere Ehre, bei der ältesten demokratischen Partei in Deutschland zu sein, die so viel geleistet hat für soziale Demokratie, die sich mutig gegen die Nazis gestellt hat, als andere die braunen Horden gewähren ließen,

(Beifall)

einer Partei, die mehr Demokratie wagte und die mit uns Grünen zusammen diese Gesellschaft ab 1998 nach langen Jahren Mehltau und Saumagenbehäbigkeit nach vorne gebracht hat.

(Heiterkeit und Beifall)

- Es tut mir leid: Es ist schon ein bisschen Behäbigkeit.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, dass ich euch bei mir zu Hause, in Augsburg, begrüßen kann, der Friedensstadt, die ermahnt, dass man Frieden nicht mit Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien schafft, liebe Freundinnen und Freunde,

(Beifall)

der alten, großen Industriemetropole, die fordert, dass Arbeit in unserem Land wieder Wert und Würde bekommen muss, der weltoffenen Stadt mit Menschen aus 180 Nationen, was doch beweist, dass Multikulti nicht tot ist, sondern Realität in einer Einwanderungsgesellschaft, die wir endlich demokratisch gestalten wollen.

(Beifall)

Und es stimmt – Sigmar hat auf Bert Brecht schon hingewiesen –: Ich bin mir sicher, dass der größte Sohn unserer Stadt zufrieden wäre, wenn ihr als Sozialdemokratie in

Augsburg nach einem langen schwarz-gelben Winter einen politischen Frühling mit einläutet, den Countdown zum Ende von Schwarz-Gelb in Bayern, in Hessen natürlich auch und im Bund sowieso.

(Beifall)

Für die grüne Partei kann ich euch versichern: Wir haben große Lust auf einen heißen Wahlkampf, und wir werden nicht zulassen, dass Kanzlerin Merkel teflonmäßig über allem schwebt und das Land politisch demobilisiert. Wir wollen mit euch zusammen den Politikwechsel schaffen, und das ist sehr viel mehr als ein Regierungswechsel.

(Beifall)

Denn dieses Land tickt doch rot-grün! Und genau so muss es auch wieder regiert werden, anders als die Merkel-Koalition, die für das Vorgestern steht und das Morgen verspielt. Diese Truppe hält doch nur noch der Machterhalt zusammen und, ihren Lobbys zu Diensten zu sein. Ich sage: Uns Grünen graust es vor der tiefschwarzen Politik von der CSU, die sich mit der Herdprämie auf die Zeitreise in die 50er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts gemacht hat.

(Beifall)

Uns graust es vor der Politik einer Frau Aigner, dem lächelnden Gesicht der CSU, bei der einem das Lachen vergeht angesichts von Massentierhaltung, von Antibiotika in der Tiernahrung und von Gentech auf dem Gesicht. Ich sage euch: Ich bin mir ziemlich sicher, dass auch der heilige Franz von Assisi sich von dieser CSU abwendet, bei der nichts mehr christlich oder sozial ist, die tief verfilzt ist, die die Armut verschärft, die eine himmelschreiende Flüchtlingspolitik betreibt und die den Bildungserfolg der Kinder vom Geldbeutel der Eltern abhängig macht.

(Beifall)

Aber seid euch sicher: Der liebe Gott hat das schöne Bayern nicht der CSU vermacht. Ich bin sehr froh, lieber Christian Ude, dass eine neue bayerische Landesregierung ohne diese CSU denkbar ist. Und sie ist nicht nur denkbar, sondern ist auch machbar. Das werden wir am 15. September beweisen.

(Beifall)

Mir graust es vor einer Politik des Innenministers Friedrich, der den NSU-Skandal aussitzt, anstatt endlich die Sicherheitsstrukturen zu reformieren und allen Menschen in diesem Land wieder das Gefühl zu geben, geschützt zu sein vor rechtem Terror

und Gewalt. Und ich habe genug vor einer Regierung, die in Berlin zwar ein Denkmal einweihet für die im Nationalsozialismus 500.000 ermordeten Sinti und Roma, die die Lebenden aber diskriminiert und sie zum Sündenbock macht in einer populistischen, schäbigen Wahlkampfstrategie.

(Beifall)

Was wir stattdessen brauchen in diesem Land ist anständige Politik – eine Politik für einen neuen sozialen Zusammenhalt, damit nicht die Reichen immer reicher und alle anderen immer ärmer werden. Diejenigen, die mehr tragen können, müssen auch mehr Verantwortung übernehmen. Lasst uns nicht kirre machen von interessengeleiteten Kampagnen gegen eine gerechte Steuerpolitik, die die Lebensbedingungen für die Mittelschicht und für die sozial Schwächeren verbessert und die endlich auf Gemeinwohl statt auf Eigennutz setzt.

(Beifall)

Lasst uns gemeinsam kämpfen für gute, für würdige Arbeit. Wir brauchen keine frisierten Armutsberichte, sondern wir brauchen einen fairen Mindestlohn, damit auch die Aldi-Verkäuferin und der Latte-Macchiato-Schäumer bei Starbucks von ihrer Arbeit leben können und Working Poor endlich zu Ende ist, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und lasst uns, Grün und Rot, kämpfen gegen die schwarz-gelbe Anti-Frauen-Politik, für mehr Geschlechtergerechtigkeit, für gleichen Lohn, für gleichwertige Arbeit. Wir Frauen wollen nicht die Hälfte des Himmels, sondern wir wollen die Macht hier auf der Erde, und zwar sofort.

(Beifall)

Ja, und wir wollen gleiche Rechte für gleiche Liebe – was denn sonst? Die Einzige, die das noch nicht kapiert hat, ist die Union, eine schrille Minderheit, die auch in der Frage der Homoehe die gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland verloren hat. Und auch das gibt uns Rückenwind für die Bundestagswahl.

(Beifall)

Ich sage euch hier ganz offen: Ich streite tausendmal lieber mit der SPD über den Unsinn einer Vorratsdatenspeicherung, über die Abschaffung einer Abgeltungsteuer oder über den Klimakiller Kohle als mit einer Union der Entsolidarisierung, einer Union, die sich zwar mit der Energiewende zu brüsten versucht, diese aber

tatsächlich hintertreibt und begräbt. Und ich bin mir sicher: Auch ihr habt mehr Lust, mit uns zu streiten, als euch mit diesen Schwarzen sozusagen zusammenzutun.

(Beifall)

Lasst uns, Rote und Grüne, kämpfen für mehr globale Gerechtigkeit, gegen Steuerhinterziehung, für den europäischen Zusammenhalt, gegen das Kaputtspardiktat von Angela Merkel, das europäische Partner in die Krise und die einfachen Menschen ins Elend treibt und das sie selbst zu Hause mit einem wachsenden Schuldenberg ad absurdum führt. Lasst uns kämpfen für eine Fortführung dessen, was Willy Brandt und Erhard Eppler mit dem Nord-Süd-Dialog begonnen haben und was ein Dirk Niebel heute mit Füßen tritt, wenn er neokolonial durch Afrika stapft.

(Beifall)

Wir brauchen eine richtig breite Mobilisierung, damit es am Ende gemeinsam reicht. Grün und Rot gegen Schwarz und Gelb – darum geht es. Wir wollen ja nicht Umfrageweltmeister werden, sondern die Wahlen wollen wir gewinnen. Und darum kämpfen wir. Denn Wahlkampf ist zum Kämpfen da, liebe zukünftige Regierungspartner und Regierungspartnerinnen!

(Beifall)

Lieber Sigmar, eins möchte ich dir sagen: Auch wenn es einigen Charme hat, dass du in uns die neue liberale Partei siehst und du auch ein bisschen in Nostalgie schwelgst über sozialliberale Zeiten – die Zeiten haben sich doch geändert! Rot-Grün 2013 wird kein Remake von 1998 und auch keine Neuauflage der sozialliberalen Koalition. Wir Grüne sind die Grünen; wir sind doch nicht die neue FDP. Und die SPD von heute ist auch nicht die alte Tante aus den 60er-Jahren.

(Beifall)

Wir bauen die Zukunft mit neuen Aufgaben und mit ambitionierten Programmen. Und da habt ihr es heute ja ein bisschen leichter mit euren 160 Änderungsanträgen als wir es mit unseren 2.600 Änderungsanträgen in zwei Wochen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Eine rot-grüne Koalition à la 2013 wird etwas ganz Neues sein: die Verkörperung von der sozialökologischen Transformation unserer Wirtschaft und der Demokratisierung unserer Gesellschaft. Deshalb machen wir ganz klar, wo der politische Gegner steht:

nicht hier im Saal, sondern draußen vor dieser Tür: Schwarz-Gelb, die schlechteste Bundesregierung aller Zeiten. Die wollen wir in die Opposition schicken!

(Beifall)

Jetzt heißt es für uns nicht kuscheln, sondern kämpfen für den Politikwechsel 2013, der bitter nötig und sehr wohl möglich ist, in Bayern, in Hessen und im Bund. Unsere grün-rot oder rot-grün regierten Länder machen es uns doch vor, jeden Tag! Sie zeigen über 40 Millionen Menschen, wie erfolgreich eine andere Politik aussehen kann. Und was den Ländern guttut, kann für den Bund nicht schlecht sein, das wird vielmehr Rückenwind sein. Und überhaupt: Das Leben ist viel zu bunt, um es nur schwarz-gelb zu sehen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und was der Sigmar kann, das kann ich auch - ich bin ja bürgerlich erzogen worden. Ich habe auch ein Gedicht von Brecht mitgebracht, das ziemlich gut passt: „Soll das heißen, dass wir uns bescheiden/ Und „so ist es und so bleibt es“ sagen sollen?/ Besser scheint's uns doch, aufzubegehren/ Und auf keine kleinste Freude zu verzichten/ Und die Leidensstifter kräftig abzuwehren/ Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten.“

In diesem Sinne einen erfolgreichen Parteitag!

(Lang anhaltender Beifall)

Torsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Liebe Claudia, ganz herzlichen Dank auch für deine herrliche Offenheit, die wir von dir aus vielen Ansprachen gewohnt sind, die in diesem Land auch schon legendär sind. Ich will dir ausdrücklich recht geben: Es macht sehr viel mehr Sinn, dass wir in einer rot-grünen Koalition darüber streiten, was der richtige Weg ist, beispielsweise mit Blick auf bezahlbare Energiepreise, bezahlbare Mieten, aber auch bei den wichtigen Infrastrukturentscheidungen. Das wird uns in Zukunft viel mehr Spaß machen als mit den ewig Gestrigen von Schwarz-Gelb über absurde Vorstellungen von Betreuungsgeld oder Familienpolitik insgesamt zu reden. Ganz herzlichen Dank dafür, dass du hier bist und erstmals auf einem Parteitag der SPD gesprochen hast.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, damit kommen wir zu einem weiteren Höhepunkt unseres Parteitags. Peer Steinbrück spricht Klartext. Das hat er auch auf seiner Länderreise gemacht. Dafür wird er auch geschätzt. Wir wünschen ihn uns auch gar

nicht anders, weil er es auch gar nicht anders kann. Ich sage es ganz klar: Wir müssen bei uns selbst bleiben, wir müssen authentisch bleiben. Peer Steinbrück hat eine der Qualitäten, die wir ganz oft in diesem Land alle miteinander vermissen, nämlich die Themen klar und präzise anzusprechen, auch dann, wenn wir am Anfang nicht alle einer Meinung sind.

Ich will mal in unserer Geschichte zurückgehen: Als Willy Brandt die neue Ostpolitik Ende der 60er-Jahre entwickelt hat, gab es dafür am Anfang auch keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Die SPD hat damals Haltungen und Positionen formuliert und anschließend, nachdem einige unserer Vordenker vorangegangen sind, haben wir das gemeinsam getragen. Genossinnen und Genossen, genau darum geht es auch heute wieder. Wenn wir darüber reden, dass das Wir ins Zentrum gestellt und das Ich überwunden werden muss, wenn wir davon überzeugt sind, dass Gerechtigkeit stark macht und nicht das Gegenteil auslöst, dann sage ich: Peer Steinbrück ist der Mann, der dafür in besonderer Weise steht, der darüber in den letzten Monaten Klartext geredet hat. Er wird das auch in Zukunft tun. Ich wünsche mir auch gar keinen anderen Peer Steinbrück als diesen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben euch zu Beginn seiner Rede einige Impressionen aus seiner Länderreise mitgebracht, mit denen wir jetzt beginnen. Danach wird für uns und zu uns der Mann sprechen, der für uns diesen Richtungs- und Politikwechsel in Deutschland einleiten soll, unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Film ab!

(Filmeinspielung)

(Beifall)

Rede des Kanzlerkandidaten der SPD

Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Claudia Roth, vielen Dank für eine feurige, beflügelnde Rede. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam Erfolg haben und in der Tat diese Regierung im Herbst dieses Jahres ablösen werden.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, all diejenigen, die uns zuhören und zuschauen, seien Sie herzlich begrüßt zu diesem Wahlprogrammparteitag der SPD.

Ich habe auf dem Hannoveraner Nominierungsparteitag gesagt, dass jede gute Rede eine knackige Einleitung, einen schwergewichtigen Hauptteil und einen furiosen Schluss haben muss. Damit habe ich euch auf diesem Parteitag am 9. Dezember nach Beendigung meiner Einleitung nach 40 Minuten ziemlich erschreckt.

Deshalb mache ich das heute mal anders. Heute beginne ich mit dem Schluss: Ich will Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall)

Vielen Dank! Langsam, langsam!

Das war es schon. Wir können jetzt zur Beratung der Anträge kommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das wäre dann damit die kürzeste Rede eines Kanzlerkandidaten der SPD, die es auf einem Wahlprogrammparteitag gegeben hat.

Ich will aber nicht deshalb Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden, weil es für mich persönlich wichtig ist, sondern weil ich mit Euch gemeinsam vieles in unserem Land wieder ins Lot bringen möchte. Das ist der Grund, warum ich Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden möchte.

(Beifall)

Ich möchte für ein neues soziales Gleichgewicht bei einer guten wirtschaftlichen Entwicklung sorgen. Das kann ich nur mit euch gemeinsam. Das kann ich nur mit eurer tatkräftigen und solidarischen Hilfe, so, wie ihr sie mir schon bewundernswürdig und für mich sehr bewegend in den letzten Wochen und Monaten, wo es nicht immer leicht war, gezeigt habt. Ich danke euch herzlich dafür.

(Beifall)

Deutschland ist, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, zweifellos ein sehr starkes Land. Und wir wären schlecht beraten, es in einem schlechteren Licht darzustellen als es ist; das entspricht nicht den Empfindungen und Wahrnehmungen vieler Menschen.

Deutschland ist ein starkes Land mit einer nach wie guten Infrastruktur - ich komme auf die Bedrohung der Qualität dieser Infrastruktur noch zurück -, mit einem stabilen Rechtsstaat, mit einer vergleichsweise hohen persönlichen Sicherheit. Ein Land, in dem Freiheit und Menschenrechte gelten. Dem Land geht es gut.

Aber: Viel zu vielen Bürgerinnen und Bürgern geht es in diesem Land nicht gut, denn viel zu sehr klafft die Lücke zwischen Arm und Reich auseinander, denn viel zu oft zahlt sich Tüchtigkeit auch für die, die sich anstrengen, nicht aus. Und es steht auch um das Investitionsklima in unserem Land nicht so gut, wie es sein müsste. Die amtierende Bundesregierung versucht, darüber hinwegzutäuschen, indem sie sich in Selbstlob und Selbstzufriedenheit ergeht.

Ich finde nicht - um ihn zu zitieren -, dass Deutschland „das coolste Land der Welt ist“, Herr Vizekanzler Rösler. Ich finde das nicht. Es ist alles andere als cool, Herr Rösler, dass sieben Millionen Menschen für weniger als 8,50 Euro arbeiten müssen, dass ungefähr 800.000 Vollzeitbeschäftigte für weniger als 6 Euro arbeiten müssen und anschließend zum Sozialamt oder zum Jobcenter gehen müssen, um sich ihren Lohn aufstocken zu lassen.

Es ist nicht cool, dass Zeitarbeiter teilweise bis zu 40 Prozent weniger verdienen als gleich qualifizierte festangestellte Kollegen.

Es ist nicht cool, dass Frauen in diesem Land durchschnittlich 22 Prozent weniger verdienen als Männer und Deutschland damit eines der ungerechtesten Länder in Europa ist.

(Beifall)

Und es ist nicht cool, dass 1,5 Millionen junge Menschen ohne Ausbildung sind.

Es ist nicht cool, dass die Mietpreise und die Strompreise unentwegt steigen, und es ist vor allen Dingen nicht cool, dass nach wie vor die Steuerzahler für die Risikoignoranz und die Fehlentscheidungen von Bankern einstehen müssen als die Garanten in letzter Instanz. Das ist alles andere als cool, Herr Vizekanzler Rösler.

(Beifall)

Es ist nicht cool, dass Sie damit an den Realitäten an den Realitäten von Millionen von Menschen und an unserer Zukunftsfähigkeit dieses Landes so vorbeireden.

Frau Merkel ist stolz darauf - ich zitiere sie -, „Chefin der besten Bundesregierung seit der Wiedervereinigung“ zu sein.

(Zurufe: Pfui!)

Ich weiß nicht, ob sie das in einer Kabarettssendung gesagt hat, aber sie glaubt daran.

Die Frage ist: Worauf genau ist sie denn stolz? Ist sie darauf stolz, dass ihre Regierung der Hotellobby von der FDP die Steuern gesenkt hat, übrigens mit erheblichen Einnahmeverlusten für die Kommunen? Ist sie stolz darauf, dass sich die Spaltung des Arbeitsmarktes in Deutschland fortgesetzt hat und viele Menschen nicht von ihrer Hände Arbeit leben können? Ist sie stolz darauf, dass sie mit dem Betreuungsgeld einem völlig überkommenen, einem Familien- und Frauenbild von vorgestern folgt, als es noch Gummibäume gegeben hat? Ist sie stolz darauf, dass ihre Koalition trotz vernünftiger Wirtschaftslage, trotz niedriger Zinsen, trotz sprudelnder Steuereinnahmen dennoch 100 Milliarden zusätzliche Schulden in diesem Land gemacht hat? Ist sie stolz darauf, dass ihre Koalition die Energiewende zur größtmöglich denkbaren Investitionsbremse in diesem Land gemacht hat? Ist sie etwa stolz darauf, dass ihre Koalition den sozialen Wohnungsbau ausgebremst und das wichtige Projekt der sozialen Stadt zusammengestrichen hat - in einer Zeit, in der die Mieten steigen, in einer Zeit, in der viele alteingesessene Bürgerinnen und Bürger auch älterer Jahrgänge aus ihren angestammten Quartieren verdrängt werden?

Keine schöne Bilanz, Frau Merkel!

(Beifall)

Und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir vieles besser, aber noch mehr anders machen müssen, wenn wir die Regierung stellen.

(Beifall)

Das ist unsere Aufgabe als SPD, zusammen mit den Grünen, und deshalb wollen wir die Regierung stellen mit mir als sozialdemokratischem Kanzler.

(Beifall)

Ich danke euch, dass ihr mich für dieses wichtige Amt vorgeschlagen habt.

Mit euch und vielen anderen in Deutschland will ich aus Stillstand Fortschritt machen. Mit euch und vielen anderen in Deutschland möchte ich die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft bändigen, weil wir gemeinsam dafür stehen, dass soziale Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft Hand in Hand gehen müssen, weil wir gemeinsam mehr für Frauen tun wollen als die Frau Bundeskanzlerin und die Frauenministerin,

(Beifall)

weil ich gemeinsam mit euch den Steuerbetrug bekämpfen will - und ich verstehe mehr von Attacke als mein Nachfolger -,

(Beifall)

weil ich mich gemeinsam mit euch in der Tradition der sozialdemokratischen Bundeskanzler - von Willy Brandt über Helmut Schmidt und Gerhard Schröder - dafür einsetzen will, dass wir Deutschen ein Volk guter Nachbarn bleiben,

(Beifall)

weil meine Vorstellung von einer friedfertigen Gesellschaft in der Tat ist: Mehr „Wir“, weniger „Ich“. Dafür steht die SPD - wer denn sonst vor dem Hintergrund unserer 150-jährigen Geschichte.

(Beifall)

Das gemeinsam im dann 151. Jahr unseres Bestehens anzupacken, erfüllt mich mit Stolz, und dafür will ich alles geben, was ich kann.

(Beifall)

Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, ist es immer gut gegangen, wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regierten, und zwar, weil es immer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren, die soziale Gerechtigkeit und eine florierende Wirtschaft zusammengedacht und zusammengebracht haben, weil wir uns nie auf dem Erreichten ausgeruht haben, sondern weil es uns immer darum ging, jedem - unabhängig von seiner Herkunft - die Chance zu geben, ein eigenverantwortetes Leben zu führen, einen eigenen Lebensentwurf zu verfolgen und umzusetzen.

(Beifall)

Da knüpft auch der Freiheitsbegriff an, von dem Willy Brandt nicht zuletzt in seiner beeindruckenden Abschiedsrede als Parteivorsitzender geredet hat. Und in dieser guten Tradition sehe ich mich mit euch gemeinsam. Dazu waren und sind mir übrigens Hans Matthöfer, Helmut Schmidt, Johannes Rau und Regine Hildebrandt die persönlichen Vorbilder, die mich sehr stark geprägt haben.

(Beifall)

Ich bin voller Respekt und bin voller Sympathie, dass ich in ihrem Umfeld arbeiten durfte, von ihnen lernen durfte. Ich hätte mir niemals vorstellen können, als ich als junger Mann bei dreien von ihnen selber tätig gewesen bin, dass ich eines Tages die Bahn weiterziehen dürfte, die sie begonnen haben oder die sie aus den Vorgängerjahrzehnten der SPD gezogen haben.

Ich will meine Kompetenzen, ja, auch meine Klarheit, auch meine Ecken manchmal, aber auch die Bereitschaft, die Probleme beim Namen zu nennen, meine tief verwurzelte Vorstellung von einer friedfertigen Gesellschaft dafür einsetzen, dass die enormen Potenziale, die unser Land hat, nicht verspielt, sondern dass sie ausgeschöpft werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger bei uns eine bessere Zukunft und Aufstiegsperspektiven haben.

Nun bekommen wir von den Gegnern gebetsmühlenhaft vorgehalten, wir wollten doch nur eine Umverteilung von oben nach unten, und wir würden nur eine Neidgesellschaft schüren. Welch eine Infamie! Denn es gibt nachweislich seit Jahren eine Umverteilung. Es gibt eine Umverteilung, aber nicht von oben nach unten, sondern es gibt seit Jahren eine Umverteilung von unten nach oben - nachweislich.

(Beifall)

Deshalb rede ich mit den Vertretern von CDU/CSU und FDP gerne über das Problem der Umverteilung, denn wir haben es damit zu tun, dass sich das Nettogesamtvermögen in den letzten 20 Jahren in privaten Händen auf über 10 Billionen Euro verdoppelt, und das ist nicht etwas, was die Abteilung Agitation und Propaganda der SPD sich ausdenkt, sondern was Gegenstand von vielen Studien und Statistiken ist.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben real nicht mehr in der Tasche sondern sogar weniger auf dem Konto als vor zehn Jahren, während die beiden oberen Einkommenszehntel sehr von dem Kuchen profitiert haben, der verteilt wurde.

Es ist aber immer Antrieb der Sozialdemokratie gewesen, liebe Genossinnen und Genossen, ein Bündnis der Starken mit den Schwachen zu schmieden, der Gesunden mit den Kranken, der Älteren mit den Jüngeren, der Arbeitenden mit denjenigen, die unternehmende Unternehmer sind. Es ist immer das Anliegen dieser SPD gewesen, ein solches Bündnis zu schaffen. Es ist nie unser Antrieb gewesen, nur die Schwachen stärker und die Starken schwächer zu machen - das war nie

Anliegen der SPD -, sondern es geht darum, dass die Starken und Schwächeren in freier Selbstbestimmung und aus einer gesellschaftlichen Überzeugung, auch aus einem Sinn für das Gemeinwohl von Sozialdemokraten in ein solches Bündnis geführt werden. Dieses Bündnis ist der Garant für eine friedfertige Gesellschaft, für den inneren Frieden dieser Gesellschaft.

(Beifall)

Und nicht nur das: Dieses Bündnis ist auch der Garant für erfolgreiches Wirtschaften in diesem Land.

(Beifall)

Genau dieser Logik folgen wir, wenn wir einige Steuern für einige Starke erhöhen - nicht aus Selbstzweck, sondern um zum Beispiel die Schuldenbremse auch im Sinne der Generationengerechtigkeit einzuhalten, um mehr Geld in Kinderbetreuung und mehr Geld in Bildung zu investieren, um die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu sanieren oder auszubauen, die übrigens für erfolgreiches Wirtschaften von erheblicher Bedeutung ist, um die Kommunen finanziell wieder stärker zu machen, die teilweise in einer bedrohlichen Situation sind,

(Beifall)

und auch um mehr für bezahlbaren Wohnraum zu tun - ein erkennbares Problem inzwischen nicht nur in Ballungsräumen, dort auch, aber vornehmlich in Ballungsräumen. Der gut verdienende Facharbeiter, die gut verdienende Facharbeiterin - ich will den Faden fortsetzen, den Sigmar schon gelegt hat - wird entgegen mancher Propaganda und mancher Windmaschine, die dort in Gang gesetzt wird, von unserer Steuerpolitik überhaupt nicht betroffen. Ich muss die Hinweise nicht wiederholen, die Sigmar zutreffend gegeben hat. Auch Oma ihr klein Häuschen wird nicht betroffen. Auch die vielen tüchtigen mittelständischen und Familien-Unternehmen werden wir nicht in ihrer Substanz besteuern. Das garantiere ich - damit das ein für allemal von mir klargemacht worden ist.

(Beifall)

Richtig ist: Wenn wir die Starken davon überzeugen wollen, dass sie einen höheren Beitrag für das öffentliche Wohl unserer Gesellschaft leisten sollen, dann ist diese von ihnen mitgestiftete Solidarität natürlich keine Einbahnstraße. Richtig ist, dass wir nach unserem Solidaritätsbegriff im Gegenzug von den Schwächeren erwarten dürfen, dass sie ihr Bestes geben, diese Solidargemeinschaft wieder zu entlasten. Das ist unser Begriff von Solidarität.

(Beifall)

Die Bundesregierung, liebe Genossinnen und Genossen, hat nichts mehr im Regal, aber sehr viele schöne Schachteln im Schaufenster. Nur, wenn man diese Schachteln öffnet, wenn man einmal hineingucken möchte, was darin ist, sind sie leer - ein Muster ohne Wert: Lohnuntergrenze statt einem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, Flexiquote statt Frauenquote, Lebensleistungsrente statt Solidarrente, ein 5-Euro-Pflege-Bahr statt einer umfassenden Reform unseres gesamten Pflegesystems einschließlich einer größeren Wertschätzung derjenigen, die in der Pflege tätig sind.

(Beifall)

Und wenn ihnen dann die leeren Schachteln auch noch ausgegangen sind, dann klauen sie unter Verletzung des Urheberrechts bei uns. Das ist richtig, Christian. Zum Beispiel: Trennbanken. Die Sozialdemokratie hat vor einem halben Jahr ein sehr umfassendes Papier, an dem ich mitwirken durfte, über die Regulierung der Finanzmärkte und die Aufsicht der Finanzmärkte vorgelegt. Da war unser Vorschlag schon ziemlich genau beschrieben, dass wir für eine Trennung der normalen Kredit- und Einlegerbanken von Investmentbanking und einem Eigenhandel eintreten. Ein halbes Jahr später, nach Ausdrücken der Empörung gegenüber der SPD, kommt mein Nachfolger auf dieselbe Idee. Kaum sind wir mit wieder alarmierenden Meldungen über Steuerbetrug und über Steueroasen konfrontiert, kommt diese Regierung auf die Idee, eine wirkungsvollere Steuerfahndung in Gang zu setzen. Donnerwetter, habe ich gedacht, wo waren die denn in den letzten drei Jahren?

(Beifall)

Und wie sehr haben sie nicht zuletzt auch den nordrhein-westfälischen Finanzminister, Norbert Walter-Borjans, dafür angegriffen, dass er als sozialdemokratischer Landesfinanzminister sehr viel mehr Ehrgeiz auf diesem Gebiet angemahnt hat!

(Beifall)

Ich wiederhole: Manchmal habe ich den Eindruck, der größte Freund dieser Regierung ist das nicht ganz intakte Kurzzeitgedächtnis von vielen. Wir sollten das ein bisschen vitalisieren und in Erinnerung bringen, was die alles unterlassen haben oder an leeren Schachteln ins Schaufenster stellen. Wir wollen nicht nur Etiketten auf Flaschen kleben, wie die es machen, sondern wir wollen Lösungen produzieren und auch Lösungen liefern. Das ist unser Anspruch als Sozialdemokratie.

(Beifall)

Zu der Reaktivierung dieses Kurzgedächtnisses gehört, zum Beispiel daran zu erinnern, wie die beiden letzten Sitzungen des Koalitionsausschusses dieser Regierung abgelaufen sind. Das wurde leider alles vergessen. Diese beiden letzten Sitzungen des Koalitionsausschusses waren der endgültige Beweis dafür, dass sich Schwarz-Gelb als Koalition längst von der Regierung verabschiedet hat. Sie kann weder produzieren noch liefern. Nichts geht mehr - bei der Rente, bei der Frage Mindestlohn, bei der Energiewende, beim Breitband-Ausbau auch in eher ländlichen Räumen, bei der Mietpreisbegrenzung oder auch nichts bei dem Steuer- und Adoptionsrecht für unterschiedliche Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft. Nichts geht mehr - Stillstand! Das war sogar so dünn, dass bei der letzten Koalitionsausschusssitzung weder die Generalsekretäre von CDU/CSU noch von der FDP vor die Presse gegangen sind, weil sie den Unterschied zwischen Pepita und kleinem Karo nicht mehr erklären konnten.

(Heiterkeit und Beifall)

Stattdessen werden sehr häufig wahllos und folgenlos Feuerwerkskörper gezündet, zum Beispiel die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, die Abschaffung des Soli drei, vier Tage später, die Ausweitung des Ehegattensplittings auf ein Familiensplitting, die Beseitigung der kalten Progression mal eben mit einer Armbewegung, ohne den Menschen zu erklären, welche Milliardensummen dahinter stehen, die ja refinanziert oder woanders eingespart werden müssten. Oder die Großelternzeit, so hilfreich sie sein könnte. Das alles sind Feuerwerkskörper, die abgeschossen werden, alles Blendwerk. Das Erstaunliche ist: Kaum jemand außer uns begibt sich auf den Weg zu prüfen, wie das eigentlich umzusetzen und zu finanzieren ist. Nichts geht mehr. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: „Abwahl“ lautet die Parole bei dieser Bilanz!

(Beifall)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich die Bürgerinnen und Bürger, je näher die Wahl kommt, ein sehr eigenes Bild von diesem Regierungshandwerk, den vielen politischen Unterlassungen dieser Regierung oder von den vielen Politikruinen, die in der Landschaft stehen, machen werden. Ich glaube nicht, dass sie das dieser Regierung auf Dauer durchgehen lassen. Denn die Leistung dieser Regierung steht in einem offenen Kontrast zu allem, was unser Land stark macht und viele Menschen befähigt, erfolgreich zu sein. Es entspricht nicht dem Anspruch der Menschen an sich selber. Auch wenn sich Frau Merkel präsidial von ihrem Kabinett abzuheben versucht, so ist sie doch für die Qualität dieser Regierung verantwortlich zu machen!

(Beifall)

Sie ist die Chefin mit einer Richtlinienkompetenz für diese Regierung. Sie ist nicht der Präsident der Republik, sondern sie ist die Bundeskanzlerin, verantwortlich für diese Regierungspolitik.

Die Auszubildenden, die vielen Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die Ingenieure, die Existenzgründer, sie alle würden es nicht sehr weit bringen, wenn sie sich so verhielten wie diese Bundesregierung: schwankend, streitend, Leistung vortäuschend, große Klappe, nichts dahinter, folgenlose Gipfel - und anschließend ist Ruh über allen Gipfeln.

(Beifall)

Stolz und Lob ist berechtigt. Stolz und Lob gilt den vielen fleißigen Bürgerinnen und Bürgern: ihrer Tüchtigkeit, ihrer Zielstrebigkeit, ihrer Beharrlichkeit, ihrem Einsatz, ihrem Ehrgeiz, ihrer Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, Millionen von Menschen.

Die verantwortungsbewussten Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Vertretungen, junge Kreative, die schlaunen Forscher, die wir haben, noch einmal die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen – sie alle gemeinsam sind es, die dieses Deutschland so stark machen.

(Beifall)

Aber ihnen wird diese Regierung nicht gerecht. Sie nimmt sich nichts vor. Sie hat keine Ambitionen. Sie setzt sich keine Ziele. Sie hat keine Vorstellung, wie diese Gesellschaft auch über eine Legislaturperiode hinaus im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eigentlich aussehen sollte. Wie wollen wir leben? Wie wollen wir miteinander umgehen? Wie wollen wir die Herausforderungen bewältigen, die sich vielfältig stellen in Europa, mit Blick auf die Demografie, mit Blick auf die Fliehkräfte in dieser Gesellschaft, einer Spaltung des Arbeitsmarktes, der Frage, ob die Kommunen noch handlungsfähig sind? Wo gibt es dort eine Position? Wo gibt es eine Kompassweisung dieser Regierung mit Blick auf diese zentralen Fragen?

Wir haben es gelegentlich damit zu tun, dass wir stattdessen in der politischen Debatte eher zweit- und drittklassige oder viertklassige Fragen debattieren, zum Beispiel wo ein Parteitagsmotto herkommt. Ist das die zentrale Frage, über die wir uns politisch auseinandersetzen haben in diesem Land?

(Beifall)

Ich weiß, dass es das verbreitete Urteil gibt - viele von euch machen dieselben Erfahrungen in der Begegnung mit vielen Menschen, die sagen -: Na ja, diese politische Welt ist inzwischen alles eine Sauce. Alle Parteien sind eigentlich ziemlich gleich. Ihr unterscheidet euch im Wesentlichen nicht mehr. Ich halte das für einen folgenschweren Irrtum.

(Beifall)

Ich will konkret beschreiben, was für einen großen Unterschied es denn für Millionen von Bürgerinnen und Bürger machen würde oder bedeutet, wenn die SPD regiert - nur drei oder vier Beispiele:

Da ist der Angestellte einer Drogeriekette, nennen wir ihn Frank. Er erhält einen Stundenlohn von 6 Euro. Laut Tarif der Christlichen Gewerkschaft THV bekommt er diese 6 Euro. Mit der Merkel-Regierung ändert sich daran nichts. So wenig übrigens sich auch für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ändert, die zwar Tarifverträgen unterliegen, aber mit weniger 8,50 Euro bezahlt werden. Für die ändert sich auch nichts. Mit der SPD würde dieser Angestellte einer Drogeriekette 8,50 Euro bekommen. Das macht 400 Euro mehr im Monat. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Aber nicht nur der bei einer Drogeriekette Gott sei Dank festangestellte Frank, sondern auch sein auf Leiharbeitsbasis arbeitender Kollege profitiert von unserer Politik. Wir werden gleiches Geld für gleiche Arbeit durchsetzen.

(Beifall)

Wir werden den Missbrauch von Werkverträgen eindämmen.

(Beifall)

Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass Betriebsräte mehr Mitspracherechte bekommen in dem Ausmaß, in dem es Leiharbeit oder Werkverträge in ihren Betrieben gibt.

(Beifall)

Wir werden die Tarifbindung stärken müssen. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Da ist eine Pflegerin in einem Alten- und Pflegeheim. Nennen wir sie Britta. Sie verdient 8 Prozent weniger als ihr männlicher Kollege, 8 Prozent. Das kriegt sie auf Umwegen mit. Transparent ist das nicht. Sie verdient 8 Prozent weniger aus einem einzigen Grund: weil sie eine Frau ist. Durch das Entgeltgleichheitsgesetz der SPD wird das offensichtlich, und der Arbeitgeber muss sie jetzt genauso bezahlen wie den Mann. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Thema Mieten. Da ist ein junger Mann, nennen wir ihn Martin. Er hat zwei Werkverträge hinter sich, übrigens beide nicht vergütet. Jetzt hat er ein schönes Jobangebot im Raum Frankfurt und sucht da eine Wohnung. Er findet über das Internet eine 1-Zimmer-Wohnung in einem Viertel, wo er gerne hinziehen würde, nämlich ins Nordend. Der Vormieter zeigt ihm die Wohnung. Er ist ganz begeistert, 40 m². Er fragt den Vormieter: Was hast du denn an Miete bezahlt? - Sagt der Vermieter: 400 Euro. - Da sagt der: Mensch, die 400 Euro kann ich mir gerade noch leisten. Diese Wohnung für 400 Euro hätte ich gerne. Wo muss ich denn hingehen, damit ich den Mietvertrag abschließen kann? Er kriegt die Adresse des Vermieters. Er geht zu dem Vermieter hin und sagt: Für 400 Euro nehme ich die Wohnung. Daraufhin sagt der Vermieter: Wie kommen Sie denn auf 400 Euro? Die Wohnung kostet jetzt 520. Martin ist völlig entsetzt. Das sind ja 30 Prozent mehr bei Neuvermietung. Ja, sagt der Vermieter, entweder top oder hopp.

Mit der Sozialdemokratie wird es nicht mehr möglich sein, bei Neuvermietung 30-prozentige Mietzuschläge zu erheben. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Es kommt noch eines hinzu: Martin hat die Wohnung im Internet gefunden, in das sein Vormieter sie eingestellt hat. Aber bei dem Abschlussgespräch, bei dem er schon eine ziemliche Trefferwirkung hat, weil der Vermieter 30 Prozent mehr haben will, sagt der Vermieter auch noch: Ach ja, und Sie müssen dann zu dem Makler Z. gehen. Sagt Martin: Wieso muss ich denn noch zu dem Makler gehen? Ja, sagt der Vermieter, ich habe einen Makler dazwischengeschaltet. Das heißt, Martin muss, obwohl er die Wohnung im Internet gefunden hat, noch mal fast 2,5 Kaltmieten zahlen, weil da ein Makler mit drin war. Bei der SPD heißt es: Den Makler bezahlt derjenige, der ihn bestellt hat. Das ist sozialdemokratische Politik.

(Beifall)

Ja, die SPD hat sich zu sorgen, sich zu sorgen für diejenigen, die Lichtjahre von Boni entfernt sind. Das gilt nicht nur für die Berufstätigen, das gilt nicht nur für die Beispiele, die ich aufgelistet habe, sondern es gilt auch für die vielen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesellschaft, die nicht ins Heim abgeschoben werden dürfen. Es ist eine Gesamtaufgabe für unsere Gesellschaft, dafür Sorge zu tragen, dass so viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger so lange wie möglich in den vertrauten Verhältnissen leben können, die sie kennen und die ihnen Sicherheit geben.

(Beifall)

In Nürnberg habe ich vor ein paar Wochen eine tolle Truppe älterer Damen kennengelernt. Die haben sich zusammengetan, weil sie eine Alternative wollten für sich. Sie wollten weder allein leben noch ins Heim noch ins „Betreute Wohnen“, das sie sich gar nicht leisten können, sondern sie wollten möglichst lange selbstbestimmt und selbstverantwortlich leben. Diese Damen sind das Projekt „OLGA“: Oldies leben gemeinsam aktiv.

(Beifall)

Mit einer sehr tüchtigen und sehr guten kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, nämlich der Wohnungsbaugesellschaft in Nürnberg, fanden sie auch ein großes Haus, nahmen aktiv und manchmal sehr anstrengend Einfluss auf die Renovierung dieses Hauses und mieten es nun gemeinschaftlich.

Ich freue mich, dass fünf von den elf „OLGAS“ hier heute anwesend sind.

(Beifall)

Das sind Dorothea Hoffmeister, Käthe Säckel, Ute Süßmich, Lisa-Renate Lichstein und Ute Grünwedel. Herzlich willkommen hier auf dem SPD-Wahlprogrammparteitag.

(Beifall)

Sie haben mich mit Kaffee und Kuchen versorgt und mir einen eingeschickt, so dass ich, was mir selten passiert, richtig maulfaul wurde. Mein Gott, wart ihr auf Draht!

(Heiterkeit)

Sie haben mir nun gesagt: Projekte wie unseres brauchen Unterstützung. Ja, solche Projekte brauchen Unterstützung, und das muss die SPD ernst nehmen. Wir müssen das unterstützen.

(Beifall)

Auf eine meiner Abschiedsfragen, ich glaube, an Käthe Säckel, ob denn auch Männer bei „OLGA“ mitmachen dürfen, antwortete sie: Die Männer meiner Generation können Sie total vergessen

(Heiterkeit)

- wörtlich -, für die muss man nur kochen und bügeln.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube, eure Meinung über die jüngere Männergeneration hat sich etwas positiv geändert.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, ihr habt entsprechende Schwiegersöhne, die inzwischen auch kochen und bügeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, es sind aber nicht nur das bessere Handwerk und die Frage, wie in der Tagespolitik vorgegangen wird, die uns von der schwarz-gelben Chaostruppe unterscheiden. Es ist auch unser Leitbild von einer Gesellschaft, dem Leitbild übrigens einer offenen, toleranten Gesellschaft und einem wirtschaftlichen Ordnungsmodell, das sich soziale Marktwirtschaft nennt.

In meinen Augen hat sich in einem doch weniger zufälligen Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung 1989/1990 eine schleichende Wendung vollzogen. Über die will ich ein paar Worte verlieren.

Mit dem Wegfall dieser – ich nenne es so – ideologischen Systemkonkurrenz, die es damals zwischen Ost und West gegeben hat, sahen einige das Ende der Geschichte gekommen. Ein berühmter amerikanischer Historiker machte daraus nicht nur einen großen Zeitungsartikel, sondern ein großes Buch. Was war damit ausgedrückt? Das Ende der Geschichte! Aus der Wahrnehmung von vielen hatte der Kapitalismus endgültig über den Sozialismus sowjetischer Prägung gesiegt.

Das hatte Auswirkungen im Denken und im Tun von vielen Beteiligten, weil die Anhänger eines sehr radikalen Marktverständnisses, fast einer Marktversessenheit, die Oberhand bekommen haben. Komplizierter ausgedrückt: Sie gewannen die Definitionshoheit über unsere ordnungspolitische und gesellschaftspolitische Debatte. Ihr erinnert euch, welche Begriffe darüber dann in den Vordergrund gerieten und wie lange sie beherrschend gewesen sind: Deregulierung, Shareholder Value,

Quartalsbilanzen, Renditemaximierung, Boni, Das Wort Bonus oder Boni hat es in Zeiten des rheinischen Kapitalismus nicht gegeben.

In diesem Verständnis gab und gibt es nur eine einzige Vernunft, nämlich den Eigennutz, und es existiert nur ein Sozialcharakter, der rationale Egoist, wie ein kluger Journalist in einer Besprechung des Buches *Ego* des Mitherausgebers der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Frank Schirrmacher, es beschreibt. Wohin das geführt hat, wissen wir alle. Es hat in die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929/1930 geführt: genau dieses Denken, diese Vorstellung, eines rationalen Egoisten, der Maximierung von Eigennutz.

Wichtige Prinzipien der bewährten sozialen Marktwirtschaft sind dabei übrigens über Bord gekippt worden: Haftung und Risiko fallen nicht mehr zusammen, Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert, und Steuerzahler sind im Zweifelsfall die Garanten in letzter Instanz für die Fehlentscheidungen und die Risikoignoranz von Banken.

Ich füge selbstkritisch hinzu: Auch wir Sozialdemokraten haben uns diesem Denken vielleicht nicht genügend entgegengestemmt.

(Beifall)

Aber von der seinerzeitigen Empfehlung Guido Westerwelles, die auch dem Kurzzeitgedächtnis zum Opfer gefallen ist, Deutschland solle sich ein Beispiel an Irland nehmen, sind wir weit entfernt gewesen.

(Beifall)

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, glauben, dass wir unsere Lektion gelernt haben. Will sagen: Für uns ist diese jüngste Finanzkrise ein – mit meinen Worten - Gezeitenwechsel. Das empfinden offenbar auch viele Bürgerinnen und Bürger, die den Eindruck haben, das da was aus dem Lot geraten ist und dass da eine Unwucht entstanden ist, dass es einen Preis für Ungleichheit geben könnte.

Sie fragen sich, wer eigentlich über ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse entscheidet. Sind das anonyme, entfesselte Märkte oder aber demokratisch legitimierte Institutionen - nach Lage der Dinge nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der europäischen Ebene? Sie registrieren die wachsende Ungleichheit sehr genau. Sie glauben den Versprechen nicht mehr zwingend, dass es der Generation ihrer Kinder eines Tages besser gehen könnte als ihnen selbst, an das alte Aufstiegsversprechen, das diese Republik so stark gemacht hat. Sie sehen, dass ihre

Stücke vom Wohlstandskuchen im Verhältnis zu denjenigen, die zuerst zugreifen, nicht größer, sondern kleiner werden.

Es kann deshalb sein, dass diese Banken- und Finanzkrise nicht nur einen ökonomischen Preis kostet, sondern dass diese Banken- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen möglicherweise die Legitimation unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungsmodells in Zweifel stellen, wenn wir nicht aufpassen. Wir, die SPD, müssen die politische Kraft sein, die zu einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft beiträgt.

(Beifall)

Wir, die SPD, müssen die politische Kraft sein, die dem Artikel 14 des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ Geltung verschafft.

(Beifall)

Wir müssen die politische Kraft sein, die auf nationaler Ebene, aber im Zusammenwirken selbstverständlich auch auf internationaler Ebene, diesem entfesselten Kapitalismus Spiel- und Verkehrsregeln entgegengesetzt und damit Exzesse vermeidet. Das muss die SPD leisten.

(Beifall)

Nie wieder darf ein risikofreudiger Spekulant, ob in New York oder von mir aus auch in der City of London oder in Frankfurt, die Ersparnisse von Maria Tibulski in Bocholt infrage stellen oder bedrohen. Nie wieder!

(Beifall)

Nie wieder dürfen systemrelevante Banken ein solches Erpressungspotenzial haben, dass den Regierungen gar nichts anderes übrig bleibt, als die Steuerzahler als Garanten in letzter Instanz heranzuziehen. Nie wieder darf es dieses Erpressungspotenzial geben.

(Beifall)

Wir müssen an die vielen ehrlichen Kaufleute in Banken anknüpfen, die das produzierende Gewerbe, die produzierende Wirtschaft, in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik stellen und sagen: Wir brauchen eine andere Bankenkultur, die sich als ein Finanzdienstleister für diese produzierende Wirtschaft verstehen muss.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum sich eine von mir geführte rot-grüne Bundesregierung in Deutschland mit allen in Europa, die mit uns gemeinsam an diesem Strang ziehen, dafür stark machen will, dass bei uns ein Trennbankensystem eingeführt wird,

(Beifall)

dass es auf der europäischen Ebene einen Bankenrettungsfonds gibt, der aber nicht von den Steuerzahlern, sondern von den Banken selber finanziert wird,

(Beifall)

dass es auf der europäischen Ebene ein Abwicklungs- und Restrukturierungsregime für Banken gibt, mit der Folge, dass im Zweifelsfall auch mal eine Bank scheitern kann.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum eine von mir geführte rot-grüne Bundesregierung dafür sein wird, dass einige Bankgeschäfte verboten werden,

(Beifall)

zum Beispiel ungedeckte Leerverkäufe,

(Beifall)

zum Beispiel der Handel mit Derivaten, die nicht realwirtschaftlich unterlegt sind,

(Beifall)

und zum Beispiel die Spekulation mit Nahrungsmitteln.

(Lebhafter Beifall)

Das ist sozialdemokratische Politik, mit der wir uns unterscheiden.

(Beifall)

Der Sinn für eine solche Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft scheint Frau Merkel zu fehlen. Sie redet stattdessen – ich stelle das noch einmal in den Mittelpunkt meines Beitrages –, man fasst es kaum, von einer marktkonformen

Demokratie. Ich hacke auf diesem Begriff noch ein bisschen weiter rum, weil der so entscheidend ist und entlarvend ist für das Verständnis, das dahinter steht. Ich möchte das noch einmal betonen, weil das politische Verständnis von Frau Merkel bezogen auf diesen zunächst einmal durchaus sperrig anmutenden Begriff, wie ich glaube, ihre Peilung zu erkennen gibt: Die Bundeskanzlerin redet von einer marktkonformen Demokratie. Das heißt, Demokratie und Gesellschaft haben sich marktförmig an ökonomischen Kalkülen auszurichten. Das ist die Logik. Und man muss zugeben: Das entspricht ja auch einer kaum zu verleugnenden Entwicklung in unserer Gesellschaft: Die Entwertung von Arbeit nimmt zu. Immer mehr Jobs sind befristet. Immer mehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs werden in Minijobs aufgeteilt. Leiharbeit kann gar nicht billig genug sein, stattdessen nehmen die noch billigeren Werkvertragsjobs zu. Und zunehmend haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, wo eine ständige Erreichbarkeit, sieben Tage die Woche, möglichst 18 Stunden pro Tag, über SMS und über E-Mails für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet werden muss. So ist das, liebe Genossinnen und Genossen, wenn alle Bereiche unseres Lebens der Marktförmigkeit unterworfen werden – genau diesem Begriffspaar folgend, das Frau Merkel in die Welt gesetzt hat.

Der frühere Mitherausgeber der ZEIT Theo Sommer hat, so kann ich es sinngemäß erinnern, weit vor dieser Begrifflichkeit, die Frau Merkel generiert hat, einen sehr wichtigen Satz in diesem Zusammenhang geprägt: Wenn der Kapitalismus nicht lerne, Wettbewerbsfähigkeit mit gesellschaftlicher Solidarität zu verbinden, dann wird der Kapitalismus im 21. Jahrhundert dasselbe Schicksal erleiden wie der Sozialismus kommunistischer Prägung im 20. Jahrhundert:

(Beifall)

Er wird, so sagt Theo Sommer, an seiner menschenfeindlichen Schnödigkeit zugrunde gehen. Genau darum dreht es sich.

(Beifall)

Wir Sozialdemokraten wollen eine demokratiekonforme Marktwirtschaft. Das ist etwas anderes als das, was Frau Merkel will.

(Beifall)

Wir wollen das Primat der Politik und damit der Bürgerinnen und Bürger wieder herstellen.

(Beifall)

Wir wollen das Gemeinwohl vor den Profit des Einzelnen stellen.

(Beifall)

Wir stehen für weniger Ellenbogenmentalität, weniger Ego. Wir stehen für mehr Zusammenhalt in dieser Gesellschaft. Kurz gefasst: Es geht um mehr Wir, weniger Ich.

Union und FDP sagen in einer sehr verkürzten Wahrnehmung: Ja, aber erst muss doch das Wachstum da sein, ehe etwas verteilt werden kann. Ich sage dagegen – und darin unterscheiden wir uns auch – eine florierende Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander.

(Beifall)

Ohne das eine ist das andere nicht zu haben. Wir haben nur eine florierende Wirtschaft, wenn diese Gesellschaft stabil und gerecht organisiert ist. Und umgekehrt: Wir können nur eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir auch wirtschaftlich erfolgreich sind. Das ist eine Wechselbeziehung. Ohne Bildung, ohne Teilhabe, ohne Teilnahme, ohne eine gerechte Gesellschaft wird es auf Dauer auch keinen wirtschaftlichen Erfolg geben. Und damit keinen Wohlstand für alle. Das ist die sozialdemokratische Betrachtung.

(Beifall)

In vielen Fällen ist das ja auch stimmig, wenn nicht in den meisten Fällen. In den meisten Fällen gilt: Das, was ökonomisch sinnvoll oder richtig ist, ist auch sozial gerecht. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist ökonomisch richtig, weil er die Binnennachfrage stärkt und weil er übrigens den Steuerzahler, das heißt euch und viele andere, von diesem irrwitzigen Betrag von 10 Milliarden Aufstockermittel entlastet,

(Beifall)

aber ein gesetzlicher Mindestlohn ist in dem Sinne nicht nur ökonomisch richtig oder sinnvoll, sondern er ist auch sozial gerecht, weil es nicht sein kann, dass viele Menschen trotz Vollzeit nicht von ihrem selbstverdienten Geld leben können. Also ist er auch noch sozial gerecht.

(Beifall)

Aufstiegschancen durch Bildung sind ökonomisch richtig, weil dies die richtige Antwort auf einen drohenden Fachkräftemangel ist. Aber Aufstiegschancen durch

Bildung sind auch sozial gerecht, weil es nicht sein kann, dass Herkunft und nicht etwa Fleiß und Fähigkeiten über die berufliche Selbstverwirklichung entscheiden.

(Beifall)

Die Bändigung der Finanzmärkte ist ökonomisch richtig, weil Finanzjongleure nicht Wertschöpfung, sondern Wertabschöpfung betreiben.

(Beifall)

Die Bändigung der Finanzmärkte ist sozial gerecht, weil sonst Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.

Die Verbesserung der Infrastruktur in unserem Land ist ökonomisch richtig, weil es eine gute und florierende Wirtschaft nur mit einer guten wirtschaftsnahen Infrastruktur gibt. Aber der Ausbau der Infrastruktur ist auch sozial gerecht, weil sie so die Lebensqualität von vielen Menschen verbessert, insbesondere im kommunalen Bereich.

So kann man das fortsetzen: Eine gesetzliche Frauenquote ist ökonomisch richtig, weil sie die Qualifikationen von Frauen zur Geltung bringt und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

(Beifall)

Eine gesetzliche Frauenquote ist auch sozial gerecht, weil es nicht sein kann, dass Chancengerechtigkeit blockiert wird und wir dem Grundgesetzanspruch der Gleichberechtigung – Gleichstellung von Frauen und Männern – nicht entsprechen.

Diese Paare könnte ich fortsetzen. Das muss unsere Argumentation sein, wenn uns immer vorgehalten wird: Sie wollen ja erst einmal verteilen statt erwirtschaften. Nein, es geht um diese Zusammenhänge. Wir müssen das zusammen denken, zusammenbringen und so auch in unsere Politik übersetzen. Die anderen machen das nicht.

(Beifall)

Natürlich gehört zu einer Ökonomie der Gerechtigkeit auch, dass diejenigen zur Rechenschaft und zur Erfüllung ihrer Steuerverpflichtungen in Deutschland gezogen werden, die hier hohe Einkommen und Vermögen erwirtschaftet haben und nun versuchen, diese am Fiskus vorbei zu verstecken. Die tüchtigen Bürgerinnen und Bürger fühlen sich doch zu Recht verschaukelt, wenn sie sich vorkommen als die dummen Ehrlichen, die es in dieser Gesellschaft gibt. Dass der Sprengstoff, dass die

Dynamitstange nicht gesehen wird, durch die Vertrauen in unser System, in unsere Gesellschaftsordnung zerstört wird, wundert mich. Das wird in diesen Debatten kaum mal von der anderen Seite, von unseren Kontrahenten vorgebracht.

Es ist nicht lange her, da hat die Merkel-Regierung den Ankauf von Steuersünder-CDs noch als Perversion des Rechtsstaates bezeichnet.

Sie wollte die Staatsanwaltschaften daran hindern. In dem Entwurf des Steuerabkommens mit der Schweiz ist die deutsche Steuerfahndung, sind die Staatsanwaltschaften daran gehindert worden, weiter Ermittlungen auf der Basis von Steuer-CDs durchzuführen. Das ist erst ein paar Wochen her, dass sie diese Position vertreten haben.

Und jetzt kommt einer und sagt: Wir wollen ein Steuer-FBI. Meine – jetzt muss ich aufpassen - Güte!

(Heiterkeit und Beifall)

Irgendwas läuft da oben jetzt differenzierter ab.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber vertraut darauf, das werde ich mir nicht ganz abgewöhnen.

(Beifall)

Worauf ich hinaus will: Man wundert sich gelegentlich, wenn man Nachrichten im Fernsehen sieht, über die Aufstellung dieser Regierung beim Thema Steuerbetrug und Steueroasen. Man kann sich wirklich nur darüber wundern, was die alles seit drei Jahren nicht in Gang gesetzt haben. Und dabei hatten wir mal einen Elan – das war 2009, daran kann ich mich genau erinnern – mit der OECD, mit Frankreich und anderen. Da haben wir damals das erste Mal eine schwarze Liste auf einem Finanzgipfel in London durchgesetzt. Fantastisch! Wann hat diese Regierung daran gearbeitet, dass es eine weitere, überarbeitete schwarze Liste gibt und dass massiv auf internationaler Ebene gegen diese Steueroasen vorgegangen wird? Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten, dagegen muss man angehen!

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, liebe Genossinnen und Genossen, dass auch wirtschaftlich-technologisch ein neues Zeitalter anbricht. Die SPD wird dieses mitgestalten

müssen. Einige reden von der vierten industriellen Revolution nach den Dampfmaschinen, der Elektrizität, dem Computer - Konrad Zuse war in den 30er-Jahren. Und jetzt redet man von der Digitalisierung. Richtig ist, dass diese Digitalisierung alle Produktions- und Arbeitsprozesse massiv beeinflussen wird. Alles wird vernetzter. Diese Entwicklung greift ja auch in unseren privaten Verhältnissen weit Raum. Diese Digitalisierung betrifft die Arbeitswelt insgesamt: den Mittelstand, auch den Tischlermeister im ländlichen Raum. All diejenigen werden das als Chance empfinden, die stärker differenzieren wollen zwischen ihrem Heimarbeitsplatz und gegebenenfalls ihrer Anwesenheit im Betrieb, die die Chancen nutzen wollen, das zu kombinieren und damit auch Familie und Beruf besser zu koordinieren. Darin liegt ein riesiges Chancenpotenzial.

Worauf ich hinaus will, ist, dass die SPD vor 150 Jahren richtig lag, als sie nicht nur den Wählerinnen und Wählern, sondern auch der Arbeitnehmerschaft, der arbeitenden Bewegung gesagt hat: Gebt den Arbeiterinnen und Arbeitern Bücher. Arbeiterbildungsvereine sind eine ganz wichtige Begleiterscheinung dieser Sozialdemokratie gewesen nach dem Motto: Wissen ist Macht und versetzt in den Stand, ein eigenverantwortliches Leben zu führen.

Heute muss es nicht mehr heißen, „gebt den Arbeiterinnen und Arbeitern Bücher“, sondern heute müsste es heißen: Gebt allen digitale Kompetenzen. Denn sie sind der Schlüssel für die Arbeitswelt von morgen.

(Beifall)

Unter der Merkel-Regierung ist von einem solchen Aufbruch in diese Richtung nichts zu spüren. Das denke ich mir nicht mal eben so aus, weil er darum geht, mit dem Löffel immer wieder auf ein und denselben Nerv zu klopfen. Viele können sich daran erinnern, dass es diese Regierung mit Frau Merkel an der Spitze war, die den Breitbandausbau zur Chefsache erklärt hat. Nun gebe ich euch allen das Rätsel auf, in den nächsten 24 Stunden im Internet zu recherchieren, was denn dabei rausgekommen ist. Ich erleichtere euch die Recherche: Nix.

(Beifall)

Das ist keine typische Übertreibung, sondern zutreffend. Beim Breitbandausbau in der EU sind wir in Deutschland letzter hinter Rumänien. Das ist so, als ob es für unsere tüchtige Automobilindustrie in Deutschland nur Schotterpisten und Waldwege geben würde.

Ich will mit euch eine zukunftsorientierte Regierung führen, die dafür sorgt, dass das Breitbandnetz massiv ausgebaut wird, und zwar nicht nur in den Städten, sondern flächendeckend, auch in den ländlichen Regionen.

(Beifall)

Ich will mit euch zusammen eine Politik machen, die auch für die nötigen Fachkräfte – wenn man so will - auf der digitalen Werkbank sorgt. Ich will dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler mit einem Laptop oder Tablet lernen können; denn das wird ihre Zukunft bestimmen.

(Beifall)

Ich möchte gemeinsam mit euch dafür sorgen, dass Unternehmensgründungen in diesem Bereich stattfinden.

(Beifall)

Das ist wichtig. Auf meinen Reisen – davon habt ihr einige Fotos gesehen; einige sind darauf abgebildet -, insbesondere in Berlin, Hamburg, Leipzig, habe ich sehr viele junge mutige und neugierige Menschen getroffen, die sich auf eigene Füße stellen wollen. Sie haben eine enorme Risikobereitschaft, an der Grenze zur Selbstaussbeutung. In manchen Fällen findet diese Selbstaussbeutung längst statt. Sie sind sozial alles andere als abgesichert. Aber das sind junge Leute, die etwas in Gang bringen wollen, die unternehmerisch tätig sein und Unternehmen gründen wollen, die für eine gute Idee alles stehen und liegen lassen, oftmals auch auf einen sicheren Job als abhängig Beschäftigte verzichten, um eine eigene Firma zu gründen, zum Teil verbunden mit einer phantastischen sozialen Verantwortung.

Menschen wie Katja von der Burg. Ich habe sie bei einem Gespräch mit jungen Unternehmensgründerinnen und –gründern in Leipzig kennengelernt. Dort ist Katja von der Burg.

(Beifall)

Oder hier in Augsburg, Frau Trinkwalder, eine soziale Unternehmerin.

(Beifall)

In ihrem Unternehmen geht sie noch einen Schritt weiter. Sie ist bereit, viele ungelernete, viele Langzeitarbeitslose, Frauen und Männer, in ihrem Betrieb

einzustellen, die sonst alles andere als eine Chance auf einen Job hätten. Großer Respekt!

(Beifall)

Das Wort Profit kennt sie offenbar gar nicht. Das war mir fast etwas zu altruistisch.

Aber ich will auf Frau Katja von der Burg zurückkommen, die ich, wie gesagt, in Leipzig kennengelernt habe, und deren Geschichte mit zwei Leidenschaften losging, die ich im Kopf behalten habe: nämlich mit dem Internet und mit dem Schreiben.

Aus diesen Leidenschaften ist heute eine Agentur geworden, die heißt Projecter, die ihren Kunden den perfekten Online-Auftritt beschert und die inzwischen 25 Menschen beschäftigt.

(Beifall)

Von der Experimentierfreude, die ich bei vielen jungen Frauen und Männern gerade auch in den letzten Wochen konzentriert gesehen habe, die ich nicht nur in Leipzig, Hamburg oder Berlin kennengelernt habe, sondern auch vorher in Köln, wo ich mich mit der sogenannten kreativen Wirtschaft gelegentlich getroffen habe, brauchen wir mehr. Und die SPD muss Anwalt dieser Existenzgründerinnen und -gründer sein.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, wird dann aber schnell konkret. Da kann man nicht nur etwas in einer Sonntagsrede in den Raum stellen, sondern dann werden wir uns zum Beispiel um das Steuerrecht für junge Existenzgründer kümmern müssen. Die haben nämlich einen dicken Hals wegen dem, was da gerade abläuft – nicht mit Blick auf die Höhe, sondern mit Blick auf die Komplexität dieser Besteuerung. Und die haben alles andere als Bock, sich bereits in den ersten Monaten ihrer Existenzgründung einen teuren Steuerberater zu nehmen, weil sie sich das nicht leisten können. Wir werden beim Steuerrecht ansetzen müssen. Wir werden uns um die soziale Absicherung kümmern müssen, wo die SPD mit der Künstlersozialversicherung schon Verdienste erworben hat.

(Beifall)

Und wir werden uns mit dem Urheberrecht beschäftigen müssen, und zwar anders und besser als diese Bundesregierung.

(Beifall)

Das bedeutet, die Interessenlage derjenigen, die geistiges Eigentum produzieren oder in Kunst und Kultur etwas auf die Beine stellen, zusammen mit den Verwertern und natürlich zusammen mit den vielfältigen Nutzern im Netz in einen fairen Interessenausgleich zu bringen, aber auch darauf zu achten, dass diejenigen, die geistiges Eigentum produzieren, auch davon leben können.

(Beifall)

Abgesehen davon, dass ich manchmal den Eindruck habe, wir müssen in Deutschland etwas stärker eine Mentalität befördern, mit der es auch eine zweite oder dritte Chance gibt. Das gilt nicht nur für diejenigen, die sich ausbilden, die in der Schule sind oder die eine berufliche Ausbildung machen, sondern auch für Existenzgründer. In den USA sind sie uns voraus. Da wird eine Illiquidität oder eine Insolvenz als Anreiz empfunden, aus den Fehlern zu lernen für das zweite Mal. Bei uns sind das Pleitiers, und es gibt kaum eine Bank geben, die denen noch mal Startkapital gibt, nach dem Motto: „Wo ist denn deine Sicherheit?“

Wir brauchen eine andere Mentalität, um diese Existenzgründungen, den Drang, den da viele haben, zu unterstützen.

(Beifall)

Im Zusammenhang damit steht übrigens durchaus auch ein anderer Aspekt, den ich erwähnen will, nämlich Familienpolitik. Genau das hat mir nämlich Frau von der Burg sehr deutlich gesagt. Sie hat mir gesagt, ohne eine Kita in der unmittelbaren Nachbarschaft zu ihrem Betrieb, ihrem Unternehmen hätte sie nicht gleichzeitig dieses Unternehmen aufbauen und zusammen mit ihrem auch beschäftigten Mann zwei Kinder erziehen können, Zwillinge. Ohne diese Kita wäre das nicht gegangen.

(Beifall)

Und heute - so beschreibt sie mir das - hat sie gelegentlich bei Einstellungen das Problem, dass insbesondere für Frauen solche Kindertagesstätten zu wenig zur Verfügung stehen, damit diese Frauen ihre Kinder erziehen können und gleichzeitig einen Job annehmen können. Das werden wir ändern müssen.

(Beifall)

„Das muss der Staat leisten“, haben Sie gesagt.

Ich bin völlig Ihrer Meinung, und deshalb möchte ich gemeinsam mit euch die Kinderbetreuung ganz oben auf die Agenda einer Regierungspolitik unter Rot-Grün stellen.

(Beifall)

Und wir werden damit gleich in den ersten 100 Tagen anfangen, indem wir das Betreuungsgeld abschaffen.

(Beifall)

Indem wir das Betreuungsgeld abschaffen, aber das Geld dann Euro für Euro in die Kinderbetreuung reinstecken.

(Beifall)

Ich weiß ja, wie Finanzminister sonst so ticken.

(Heiterkeit)

Auch das - so schnell wie möglich das Betreuungsgeld abzuschaffen - ist sozialdemokratische Politik, und wir unterscheiden uns von den anderen.

Aber bei der Chancengerechtigkeit geht es nicht nur um Geld, sondern es geht zum Beispiel auch um junge Menschen, deren Eltern aus anderen Ländern eingewandert sind. Nehmen wir zum Beispiel Baran Kücük. Er sitzt dort vorne. Ihn habe ich beim Bürgerkonvent kennen gelernt. Zeig dich einfach!

(Beifall)

Baran ist heute aus Stuttgart mit seinem Vater gekommen. Wir haben uns auf dem Bürgerkonvent kennen gelernt. Dort hat er mich sehr freimütig angesprochen. Er war gleich ganz direkt und ging aufs Ziel und das, was ihn beschäftigt. Er hat mir seine Geschichte dort erzählt. Die, die ich im Kopf habe, ist: Sein Großvater ist, glaube ich, vor ungefähr 50 Jahren aus der Türkei nach Deutschland, ich glaube, ins Braunkohlerevier in Nordrhein-Westfalen gekommen. Sein Vater ist inzwischen Arbeiter bei Bosch, also Stuttgart. Baran selbst macht gerade seinen Realschulabschluss. Er hat dann einen sicheren Platz an einem Wirtschaftsgymnasium. Und du willst anschließend studieren. Große Klasse!

(Beifall)

Ganz unter uns solltest du wissen, dass ich nach einer etwas längeren Schulzeit - -

(Heiterkeit)

- Ja, ich hielt viel von G10.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist auch so ein Ding mit G8.

Also, du solltest wissen, dass ich nach einer längeren Schulzeit auch meinen Abschluss auf einem Wirtschaftsgymnasium gemacht habe. Das heißt, dir stehen alle Chancen offen, in einigen Jahren auch an diesem Pult zu stehen.

(Beifall)

Der ernsthafte Punkt, den mir Baran da auf dem sehr geglückten, sehr beeindruckenden Bürgerkonvent erzählte, lautete: „Meine Zukunft sehe ich hier in Deutschland, als Teil einer sehr vielfältigen Gesellschaft. Aber gleichzeitig bin ich Türke“. Damit stellt sich, wie er mir geschildert hat und wie viel von euch wissen, ein Problem, denn in ein paar Jahren - ich glaube, mit 22 oder 23 - muss sich Baran entscheiden, ob er einen deutschen oder einen türkischen Pass nimmt - entweder, oder.

Baran, du hast mir gesagt: „ Das ist, als ob ich meine Wurzeln abschneiden soll“. Lieber Baran, du hast die SPD auf deiner Seite.

(Beifall)

Denn - und so ist hinzuzufügen - wir finden, die SPD findet: Wer in Deutschland geboren ist, der soll auch Deutscher sein, ohne sich gegen die Herkunft seiner Familie entscheiden zu müssen.

(Beifall)

Mit uns - ich bin mir ziemlich sicher, auch zusammen mit den Grünen - werden wir deshalb das sogenannte Optionsmodell, das dich vor die Frage „entweder, oder“ stellt, abschaffen, und stattdessen werden wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

(Beifall)

Das heißt, du wirst einen deutschen und türkischen Pass haben.

Aber Chancengerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen, bedeutet auch, dass Beruf und Familie für beide Partner gleichberechtigt möglich sind, will sagen, dass Kinder keine Karriereblockierer für eine berufliche Karriere von Frauen sind. Das ist es, was ich unter einer echten Wahlfreiheit verstehe, anders als die anderen.

(Beifall)

Dazu gehört auch, um es konkret zu machen, ein entsprechendes Steuersystem, ein entsprechendes Steuerrecht, das solche sozialen Wahlfreiheiten dann auch möglich macht.

(Beifall)

Will sagen: Wir wollen kein Steuersystem, das den Frauen sagt: Bleibt zu Hause, lasst euch sämtliche Familienarbeit aufbürden und kümmert euch nicht um eure berufliche Weiterbildung und kümmert euch auch nicht um eure Rente.

(Beifall)

Das ist aber im Augenblick das Steuerrecht, das wir haben, und das ist der Grund, warum ich gemeinsam mit euch für zukünftige Ehen endlich das rückwärtsgewandte und ungerechte Ehegattensplitting zu einem modernen Partnerschaftstarif fortentwickeln möchte.

(Beifall)

Noch mal: Die Betonung liegt auf „zukünftige Ehen“, weil ich da schon wieder die Wind- und Propagandamaschinen in Gang gesetzt sehe, nach dem Motto, rückwärtsgewandt müssten jetzt alle, die 10, 20 oder 30 Jahre verheiratet sind, plötzlich damit rechnen, dass die SPD ihnen die steuerlichen Regelungen verändern wird. Nein, es geht um zukünftige Ehen, und es geht um einen Partnerschaftstarif, der diejenigen besserstellt, die in einer festen Partnerschaft füreinander Verantwortung übernehmen, d. h. auch bestimmte Leistungen übernehmen und deshalb - wie ich finde - eine steuerliche Berücksichtigung finden müssen. Das ist wiederum sozialdemokratische Politik, und wir unterscheiden uns da von den anderen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Max Weber hat bereits vor 100 Jahren formuliert, was gute Politik auszeichnet: Leidenschaft, Verantwortung und Augenmaß.

Ich will mit euch zusammen nach dem 22. September mit Leidenschaft Politik machen für selbstbestimmte und selbstbewusste Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Ich will nach dem 22. September Verantwortung übernehmen für ein geeinigtes und sich weiter einiges Europa, in dem wir ein Volk guter Nachbarn sind.

(Beifall)

Ich will mit Augenmaß unseren Gestaltungsanspruch für eine Wir-Gesellschaft wahrnehmen.

(Beifall)

Dafür steht die SPD. Dafür stehe ich. Wir wenden uns an alle, die auch gelegentlich mit der SPD hadern oder die vielleicht mit der SPD noch nie etwas zu tun gehabt haben, die aber bei uns in unserem Land noch etwas vorhaben und noch etwas unternehmen wollen, egal wo.

(Beifall)

Die wollen, dass etwas verbessert wird, dass es gerechter zugeht, dass dies eine friedfertige Gesellschaft bleibt, die mit Minderheiten umzugehen weiß und sie schützt. Wir wenden uns an alle tüchtigen und fleißigen Menschen, die eine Regierung verdient haben, die nicht Etiketten klebt, die keine leeren Schachteln ins Schaufenster stellt, die sich nicht in die Furche legt und bei der der Finger nicht etwa in eine Richtung zeigt, sondern nur den Wind misst.

(Beifall)

Wir wenden uns an alle Bürgerinnen und Bürger, die die Realität anerkennen, aber sich nicht mit ihr abfinden, sondern die unser Land zum Besseren verändern wollen.

Ich weiß, liebe Genossinnen und Genossen, über die inzwischen im Zwei-Tages-Rhythmus erscheinenden Meinungsumfragen. Aber ich kenne eben auch die Wahlergebnisse aus den letzten Monaten.

(Beifall)

Da sind die Umfrage-Könige von Schwarz-Gelb im Abwind. Und wir sind im Aufwind!

(Beifall)

Warum sonst hat Schwarz-Gelb bei den letzten zwölf Landtagswahlen keine eigene Mehrheit mehr bekommen?

(Beifall)

Viermal haben wir einen CDU-Regierungschef abgelöst. Einmal habt ihr Grünen jemanden abgelöst in Baden-Württemberg. Grandiose Leistung! Die jüngsten Erfolge, auch nach dem letzten Parteitag in Hannover, waren die von Stephan Weil und der niedersächsischen SPD und von Sven Gerich in Wiesbaden.

(Beifall)

All das, was Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, Olaf Scholz in Hamburg, Torsten Albig in Schleswig-Holstein und Stephan Weil in Niedersachsen hingeekriegt haben, und die letzten OB-Wahlen in Frankfurt, in Kiel, in Karlsruhe, in Wiesbaden, das ist Ansporn, dass wir das am 22. nachmachen!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben den Gestaltungswillen dazu. Wir haben die Kraft dazu. Wir haben die Ideen dafür, zusammen mit vielen anderen Menschen, die mitmachen wollen, dieses Land zum Besseren zu verändern. Und zwar weg von der Ellenbogengesellschaft hin zu einer dynamischen Wir-Gesellschaft. Weg von der Undurchlässigkeit insbesondere im Bildungssystem hin zu einer Aufstieg versprechenden Gesellschaft. Weg von der Beliebigkeit hin zum Willen, etwas verändern zu wollen. Das WIR entscheidet. Darauf wird es ankommen.

(Beifall)

Das WIR entscheidet. Dafür steht die SPD heute wie seit 150 Jahren unseres Bestehens. Deshalb: Auf in den Kampf! Noch 161 Tage! Noch 161 Tage, um zu mobilisieren. Wenn wir mobilisieren, dann gewinnen wir. Besinnen wir uns auf unsere Kraft, liebe Genossinnen und Genossen! - Vielen Dank!

(Sehr lang anhaltender Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Was für eine fulminante Rede! Was für eine Bombenstimmung hier in der deutschen Sozialdemokratie! Mit dem, was hier gerade abgegangen ist, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich nicht angst und bange um die nächsten 161 Tage, den Ausgang der Bundestagswahl am 22. September und einen neuen

Kanzler für die Bundesrepublik Deutschland Peer Steinbrück. Peer, ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, neben einer fulminanten Rede und einem Klartext-Kanzler brauchen wir auch ein Klartext-Programm. Bevor wir in die Antragsdebatte eintreten, bitte ich nun die Mandatsprüfungs- und Zählkommission um ihren Bericht. Stella, du hast das Wort!

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Stella Kirgiane-Efremidis, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 35 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 581 Delegierte und 34 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 258 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 41,95 %. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

Der älteste Delegierte ist mit 75 Jahren, geboren am 27.11.1937, Manfred Althaus aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Die jüngste Delegierte ist mit 19 Jahren, geboren am 25.10.1993, Laura Luther aus dem Bezirk Hessen-Nord.

Ich wünsche dem Parteitag noch einen glücklichen und erfolgreichen Verlauf!

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Stella. - Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir jetzt in die Antragsdebatte eintreten, möchte ich mich erstens bei der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bedanken und zweitens bereits auf folgenden Umstand hinweisen: Wir haben bereits 19 Wortmeldungen für die Generalaussprache. Das heißt, wir werden ein bisschen Zeit brauchen. Meine Bitte ist, sich sofort zu melden, wenn jemand jetzt noch ganz dringend und zwingend reden will; denn ich würde gerne nach der Einführung durch Olaf Scholz die Redeliste für die Generaldebatte schließen. Das hat nichts mit den Einzelanträgen zu tun.

Olaf, du hast das Wort!

Bericht der Antragskommission

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Diskussion über unser Wahlprogramm ist sorgfältig vorbereitet worden. Nicht erst jetzt, wo es um das Wahlprogramm ging und geht, sondern schon vor langer Zeit - 2009 - haben wir damit begonnen, uns mit den verschiedensten Themen zu beschäftigen, die für die künftige Entwicklung unseres Landes von größter Bedeutung sind. Wir haben auf vielen Parteitag, in vielen Kommissionen, in vielen Sitzungen zusammen gesessen, um das vorzubereiten, was nun in einem ganz breiten Diskussionsprozess über das neue Wahlprogramm stattgefunden hat. Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es gibt kaum ein Wahlprogramm der SPD, mit dem sie zu einer Bundestagswahl angetreten ist, das so sorgfältig, so intensiv und mit so breiter Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen vorbereitet worden ist. Ich freue mich, dass es eine ganze Reihe von Vorschlägen aus den Untergliederungen gegeben hat, die sich aktiv an der ganzen Diskussion beteiligt haben.

Wir haben es schon gehört: Es hat einen breiten Bürgerdialog gegeben. Viele haben sich darüber Gedanken gemacht, was die SPD wollen sollte: Was muss geschehen, damit es in Deutschland besser und gerechter zugeht? - Dieser Bürgerdialog hat stattgefunden - mit unzähligen Vorschlägen: 40.000 Stück - und hat auf Bürgerkonventen seine Fortsetzung gefunden.

Ich glaube, wir können sicher sein, dass wir keine Meinungsumfragen brauchen, sondern dass wir aus diesem intensiven Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern wissen, wo der Schuh drückt, was gewollt wird und was die richtigen Vorschläge für die Zukunft unseres Landes sind. Das ist die Grundlage für unser Wahlprogramm.

(Beifall)

Die Diskussion hat sich dann natürlich fortgesetzt mit dem Vorschlag des Parteivorstandes mit einer ganzen Reihe von Änderungsanträgen, die wir im Rahmen der Antragskommission eingearbeitet haben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich noch einmal zu bedanken bei den vielen Mitgliedern unserer Antragskommission, die sehr sorgfältige Arbeit leisten, die Arbeit ihrer eigenen Untergliederungen, ihrer Ortsvereine, ihrer Kreise, ihrer Parteitage unterstützen und

dazu beitragen, dass aus den vielen Vorschlägen in der SPD ein gemeinsames Programm werden kann.

(Beifall)

Nun gibt es ja eine ganze Reihe von einzelnen Vorschlägen, die sich als „erledigt durch“ wiederfinden. Das ist aber gar nicht verwunderlich; denn wir sind eine Sozialdemokratische Partei, und es ist sehr wahrscheinlich, dass man in Aschaffenburg und in Kiel auf ähnliche Vorstellungen dazu kommt, wie es weitergehen soll mit Deutschland und was die SPD dazu beitragen kann. Insofern kann man auch aus der Zusammenschau all der unterschiedlichen Vorschläge und Anträge erkennen: Wir haben sehr wohl einen breit getragenen Konsens über das, was zu tun ist, und das schlägt sich in diesem Wahlprogramm nieder. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgearbeitet haben, dass uns das jetzt gelungen ist.

(Beifall)

Was wir wollen, das ist schon gesagt worden, von Sigmar Gabriel, von Peer Steinbrück in seiner beeindruckenden Rede, die er eben gehalten hat. Und das ist jetzt nicht zufällig ziemlich identisch mit dem, was sich auch in unserem Wahlprogramm wiederfindet. Insofern will ich das nicht alles wiederholen, sondern nur darauf hinweisen: Natürlich spielt in unserem Land eine Rolle, wie wir die wirtschaftlichen Grundlagen der Zukunft unseres Landes sichern können. Es spielt eine Rolle, wie wir den Wert der Arbeit in Deutschland wieder nach vorne bringen können. Dieses Land ist ein Land, in dem die Arbeit eine zentrale Rolle spielt. Wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass die, die arbeiten, dabei auch gut zurechtkommen, und darum geht es in unserem Programm.

Es geht um die Frage der Bildung. Es geht um moderne Familienpolitik. Es geht darum, wie wir die Finanzmärkte zähmen können, wie wir das Thema der Gleichstellung auf alle Weisen nach vorne bringen, wie wir sicherstellen können, dass jemand, der ein ganzes Leben lang gerackert hat, im Alter auch sicher leben kann, wie wir die Gesundheit, die Pflege nach vorne bringen und wie wir dafür sorgen, dass wir etwas, was für die meisten Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung ist, nämlich die eigene Wohnung, in ausreichender, bezahlbarer Menge zur Verfügung stellen können.

Dies ist ein Programm für Deutschland, entwickelt, diskutiert und vorangebracht von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Auf dieser Basis können wir den Wahlkampf beginnen.

(Beifall)

Ihr findet verteilt, soweit ihr es schon erhalten habt, eine Reihe von Ergänzungen, die die Antragskommission auch heute noch einmal beschlossen hat. Daran seht ihr sehr genau, dass wir bis zum letzten Moment all das, was an neuen Vorschlägen kommt, versuchen aufzuarbeiten, einzubringen und zu integrieren in dieses Wahlprogramm. Das, was hier noch einmal neu als Ergänzung der Empfehlung der Antragskommission verbreitet worden ist, das sind Vorschläge, die wir sehr einvernehmlich heute in dieser Antragskommission gefunden haben. Sie sind Teil des Vorschlages der Antragskommission, stehen also nicht gesondert zur Abstimmung, sondern sind Teil des Gesamtvorschlages, den wir machen.

Wir werden auch noch im Laufe der Aussprache Vorschläge zu den verschiedenen einzelnen Initiativanträgen machen, die jetzt noch nachträglich gekommen sind. Aber eines kann ich schon jetzt sagen: Das ist jetzt nicht so etwas ganz anderes. Wir werden es schon hinkriegen, dieses Programm gemeinsam zu beraten, und das ist eine große gemeinsame Leistung der deutschen SPD. - Schönen Dank.

(Beifall)

Generaldebatte

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Olaf. - Damit eröffne ich die Generaldebatte und frage formal, ob Widerspruch dagegen erhoben wird, wenn wir die Redeliste für die Generaldebatte - das hat mit den Einzelanträgen nichts zu tun - schließen. - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so entschieden.

Dann darf ich als Erstes aufrufen Claudia Walther aus Nordrhein-Westfalen. Danach Frank-Walter Steinmeier.

Claudia Walther, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich richtig, dass wir heute so einen kämpferischen Parteitag haben. Olaf Scholz hatte gerade schon auf den Bürgerdialog hingewiesen und die 40 000 Vorschläge, die daraus entstanden sind. Wir haben das in Aachen auch gemacht. Wir haben viele Bürgerdialoge am Infostand, an Aktionen durchgeführt. Eines fiel mir, fiel uns auf in Aachen - ich bin sicher, das fiel auch euch auf -, nämlich wie viele Menschen am Stand über das Thema Armut geredet haben, wie viele uns geschildert haben, dass sie ein halbes Leben lang gearbeitet haben und jetzt erstaunt sind, wie wenig sie in der Rente herauskriegen, und wie viele Angst haben, später, wenn sie selber in die Rente müssen, wenig herauszukriegen, oder auch von Kinderarmut betroffen sind etc. Ich finde es gut, dass Sigmar und Peer in ihren Reden einen

Schwerpunkt darauf gelegt haben und dass das auch ein Schwerpunkt unseres Regierungsprogramms ist.

Noch etwas. Wir haben dort viele Leute aus Einwanderungsfamilien gehabt. Denen ging es ähnlich wie Baran, dessen Beispiel hier vorhin geschildert wurde. Die haben auch gesagt, ich finde Bürgerbeteiligung gut. Aber immer dann, wenn es ernst wird, wenn es um Wahlen geht, wenn es um Bürgerentscheide geht, dann kann ich oft nicht mit abstimmen - nicht ich, sondern diejenigen aus Einwanderungsfamilien, die bei uns diskutiert haben. - Ich finde, sie haben recht. Es kann doch nicht sein, dass sie, obwohl sie manchmal 10 Jahre, 20 Jahre, 30, 40, 50 Jahre hier leben, immer noch nicht hier wählen dürfen, dass wir für sie kein kommunales Wahlrecht haben. Es kann nicht sein, dass Jugendliche, die 18, 19, 20 Jahre lang einen deutschen Pass hatten, plötzlich den deutschen Pass entzogen bekommen, weil wir noch nicht die doppelte Staatsbürgerschaft anerkennen. Ich finde, sie haben recht, und ich finde es gut, dass das Regierungsprogramm auf „wir“ setzt, darauf, dass wir entscheiden; denn auch, dass unsere Gesellschaft so vielfältig ist, bedeutet eine Wir-Gesellschaft. Ich finde es gut, dass Peer Steinbrück es vorhin in seiner Rede skizziert hat: Wir haben das Leitbild einer offenen und toleranten Gesellschaft.

In dem Zusammenhang möchte ich auch auf den Änderungsantrag der Jusos hinweisen, über den ich mich gefreut habe, nämlich ein humaneres Flüchtlingsrecht zu schaffen, das Flughafenverfahren abzuschaffen oder zumindest - wie jetzt die Antragskommission empfiehlt - das Flughafenverfahren auszusetzen. Es ist höchste Zeit dafür. Also vielen Dank für euren Antrag zu dem Punkt.

(Beifall)

Die zwei Punkte wollte ich erwähnen: den Stellenwert der Armut in unserem Regierungsprogramm und der guten Arbeit, die dazu dienen muss, diese Armut zu bekämpfen und auch die Altersarmut zu bekämpfen, und tatsächlich das Wir, was eben auch Menschen aus Zuwanderungs- und Einwanderungsfamilien umfasst. Wir brauchen Zuwanderung. Deutschland braucht Zuwanderung. Aber die Zuwanderer brauchen auch uns. Sie brauchen die gesamte Teilhabe, eine vollständige Teilhabe in der Gesellschaft, und sie brauchen die SPD.

Von daher möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wir in Nordrhein-Westfalen, lieber Christian Ude, sagen immer noch „wir“ mit oben offen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben nächstes Wochenende unsere Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt. In zwei Monaten ist es im Bund so weit. Ich denke, es ist wichtig, dass wir auch ein Angebot haben für die Menschen, die bei uns mitmachen möchten, die aus Einwanderungsfamilien kommen.

Ehrlich gesagt, finde ich, wir hatten noch nie ein so gutes Regierungsprogramm. Darüber freue ich mich. Ich stimme Peer Steinbrück zu: Es ist wirklich möglich, die jetzige Regierung abzulösen. Es ist möglich, und es ist dringend nötig. Wir werden alles dafür tun.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Claudia. - Jetzt folgt Frank-Walter Steinmeier.

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Das ist ja nicht irgendein Parteitag, sondern es ist ein Parteitag, der den Startschuss ins Wahljahr, in einen Wahlkampf gibt. Deshalb lasst mich am Anfang erst einmal ganz herzlich Dank sagen an Sigmar Gabriel, an Peer Steinbrück, die uns den nötigen Schwung mitgegeben haben für diesen Wahlkampf.

(Beifall)

Ich habe in beiden Reden eine Botschaft gehört. Die Botschaft heißt: Die Umfragen von heute sind nicht die Wahlergebnisse vom 22. September. Und die Botschaft heißt: Wir werden regieren, wir werden Rot-Grün regieren, und Peer Steinbrück wird Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich bin da ganz zuversichtlich, nicht nur deshalb, weil ich darauf hoffe und davon ausgehe, dass den Menschen vor dem 22. September die Augen aufgehen werden, dass diese Regierung aus Union und FDP nichts tut, die Hände tief in den Hosentaschen hat, von der Politik der Vorgängerregierungen lebt, auch von unserer Politik, und die Felder aberntet, auf denen sie nie gesät und nicht gepflanzt hat. Ich bin mir sicher: Wenn es in die Wahlkabine geht, liebe Genossinnen und Genossen, dann werden sie wissen, die Wählerinnen und Wähler: Das bessere Deutschland fällt nicht vom Himmel, das bessere Deutschland muss von Menschen gemacht werden, denen es nicht nur um die Macht geht, sondern die Verantwortung für die Menschen in Deutschland spüren. Und das kann und das ist die SPD seit 150 Jahren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich darf daran erinnern: Es war Ferdinand Lassalle, der noch vor der Gründung unserer Partei gesagt hat: Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen

dessen, was ist, und beginnt damit. – Der Satz ist bekannt. Der Folgesatz ist weniger bekannt. Da heißt es nämlich: Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und dem Bemänteln dessen, was ist. - Was sehen wir heute? Bemänteln, Verschweigen, Kleinmut, Druckserei: Das ist Merkel. - Kopf hoch, Kreuz gerade, Mund auf: Dafür steht Peer Steinbrück. Lieber Peer, gut, dass wir dich haben. Bleib' so, wie du bist, bitte.

(Beifall)

Peer Steinbrück führt diesen Wahlkampf ohne Vorbehalt, ohne sich zu schonen. Ihr wisst alle miteinander: Das ist kein Sparziergang. Ich weiß auch, wovon ich hier rede. Und ich sage einfach: Dank und Respekt für den Einsatz, den du bis jetzt schon gezeigt hast. Ich kann dir von der Fraktion aus versprechen: Wir kämpfen gemeinsam mit dir für diesen Wahlsieg. Wir wollen den Kanzler Steinbrück in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sind auf einem guten Weg. Dieser Weg hat im Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen begonnen, liebe Hannelore. Bis dahin war Deutschland ein schwarz-gelb dominiertes Land. Im Mai 2010 hat eine neue Geschichte mit Hannelore Kraft und mit der SPD in Nordrhein-Westfalen begonnen. Sie haben miteinander bewiesen, dass man Schwarz-Gelb in diesem Lande nicht ertragen muss, sondern dass man Schwarz-Gelb abwählen kann oder abwählen muss, und darum geht es in diesem Jahr im Bund.

(Beifall)

Diese Geschichte hat im Mai 2010 begonnen. Seit dem Mai 2010 hat sich die politische Landschaft in Deutschland mit dem nochmaligen Sieg von Hannelore Kraft und mit dem Sieg von Olaf Scholz gründlich verändert. Alles das war schon ein Stück Vorbereitung auf den Regierungswechsel im Bund. Auch mit dem Sieg von Torsten Albig und zuletzt mit dem Sieg von Stephan Weil haben wir den rot-grünen Machtwechsel im Bundesrat schon mal erreicht, und ich sage euch: Allen aktuellen Umfragen zum Trotz: Es kommt nicht darauf an, dass man Umfragen gewinnt, sondern darauf, dass man Wahlen gewinnt, und die letzten zwölf Landtagswahlen nacheinander haben wir gewonnen. Das macht unser Selbstbewusstsein aus, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wissen aus allen Umfragen: Jenseits von Sonntagsfragen interessiert die Menschen, was die Parteien mit ihnen vorhaben. Es ist eine einzige große Frage, von der wissen, dass sie die Menschen bewegt, nämlich die soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit: Das ist unsere Geschichte der SPD in 150 Jahren, das ist unser Ziel, das ist unser Programm, und diese Geschichte werden wir immer wieder neu und immer wieder weiter schreiben.

In diesem Programm sagen wir heute: Mindestlöhne statt Armutslöhne: Das ist Gerechtigkeit. Tariflöhne statt Werkverträge: Das ist Gerechtigkeit. Tarifeinheit statt Tarifzersplitterung: Das gehört dazu. Wir sagen auch: Frauenquote statt Flexiquatsch: Das ist Gerechtigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Entgeltgleichzeit statt Diskriminierung: Das soll kommen. Gleichstellung statt Vertröstung: Das ist unser Programm. Wir sagen: Gerechtigkeit ist Bildungschancen statt Betreuungsgeld. Bildungsinvestitionen statt Kooperationsverbot: Dieses Verbot muss endlich weg, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich komme zum Schluss: Wir haben die Opposition angenommen, weil wir das nach der Bundestagswahl 2009 mussten. Wir haben sie angenommen, aber wir haben sie nicht als Glückszustand verstanden. Es gilt der alte Satz von Franz Müntefering: „Opposition ist Mist“. Deshalb haben wir zwar eine gute Opposition gemacht, aber eine gute Fraktion zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht dauerhaft in der Opposition bleiben will.

Ich verspreche euch für die SPD-Fraktion im Bund: Wir werden alles tun – auch bei euch in den Wahlkreisen -, damit der politische Wechsel wahr wird. Wir kämpfen jeden Tag gemeinsam bis zum 22. September, und dann wird Peer Steinbrück Kanzler sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Frank. – Als Nächstes hat das Wort Marion Miedel, die sich auch am Bürgerdialog beteiligt hat. Danach folgt Sascha Vogt.

Marion Miedel, Bayern: Mein Name ist Marion Miedel, ich komme aus Regensburg und bin seit einem Jahr Genossin.

(Vereinzelt Beifall)

Im Rahmen der Umfragen konnte ich am Bürgerkonvent teilnehmen. Anfangs war ich sehr skeptisch und dachte: 300 Leute, 1 000 Meinungen, 1 000 Wünsche. Aber am Ende hatten wir elf tolle Punkte.

Ich bin dankbar, dass diese nun ins Bundeswahlprogramm einfließen und dass wir Bürger gehört werden. Ganz herzlichen Dank! Ganz herzlichen Dank auch an diejenigen, die die Idee zum Bürgerkonvent hatten!

Danke schön und machen Sie weiter so. Wir freuen uns auf den nächsten Bürgerkonvent.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. – Diese Redezeit ist jetzt der Maßstab für die nachfolgenden 16 Wortmeldungen. – Lieber Sascha, du bist jetzt dran. Dir folgt Manuela Schwesig.

Sascha Vogt, Juso-Vorsitzender: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir beraten hier heute über ein Regierungsprogramm, das, wie ich finde, eine sehr gute Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf und auch für einen erfolgreichen Jugendwahlkampf ist, da wir mit diesem Regierungsprogramm und dem heute dann beschlossenen Regierungsprogramm klar machen, dass wir die Partei sind, die für Perspektiven für junge Menschen sorgt, die dafür sorgt, dass endlich genug in Bildung investiert wird, indem wir eine Vermögensteuer erheben und den Spitzensteuersatz erhöhen,

(Beifall)

die Partei, die dafür sorgt, dass mit einer Ausbildungsgarantie sichergestellt wird, dass alle jungen Menschen einen Ausbildungsplatz bekommen, die Partei, die dafür sorgt, dass das Deutschland-Stipendium, das elitäre Wahnprojekt, endlich abgeschafft wird und die freiwerdenden Mittel in das Bafög investiert werden, damit mehr junge Menschen studieren investieren können. Wir sind auch die Partei, die dafür sorgt, dass junge Menschen einen vernünftigen Berufseinstieg vollziehen können, dass Praktika vernünftig reguliert werden, dass die sachgrundlose Befristung abgeschafft wird und dass junge Menschen nach der Ausbildung auch übernommen werden können.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, nichts ist so schön, dass es nicht noch schöner werden könnte. Das gilt auch für dieses Regierungsprogramm. Außerdem

wäre so ein Parteitag ja auch ein bisschen langweilig, wenn es gar keine Diskussion mehr geben würde.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen haben wir Jusos ein paar Änderungsvorschläge unterbreitet, die ihr auf euren Plätzen findet. Eines konnten wir schon im Vorfeld mit der Antragskommission klären, nämlich zum Thema Asyl. Ich begrüße es sehr, dass wir uns dazu durchringen, das Flughafenverfahren zumindest auszusetzen. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht uns aber auch noch um drei andere Punkte. Es geht uns auch darum, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit in Europa mit einem Wachstumsprogramm, das seinen Namen verdient hat, massiv bekämpfen wollen. Wenn wir so ein Wachstumsprogramm finanzieren wollen, dann brauchen wir dafür das Geld, und das erhalten wir nach unserer Vorstellung durch eine europäische Vermögensabgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zweiter Vorschlag: Wir haben viele wichtige politische Botschaften im Regierungsprogramm, dass wir es ernst meinen damit, dass wir die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen wollen. Aber eine zentrale Botschaft, die auch Peer Steinbrück auf dem letzten Bundesparteitag versprochen hat, fehlt uns, nämlich dass wir eine Staatssekretärin für Gleichstellungsfragen im Kanzleramt brauchen, damit Gleichstellungspolitik Chefsache wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und der dritte Änderungsvorschlag, der noch offen ist: Wir sind alle dafür, die Rüstungsexporte in Deutschland zu begrenzen. Wir Jusos glauben, dass wir, wenn wir es damit ernst meinen, dafür sorgen müssen, dass bei Waffenexporten – zumindest bei denen, die nach außerhalb der NATO-Staaten gehen – der Deutsche Bundestag mitbestimmen muss, damit volle Transparenz herrscht. Ich finde, das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Sinne bitte ich euch um die Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen, zu unseren Initiativanträgen und

natürlich um eine breite Mehrheit für ein wirklich richtig gutes Regierungsprogramm, das durch unsere Änderungsanträge hoffentlich noch ein kleines Stückchen besser wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Als Nächste folgt Manuela Schwesig, dann kommt Grigori Lagodinsky vom Bundesarbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten.

Manuela Schwesig, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Unser Regierungsprogramm hat einen richtig dicken, fetten Kern, und das ist der Kern der sozialen Gerechtigkeit. Dieser Markenkern zieht sich durch alle Lebensfelder: vom guten Aufwachsen, von guter Bildung für Kinder bis hin zu guter Arbeit für die Eltern, zu guter medizinischer und pflegerischer Versorgung für alle und bis hin zu einer armutsfesten Rente. Ich bin stolz darauf, dass es uns gemeinsam gelungen ist, dass wir gerade die Familien in den Mittelpunkt dieses Regierungsprogramms gerückt haben und dass wir es mit allen Politikfeldern verknüpfen. Ich sage ganz klar: Es ist wichtig, dass wir uns an dieser Stelle unterscheiden von CDU und FDP. Wir Sozialdemokraten stehen für einen modernen Familienbegriff. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zusammenzuleben haben, aber wir wollen sie unterstützen, wenn sie sich entscheiden, partnerschaftliche Verantwortung zu übernehmen: für Kinder, für pflegebedürftige Angehörige. Deshalb unterstützen wir Familien, Paare mit Trauschein oder ohne, aber vor allem die vielen Alleinerziehenden, die diese Bundesregierung vergisst, und auch Patchwork- und Regenbogenfamilien gehören dazu. Der Familienbegriff geht weiter als der engstirnige Begriff von Merkel & Co.

Für Familien in unserem Land ist es wichtig, dass sich endlich in der Arbeitswelt etwas tut. Als Arbeitsministerin in einem kleinen Bundesland sehe ich jeden Tag: Es kann nicht sein, dass die Familien immer arbeitsfreundlicher werden müssen. Die Arbeitswelt muss endlich familienfreundlicher werden, und das steht in unserem Regierungsprogramm.

(Beifall)

Wie kann das gehen? Ja, es fängt mit dem Mindestlohn an. Manchmal macht mir Sorge, dass das bald keiner mehr hören kann, gerade von den Medien. Aber es ist und bleibt richtig, dass wir für diesen Mindestlohn sorgen. Denn 2,5 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 6 Euro. Dazu gehört die alleinerziehende Mutter, die ich diese Woche besucht habe: Ihr Sohn hat ein Handicap, gehört aber zu den

besten Schwimmern von Mecklenburg-Vorpommern und will gerne zum Olympiastützpunkt. Diese Mutter hat mir berichtet, dass sie oft vor der Frage steht: Woher bekomme ich denn die 30 Euro Startgebühr für den nächsten Wettkampf?

Ich sage CDU und FDP: Diese Menschen gehören auch zur Mittelschicht. Denn sie reißen sich den Hintern auf für sich und ihre Kinder und haben zu wenig, um klarzukommen.

(Beifall)

Die Mittelschicht beginnt nicht erst bei 100.000 Euro – wer glaubt das denn? Der durchschnittliche Bruttoarbeitslohn liegt in unserem Land bei 28.300 Euro, in meinem Bundesland sogar bei nur 18.000 Euro. Es ist doch richtig, dass wir dafür sorgen, dass alle Familien mehr Unterstützung bekommen. Es muss Schluss sein mit der Lüge von CDU/CSU und FDP, wir würden die Familien belasten. Das Gegenteil ist richtig: In unserem Programm steht eine milliarden schwere Investition für Kita und Ganztagschule von bis zu 20 Milliarden Euro. Es gibt 10,8 Millionen Kinder im Alter bis zu 15 Jahren. Sie alle profitieren von Ganztagskitas und Ganztagschulen. Das heißt, mit Investitionen bis zu 1.500 Euro pro Kind unterstützen wir die Ganztagskitas und Ganztagschulen. Das müssen die anderen erst einmal als Idee haben; machen tun sie es ja sowieso nicht.

Deswegen sage ich ganz klar: Es ist richtig, dass wir in diese Infrastruktur investieren. Es ist richtig, dass wir das mit dem Betreuungsgeld finanzieren, aber auch mit einer moderaten Anhebung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 100.000 Euro auf 49 Prozent. Wir sollten uns nicht kirre machen lassen: Profitieren werden alle – auch die, die mehr Steuern bezahlen – von einer besseren Infrastruktur vor Ort.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen den Menschen und vor allem den Frauen sagen: Es ist nicht entscheidend, dass wir eine Frau Bundeskanzlerin haben. Am Ende ist entscheidend, ob eine Kanzlerin oder ein Kanzler etwas für Frauen tut. Deshalb sage ich ganz klar: Mir ist lieber ein Herr Kanzler Steinbrück, der etwas für Frauen tut, als eine Frau Kanzlerin Merkel, die eben nichts für Frauen tut.

Das ist doch das Problem hier in Deutschland:

(Beifall)

Frau Merkel schaut zu, dass viele Frauen in Branchen arbeiten, in denen sie schlecht bezahlt werden, zum Beispiel der Pflegebranche. Frau Merkel tut nichts dagegen. Im Gegenteil, sie will uns veräppeln mit einer Lohnuntergrenze nur dort, wo es keine

Tariflöhne gibt. Das bedeutet, dass in dem Bundesland, in dem sie ihren Wahlkreis hat, 42 Branchen keinen Mindestlohn enthalten. Dort werden nämlich schon jetzt Tariflöhne von weniger als 8,50 Euro gezahlt. Entweder weiß das Frau Merkel nicht, oder sie weiß es und will nichts dagegen tun und den Leuten Quark erzählen. Beides ist Grund genug, sie abzuwählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Sascha hat eben gesagt: Nichts ist so schön, dass man es nicht schöner machen kann. Das stimmt. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir über Änderungsanträge reden werden. Aber ich sage euch ganz klar: Wir müssen die nächsten Tage, Wochen und Monate gemeinsam kämpfen und ackern, dass wir in eine Regierungskonstellation von Rot-Grün kommen, um dieses Regierungsprogramm umzusetzen. Darum geht es. Dann wird die Welt besser für die Menschen in unserem Land. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Manuela. Jetzt kommt Grigori . Ihm folgt Hilde Mattheis. – Noch dieser Hinweis: Ich werde ab sofort nach vier Minuten ein Signal geben. Vielleicht können wir so ein bisschen Zeit einsparen.

Grigori Lagodinsky, Arbeitskreis Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich stehe vor euch heute als einer der Sprecher des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir sind nur wenige Monate von der Wahl entfernt, die für dieses, unser Land entscheidend sein wird, einer Wahl zwischen dem schwarz-gelben Weiter-so, das den gesellschaftlichen Realitäten in Deutschland hinterherhinkt, und einem zukunftsorientieren, ja, einem sozialdemokratischen Projekt Deutschlands, welches für Offenheit, Pluralität und Gerechtigkeit steht.

Liebe Genossinnen und Genossen, die noch regierende Koalition verkennt seit jeher die in diesem Land gelebte Vielfalt. Unsere Wurzeln und unsere Lebensgeschichten sind so unterschiedlich, dass das Wort „Integration“ dem kaum noch gerecht wird. Die Wirklichkeit hat dieses Wort längst überholt, und sie überholt die Regierung Merkel noch schneller. Denn längst geht es nicht mehr um Integration als solche. Es geht um soziale Chancengleichheit und Gerechtigkeit, unabhängig von der Herkunft jedes Einzelnen. Doch davon sind wir weit entfernt. Gesellschaftlich wie rechtlich: Menschen mit Migrationshintergrund müssen auf ihrem Lebensweg noch viele Hindernisse überwinden. Ein Dimitri und eine Olga müssen sich mehr anstrengen als ein Tim oder eine Christina. Und ein Murat und eine Hadice haben wohl noch weniger Chancen.

Die bisherigen Reformen gleichen eher Alibi-Projekten als tatsächlich effizienten Lösungen. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird abgelehnt und die Abwehr teilweise mit nationalistischen, ja, gar rassistischen Argumenten begründet. Ja, auch das jüdische Leben in Deutschland ist heute genauso vielfältig, wie es Deutschland ist. Mehr als 90 Prozent der Juden sind, so wie ich, Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Hinzu kommen junge Israelis und jüdische Amerikaner, die nach Deutschland ziehen. Wir fordern ebenfalls die doppelte Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionsmodells.

Denn sie würde jedem Einzelnen ein persönliches Bekenntnis zu seinen Wurzeln erlauben, ohne ihm das Recht abzusprechen, zu seiner Heimat, zu Deutschland, zu gehören.

(Beifall)

Bei jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion wird der Mangel an weitreichenden, durchdachten Integrationskonzepten beispielhaft sichtbar, denn nicht die Integrationsprojekte der Jüngeren bestimmen unseren Alltag, sondern die Probleme der Älteren. Viele ältere jüdische Zuwanderer fanden in ihrem neuen Land, hier in Deutschland, keine würdevolle Existenz. Die Entscheidung für Deutschland brachte sie stattdessen auf die Grundsicherungsämter. Denn an eine soziale Absicherung der hochqualifizierten und schicksalserprobten zugewanderten Älteren wurde nicht gedacht. Auch diesen älteren Menschen Gehör zu verschaffen, ist unser Anliegen und unser Verständnis der sozial gerechten Integrationspolitik.

Grundrente statt Grundsicherung, liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Forderung aus dem Programm; das ist aber auch eine Forderung, die allen Menschen hilft, insbesondere aber auch Migranten, ein würdevolles Altern ermöglichen kann.

Die Politik der schwarz-gelben Koalition ist nicht bereit, sich diesem Problem zu stellen. Wir jüdische Sozialdemokraten sagen selbstbewusst und deutlich: Ja, Integrationspolitik ist Zukunftspolitik. Aber eine Zukunft ist nur dann möglich, wenn der Alltag der älteren Zugewanderten würdevoll bleibt. Und dies gilt für alle Zuwanderungsgruppen, nicht nur für jüdische. Es gilt nämlich, Sozialgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit mit Integrationspolitik zu verknüpfen. Nur Rot-Grün kann jedem in diesem Land das Recht auf Teilhabe an den wichtigen Zukunftsentscheidungen dieses Landes garantieren. Dafür steht unser Regierungsprogramm, das sich den Realitäten dieses Landes stellt. Es steht für Gerechtigkeit, Vielfalt und würdevolle Inklusion. Lasst uns alle gemeinsam ab Herbst dieses Jahres versuchen, tatsächlich das Ziel zu erreichen, dass das Wir

entscheidet, ein Wir, welchem auch die Dimitris und Hadices dieses Landes angehören.

Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank. - Jetzt kommt Hilde Mattheis, ihr folgt Eckart Kuhlwein.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, das tut doch richtig gut, heute nach Hause fahren zu können mit einem Regierungsprogrammwurf, mit dem man sich richtig gut vor die Infostände stellen und sagen kann: Die SPD ist die Partei, die für Verteilungsfragen zuständig ist und sie richtig beantwortet.

Ich glaube, dass wir heute mit vollem Herzen und auch mit einem kämpferischen Geist wieder nach Hause gehen und sagen können: Ja, wir Sozialdemokraten haben uns in einem offenen Diskurs, in einem guten Prozess zusammengefunden und sagen: Gerechtigkeit ist unsere Stärke. Gerechtigkeit ist der Grund, aus dem man uns wählen kann und darf – und, ich sage, auch sollte. Denn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist, was die Frage der Gerechtigkeit anbelangt, längst auf unserer Seite. Wir müssen sie überzeugen. Es gilt auch, sie zu überzeugen, dass es uns ernst ist mit der Frage der Pole zwischen Arm und Reich ist, dass es uns ernst damit ist, dass wir eine Vermögenssteuer erheben, die auch etwas in die Staatskassen bringt, und dass es uns ernst ist, auch im europäischen Vergleich zu sagen: In Europa eskaliert die Armutswelle dermaßen, auch die Reichen in Europa müssen sich beteiligen, damit die Jugend eine Perspektive hat.

(Beifall)

Und ich finde, wir können Schirrmacher dem konservativen Journalisten, durchaus recht geben, der vor einigen Monaten gesagt hat: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.“ Wir haben recht, und wir haben vor allem die richtigen Antworten.

Peer, habe ich dich eigentlich schon jemals gelobt? – Nein. Dann mache ich das jetzt. Das war eine wunderbare Rede. Ich danke dir dafür. Ich finde, dass es Mut macht, dass wir miteinander in diesem Wahlkampf die zentralen Anliegen der Bevölkerung treffen, wie die Themen Waffenexporte – es muss klar sein, dass all das, was über die Waffenexporte in dem Gremium beraten werden soll, auch ins Parlament kommen kann – und die Pole von Arm und Reich; da geht es nicht nur um Vermögenssteuer, sondern es geht auch darum, Menschen, die in Arbeitslosigkeit

gekommen sind, stärker zu unterstützen, weil diese Gesellschaft so stark ist, dass wir uns das im besten Sinne leisten können wollen.

In dem Zusammenhang bin ich auch froh, dass wir ganz am Ende dieses Prozesses einen Mitgliederentscheid darüber treffen, dass bestimmte Schwerpunkte unseres Wahlprogrammes unverrückbar sind. Das wird uns eine Sicherheit bei Koalitionsvereinbarungen geben. Denn die Mitglieder tragen das dann mit und sagen: Wir, die Mitglieder, halten Punkte der Arbeits- und Beschäftigungsmarktpolitik für unverrückbar und für eine Grundvoraussetzung in einer Koalition. Auch das Thema Asyl ist eine wichtige Grundlage und unverrückbar in einer Koalition. Auch die Themen Vermögenssteuer und die Besteuerung der großen Vermögen in Europa ist unverrückbar. Das alles macht Mut. In dem Sinne, finde ich, kann man an bestimmten Stellen noch eine kleine Nachjustierung vornehmen. Ich würde mich freuen, wenn die Delegierten bei den Themen Arbeitslosenversicherung und Waffenexporte Unterstützung gewährleisten würden. Ich bedanke mich schon jetzt für die Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Hilde. – Es folgt jetzt Eckart Kuhlwein, danach Mareike Strauß – mit dem Hinweis für Mareike Strauß, dass ich gleich einen Vorschlag zur Redezeit mache.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen, als Altlinker in der SPD darf ich sagen: Ich finde das Programm richtig gut – verglichen mit vielen Regierungsprogrammen, die wir gehabt haben, ist dieses Programm zukunftsfähig.

(Beifall)

Trotzdem darf ich eine kleine Bemerkung dazu machen. Ich habe mich über die fröhlichen Bekenntnisse von Claudia Roth sehr gefreut, aber ich würde diejenigen, die jetzt Kampagne machen und diejenigen, die in den nächsten vier Jahren regieren sollen und wollen, dringend darum bitten, keine Arbeitsteilung zu verabreden nach dem Motto: Wir sind für Wirtschafts- und Sozialpolitik zuständig und die Grünen für Ökologie. Die Sozialdemokratie - Erhard Eppler sitzt hier vorne - hat ihre eigene Tradition in der Ökologienpolitik. Wir waren früh dran mit dem Atomausstieg, wir haben Naturschutz sehr früh gemacht, wir haben die Idee der Nachhaltigkeit entwickelt, wir haben die Ökosteuer als Schadstoffsteuer eingeführt. Wir müssen unser Licht also

nicht unter den Scheffel stellen. Auch in diesen Fragen ist durchaus Wettbewerb zwischen den künftigen Regierungspartnern notwendig und sinnvoll.

Ich habe mich bei der Energiepolitik konkret mit dem Thema Fracking-Technologie befasst. Da droht ja eine neue Technologie angewandt zu werden, mit der die Amerikaner ihre Ölautonomie begründen wollen, mit der durch Vergiftung von Böden und Grundwasser noch das letzte Gas aus tiefen Erdschichten herausgepresst werden soll. Es ist richtig, dass festgelegt ist, dass wir beim Fracking ein Moratorium wollen, aber das ist bei geltendem Bergrecht, das noch aus der Nazizeit bzw. der Kaiserzeit stammt, nicht durchsetzbar. Wir erinnern uns daran: Es gab auf dem Bundesparteitag 2009 in Dresden von uns aus Schleswig-Holstein einen Antrag zur Änderung des Bergrechts, der an die Bundestagsfraktion überwiesen worden ist. Ich habe nichts davon gehört, dass es da zu einer Initiative gekommen wäre. Aber wir werden nicht lockerlassen und spätestens auf dem ordentlichen Parteitag nachhaken, damit dieses Bergrecht endlich geändert wird, damit es Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfungen gibt. Wir wollen es nicht mehr zulassen, dass irgendwelche weltweiten Konzerne nach Schleswig-Holstein oder anderswo hinkommen und sagen: Das ist jetzt unser Claim, hier dürfen wir in Zukunft auf Höfe und Flächen gehen, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Wir wollen das nicht mehr zulassen. Wir wollen ein modernes Bergrecht, das den Zeiten angepasst ist, das dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entspricht.

Da werden wir nicht lockerlassen in den nächsten Jahren, die Bundestagsfraktion und unsere Bundesregierung unter Druck zu setzen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsident: Danke schön. - Bevor ich Mareike jetzt bitte, zu sprechen, und Martin Schulz, sich schon einmal bereitzuhalten, möchte ich auf folgende Situation hinweisen: Wir haben es jetzt 15.10 Uhr. Nach Mitteilung einiger Delegationen wird kurz nach 16 Uhr der erste Strom derer aufbrechen, die die Züge erwischen müssen. Ich habe noch zehn Wortmeldungen in der Generaldebatte und weitere zehn für die anschließende Antragsberatung. Deswegen ist mein Vorschlag von hier, dass wir jetzt auf 3 Minuten gehen und diese auch sehr konsequent umsetzen, weil wir sonst zu einer Abstimmung vor leeren Delegiertenreihen kommen, und das wollten wir, glaube ich, heute vermeiden. Seid ihr damit einverstanden?

(Beifall - Zuruf)

- Nein, 1 Minute geht natürlich nicht. So kurz kann sich nicht mal jemand der Sozialdemokratie fassen. Ansonsten sind wir eher die Kurzredner.

Ich habe jetzt keinen Widerspruch gehört. Dann machen wir das jetzt mit 3 Minuten. Mareike, du bis die Nächste. Danach Martin Schulz.

Mareike Strauß, Juso-Hochschulgruppen: Liebe Genossinnen und Genossen, in den 70er-Jahren, da war es die SPD, die durch die Bildungsreform dafür gesorgt hat, dass Bildung nicht nur Privileg für wenige ist, sondern dass die Bildung geöffnet wird für eine breitere Gesellschaft. Wir erleben jetzt gerade, dass die gesellschaftliche Spaltung immer weiter zunimmt, die Spaltung zwischen Arm und Reich nimmt zu, und genau an dieser Stelle ist auch wieder die SPD gefragt, ihr Versprechen auf soziale Gerechtigkeit auch einzulösen und gerade in der Bildungspolitik fortschrittliche Politik zu machen.

Unser Verständnis von Bildung kann dabei nicht sein, dass es Privileg für einige wenige bleibt und dass wir eine Ausbildung rein für den Arbeitsmarkt haben, sondern wir müssen Bildung vielmehr als die Chance auf Selbstverwirklichung, als sozialer Aufstieg durch Bildung und auch als Chance, in einer gerechteren Gesellschaft zu leben, verstehen.

Ich glaube, dass wir genau dieses Verständnis auch in weiten Teilen in diesem Regierungsprogramm finden. Wir wollen die Hochschulen öffnen für eine breitere gesellschaftliche Schicht. Wir wollen beruflich Qualifizierte mehr an die Hochschulen bringen, als es jetzt der Fall ist, und wir wollen vor allem auch mehr Studienplätze schaffen, was die Regierung bisher relativ vergeigt hat.

Gleichzeitig ist es auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen, d. h. dass die soziale Infrastruktur ausgebaut wird, dass genug Wohnraum auch für Studierende zur Verfügung steht und dass alle einen Studienplatz bekommen, die einen wollen. Im Übrigen gilt das auch für Master-Studienplätze, wo der Zugang immer noch sehr streng reguliert ist. Da müssen wir ran, dass auch die Master-Studienplätze ausgebaut werden.

In unserem Verständnis von Bildung ist auch inbegriffen, dass Bildung nicht nur von der Herkunft, von der sozialen Herkunft abhängt und erst recht nicht vom Geldbeutel der Eltern. Aber das ist de facto noch der Fall. 90 Prozent der Studierenden werden durch ihre Eltern unterstützt, und gerade mal 19 Prozent der Studierenden erhalten BAföG. Ich glaube, genau an dem Punkt müssen wir ansetzen, denn es war in den 70er-Jahren nicht nur eine Strukturreform in der Bildung, die dafür gesorgt hat, dass eine breitere gesellschaftliche Mehrheit an Bildung teilhaben kann, sondern es war

auch die Einführung des BAföG, die als ursozialdemokratisches Studienfinanzierungsinstrument dafür gesorgt hat, dass auch Leute, die nicht aus einem privilegierten Haushalt kommen, an Bildung teilhaben können.

Deswegen sehen wir als Juso-Hochschulgruppen dort auch durchaus akuten Handlungsbedarf. Ich möchte darum bitten, dass wir das auch angehen.

Im Regierungsprogrammmentwurf, der heute hier diskutiert wird, findet sich eine relativ offene Formulierung. Ich möchte einfach darum bitten, dass wir das auch konsequent umsetzen, d. h. dass die Fördergrenzen gesenkt werden müssen. Mehr junge Leute als gerade mal 19 Prozent müssen BAföG bekommen können, und auch der Höchstsatz muss angepasst werden. Das heißt, dass das BAföG auch zum Leben reichen muss. Das bedeutet, die Bedarfssätze müssen angehoben werden. 670 Euro Höchstsatz bei Mieten, die über 350 oder 400 Euro liegen, reichen einfach nicht zum Leben, und deshalb wollen wir, dass wir das entsprechend interpretieren und - ich gehe jetzt einfach mal von einem Erfolg im September aus - dann auch konsequent umsetzen und einfach in der Hinsicht mehr soziale Gerechtigkeit auch im Bildungssystem schaffen. - Danke.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - Es folgt Ralf Stegner, danach Katharina Oerder vom Juso-Bundesvorstand.

Ralf Stegner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, in der letzten Woche - heute genau vor einer Woche - habe ich in einer Zeitung einen Leitkommentar über Peer Steinbrück und die SPD gelesen. Der hatte drei Sätze. Erster Satz: Peer Steinbrück ist ein guter Mann. Zweiter Satz: Er ist in der falschen Partei. Dritter Satz: Die haben das falsche Programm. Davon stimmt nur der erste Satz; davon haben wir uns heute überzeugen können. Es war eine fulminante Rede von dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten und von dem sozialdemokratischen Kanzler, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was die Partei angeht, dass es die falsche Partei sein soll, das haben die früher schon immer gesagt, schon bei Helmut Schmidt und bei anderen. Das hätten die wohl gerne mit der falschen Partei. Wir sollten unser 150. Parteijubiläum, das heute vielfach berufen worden ist, nutzen, um zu zeigen, dass die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität umgesetzt werden können und umgesetzt werden müssen, wenn es besser werden soll in diesem Land. Die vielen, die da waren bei der Reise, die Peer Steinbrück unternommen hat, die Bürger, die hier gewesen sind,

die Beispiele, die sie gezeigt haben, zeigen, dass Deutschland besser regiert werden kann.

Das Dritte: Gutes Programm. Ich glaube, wenn überall in der Zeitung steht, das sei so ein linkes Programm, dann will ich mich hier nicht darüber beschweren. Aber ich würde sagen, es ist ein besonders gutes und fortschrittliches Programm, ein fortschrittliches Programm, wie wir lange keines mehr hatten. Das taugt aber nur etwas, wenn wir es auch umgesetzt bekommen, und umsetzen können wir es nur, wenn wir die Wahlen auch gewinnen, und dafür gibt es Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist Klarheit. Da ist beim Spitzenkandidaten kein Mangel. Aber Klarheit muss für uns eben auch heißen: Wenn wir in die Regierung kommen, dann ist Schluss mit Dumpinglöhnen, dann ist Schluss mit ungleicher Bezahlung von Männern und Frauen, dann ist Schluss mit einer falschen Steuerpolitik, und dann ist Schluss mit sozialer Sicherung, die die Lebensrisiken privatisieren will. Mit all den Dingen muss Schluss sein, und das müssen wir den Menschen auch klar sagen.

Zuspitzung heißt, wir haben ein langes Programm, aber wir müssen den Menschen sehr klar machen, was den Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün ausmacht. Ich habe mich gefreut, dass Claudia Roth das heute auch zum Ausdruck gebracht hat, denn wir dürfen da nicht herum eiern, sondern müssen klar sagen, Rot-Grün ist die Alternative zu Schwarz-Gelb.

Das Wichtigste ist: Die, die uns hier heute beobachtet haben, die haben gedacht, wir sind depressiv wegen der Umfragewerte. Ich finde, der heutige Parteitag zeigt: Wir wollen nicht nur gewinnen, sondern wir können gewinnen. Das können wir aber nur, wenn wir die Menschen überzeugen, auch wählen zu gehen. Der einzige Gegner, den wir wirklich haben, sind die, die zu Hause bleiben, weil sie sagen, es lohnt sich nicht.

Deswegen: Das gute Programm mitnehmen, bei den Menschen dafür werben, dass sie wählen gehen müssen, wenn es besser werden soll, das ist unser aller Job von heute an, wenn wir nach Hause fahren. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Ralf. - Jetzt kommt die Katharina, und fertigmachen soll sich schon einmal Norbert Fabian.

Katharina Oerder, Juso-Bundesvorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, zum Regierungsprogramm der SPD sprechen zu dürfen, denn es ist ein gutes Programm, für das wir Jusos sehr gerne Wahlkampf machen werden. Wir können in diesem Antrag, in diesem Programm Themen finden, für die Generationen

von Jusos innerhalb der SPD gekämpft und gestritten haben, und hier stehen sie endlich drin.

Zwei Beispiele: Die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Weil diejenigen die Krise finanzieren sollen, die sie auch verursacht haben, denn den ungezügeltten Finanzmarktkapitalismus wollen wir an die Kette legen, liebe Genossinnen und Genossen. Es ist schön, die dabei jetzt an unserer Seite zu wissen, Peer.

Zweiter Punkt: Die Abschaffung des Ehegattensplittings, die wir gefühlt schon so lange fordern, wie es die Ehe überhaupt gibt, weil es Frauen auf die Rolle der Zuverdienerin festlegt und eine eigenständige Absicherung beispielsweise in der Rente verhindert. Das Ehegattensplitting ist vorsintflutlich. Das Ehegattensplitting ist CSU-Style. Das Ehegattensplitting ist nicht sozialdemokratisch, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber auch ein gutes Regierungsprogramm kann noch besser werden. Peer, du hast uns auf dem letzten Parteitag eine koordinierende Stelle für Gleichstellung im Kanzleramt versprochen. Da wollen wir dich beim Wort nehmen, denn die strukturelle Benachteiligung von Frauen in so vielen verschiedenen Bereichen muss endlich ein Ende haben. Mit unserem Änderungsantrag gemeinsam mit der ASF wollen wir dich bei diesem Anliegen unterstützen, Peer. Deswegen möchten wir die Delegierten bitten, das Votum der Antragskommission nicht zu unterstützen, sondern für unseren Ini-Antrag, den Antrag Nr. 4, zu stimmen.

Außerdem fordern wir Jusos eine einmalige europaweite Vermögensabgabe, um die Auswirkungen der Krise abzufedern. Statt Umverteilen von unten nach oben wollen wir eine Umverteilung von oben nach unten, wie du eben gesagt, hast, Peer Steinbrück. Eine europäische Vermögensabgabe ist dafür der richtige Weg. Europäische Vermögen müssen endlich stärker herangezogen werden. Es ist Zeit für Gerechtigkeit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat Norbert Fabian. Danach Walter Berthel, Hessen-Nord.

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir formulieren mit dem Regierungsprogramm Alternativen zu der in Europa von der schwarz-gelben Bundesregierung durchgedrückten Spar- und Austeritätspolitik. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen. Das ist hier auch in einem Initiativantrag noch einmal thematisiert worden, den ich unterstütze.

Wir formulieren positiv das Programm eines nachhaltigen new deal. Ich will noch einmal die Punkte nennen: Wir treten ein für eine nachhaltige Verbesserung von Infrastrukturen in den Kommunen und durch die Energiewende im Energiebereich. Wir treten ein für die Stärkung der Massenkaufkraft durch Mindestlöhne, aber auch durch Steigerung der Löhne im unteren Lohnbereich, aber auch darüber hinaus. Wir treten ein für den Ausbau der Mitbestimmung und für mehr Wirtschaftsdemokratie in der Bundesrepublik und darüber hinaus auch in Europa.

Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg und können unser Regierungsprogramm auch in die Diskussion auf europäischer Ebene mit einbringen. Es wird sich in Europa etwas ändern. Frau Merkel hat sich mit ihrer schwarz-gelben Regierung und ihrem wenig wirtschaftskompetenten Wirtschaftsminister in ganz bzw. in weiten Teilen Europas verhasst gemacht. Ich frage mich, warum sie in der Bundesrepublik in Umfragewerten zum Teil noch so gut dasteht. Vielleicht können wir das im Wahlkampf noch ändern.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit einer präventiven Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik einen ganz überzeugenden, erdrutschartigen Wahlsieg errungen. Die CDU/CSU hat in Nordrhein-Westfalen mit einer Austeritäts- und Sparpolitik und mit ihr die Bundeskanzlerin - es war nicht nur Röttgen, den man zum Sündenbock gemacht hat, sondern es war auch Frau Merkel - die Wahl krachend verloren. Wir können also mit sozialdemokratischer progressiver präventiver Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik Wahlen gewinnen. Wir haben das auch schon in der Vergangenheit und in der jüngeren Parteigeschichte getan. Ich erinnere an 1969, als wir mit Karl Schiller und Willy Brandt und in der Folgezeit mit Helmut Schmidt und Hans Matthöfer mit Zukunftsinvestitionsprogrammen Wahlen gewonnen haben.

Peer Steinbrück steht gerade heute mit seiner Rede in dieser Tradition. Er hat 2008 deutlich gemacht - da stand Frau Merkel im Grunde daneben; er hat das Konzept formuliert -, wie man eine Finanzkrise bewältigen kann. Olaf Scholz hat die Kurzarbeit durchgesetzt. Betriebsräte haben den schnellen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft nach 2008 möglich gemacht, indem sie die Zerschlagung von Unternehmen verhindert haben. Da hat sich Mitbestimmung bewährt.

Es gibt einen Punkt, eine Stelle, da würde ich die Antragskommission bitten, noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht eine andere Formulierung findet. Das steht auf Seite 56, unten, die beiden letzten Sätze. Den ersten will ich anders interpretieren, als es normalerweise geschieht. Wir tragen für zukünftige Generationen die Verantwortung, dass wir ihnen moderne, zuverlässige Infrastrukturen hinterlassen - natürlich nicht nur Schulden, sondern wir müssen auch konsolidieren.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Norbert, komm bitte zum Ende!

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Darf ich das noch ganz kurz vortragen, weil das ein Vorschlag ist?

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Ganz kurz!

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Ich möchte an dieser Stelle auch für die Antragskommission den Vorschlag einbringen, dass da eine Formulierung von Hubertus Heil aus seiner progressiven Wirtschaftspolitik mit eingebracht wird: Erforderlich sind Spielräume für eine atmende Finanzpolitik, die in guten Zeiten spart und in schlechten Zeiten Konjunkturimpulse gibt.

Mein Antrag ist, an dieser Stelle vielleicht noch einmal deutlich zu machen:

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Norbert, Ende!

Norbert Fabian, Nordrhein-Westfalen: Wir denken über eine Schuldenbremse, die eine konservative Erfindung ist, hinaus und versuchen, im keynesianischen schillerschen Sinne unsere Wirtschaftspolitik weiterzuentwickeln.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke. - Es folgt Walter Berthel. Danach Andro Scholl.

Walter Berthel, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen! Ein großes Kompliment an die Programmkommission muss ich an dieser Stelle loswerden, vor allem weil das erste Mal auch Leute beteiligt sind, die nicht unbedingt in den Funktionärskreisen zu suchen sind. Das finde ich ganz hervorragend.

Was ich zu bemängeln habe - das hat ein Kollege von mir schon vorher gesagt -: Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung müsste es sein, das Bergrecht zu novellieren. Ich sage das unter dem Aspekt Fracking. Der Kollege hat es vorhin schon erläutert. Ich kann mich da kurz fassen.

Ich möchte deutlich machen, dass es eine der ersten Maßnahmen der neuen Bundesregierung in Berlin sein sollte, dieses Thema aufzugreifen, damit die Leute mehr Sicherheit bekommen und nicht solchen großen Unternehmen wie den Fracking-Betreibern ausgeliefert sind. - Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

Ich habe noch eine Bitte: Ich habe leider irgendwo hier im Raum meine Fahrkarte verloren. Wer sie gefunden hat: Ich bin Walter Berthel von Hessen-Nord. - Danke schön.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - Jetzt folgt Andro Scholl. Danach Sebastian Roloff.

Andro Scholl, Rheinland-Pfalz: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wenn ich an die aktuelle gesellschaftliche Situation in Europa denke - Peer Steinbrück hat ja noch einmal deutlich gemacht, wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein -, dann habe ich zwei, drei Bilder vor Augen, die mir nicht mehr aus dem Sinn gehen. Das eine ist die Situation der Verfolgung von Sinti und Roma in Ungarn. DRK-Busse müssen Sinti und Roma aus Ortschaften herausschaffen. Das zweite ist die Situation von Kindern in SOS-Kinderdörfern in Griechenland, die von ihren Eltern weggeben werden müssen, weil sie ihnen nicht mehr die Grundlage für ein gutes Leben sichern können. Das dritte sind Menschen, die in Spanien vor ihre Häuser gesetzt werden, obwohl diese Häuser am Ende leer stehen und keinerlei Nutzung in irgendeiner Form erfolgt. Das sind drei Bilder, die mich immer wieder verfolgen. Sie haben etwas mit der gesellschaftlichen Situation in Europa zu tun. Wenn wir ein Volk guter Nachbarn sein wollen, dann muss uns das etwas angehen. Nur wenn wir als SPD uns diesem Thema annehmen, die Empathie zeigen und in Europa Solidarität üben, dann wird da auch etwas passieren und wird sich da etwas verändern.

Ich spreche für die europäische Vermögensabgabe, weil ich glaube, dass diese Abgabe notwendig ist. Ich zitiere Martin Schulz, der in einem Interview gesagt hat: Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Armen in Europa die Reichen retten. Es ist auch eine Gerechtigkeitsfrage, diese Mittel zur Verfügung zu stellen, um in Wachstum zu investieren.

Ich bitte euch deswegen um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Jusos dazu.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - Jetzt folgt Sebastian Roloff. Danach folgt abschließend in der Generaldebatte Martin Schulz.

Sebastian Roloff, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte ganz ausdrücklich sagen, dass ich mich sehr über dieses Programm freue. Ich bin sehr stolz auch auf viele Entwicklungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten bei Themen gemacht haben, insbesondere wenn man es mit früheren Programmen, mit früheren Beschlüssen und den Beschlusslagen, die in das Programm eingeflossen sind, vergleicht. Ich glaube, es ist ein wirklich gutes Programm, und möchte das exemplarisch am Beispiel der Integrationspolitik anmerken. Ich meine, dass es wichtig ist, dass wir eine visionäre Partei sind - die sind wir ohnehin, aber in diesem

Bereich besonders -, was zum Beispiel das Thema Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts betrifft; das ist ein klares Bekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft gegen die Optionspflicht - und dass wir unsere Position beim Thema Wahlrecht erweitert haben. Das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger nach fünf Jahren Aufenthalt ist in der deutschen Parteienlandschaft ein großer Schritt. Da müssen wir natürlich in den nächsten Jahren weiter diskutieren. Aber ich glaube, da sind wir sehr fortschrittlich und werden wir unserem Charakter als fortschrittliche Volkspartei wirklich gerecht. Deswegen bin ich gerade über dieses Kapitel sehr froh.

Das gilt ebenso für das Thema der menschenwürdigen Flüchtlingspolitik. Das ist ja Teil dieses Kapitels. Ich glaube, dass es richtig ist, dass man dazu als SPD breit aufgestellt ist. Es gab natürlich vereinzelt Diskussionen, inwiefern das sozusagen Gewinnerthemen sind und inwiefern es sich anbietet, dieses Thema zu fahren. Ich glaube, dass es in der Tat ein Gewinnerthema ist. Es ist wichtig, dass sich die SPD für eine humanistische Position, für die Interessen von Schwachen einsetzt - Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind immer die Schwächsten der Gesellschaft - und da wichtige Schritte macht.

Ich bin der Antragskommission sehr dankbar - das sage ich nicht oft, in diesem Fall aber sehr wohl -, dass wir beim Thema Flughafenverfahren einen guten Kompromiss getroffen haben. Deswegen bin ich mit diesem Antrag sehr zufrieden. Ich hätte mir allenfalls noch gewünscht, dass wir ein bisschen mehr Zeit gehabt hätten, den Programmentwurf in den Untergliederungen und vor Ort zu diskutieren.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion und darauf, mit diesem Programm in den Wahlkampf zu ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - In der Generaldebatte hat nun abschließend Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, das Wort.

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Wahl am 22. September ist nicht nur eine Wahl, die für Deutschland entscheidend ist. Es ist eine Wahl, die für Europa entscheidend ist. Es ist völlig logisch, dass die Frage: „Wer regiert das größte Mitgliedsland der Europäischen Union?“ über die Entwicklung dieser Union insgesamt entscheidet.

Als ich vor 19 Jahren ins Europaparlament gewählt worden bin, hätte ich es nicht für möglich gehalten, jemals wieder darüber diskutieren zu müssen, dass in Europa eine

Atmosphäre entsteht, in der Völker gegeneinander geschoben werden, dass Menschen in anderen Hauptstädten das Gefühl haben, auf die Straße gehen zu müssen, weil eine Politik, die in der Hauptstadt eines anderen Landes gemacht wird, über ihr Schicksal entscheiden würde, oder umgekehrt, Leuten erzählt wird, dass sie ja mit ihrem teuren Geld für die Nachlässigen woanders bezahlen müssten, eine Atmosphäre, in der wieder Nationen gegeneinander geschoben werden, anstatt in einer Gemeinschaft zu leben, wo klar ist, dass wir alle in einem Boot sitzen, dass die soziale Stabilität Europas nicht die soziale Stabilität eines Landes ist, sondern die aller Länder ist. Ich hätte mir nicht vorstellen können, jemals wieder darüber diskutieren zu müssen.

(Beifall)

Ich möchte, dass wir als deutsche Sozialdemokratie, auf die viele Leute schauen, uns darüber im Klaren sind: Soziale Gerechtigkeit definiert sich auch über den Satz, den Peer eben in seiner Rede gesagt hat: Ob wir gute Nachbarn sind, die solidarisch sind, entscheidet sich nach innen, innerhalb von Staaten. Aber es entscheidet sich auch zwischen Völkern. Deshalb glaube ich, wir sollten als deutsche Sozialdemokraten sagen: Die Wohlfahrt aller Völker in Europa ist eine gemeinsame Aufgabe auch des deutschen Volkes. Deshalb glaube ich, brauchen wir einen Wechsel in der Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Dafür, finde ich, steht Peer Steinbrück in besonderer Art und Weise mit der Rede, die er heute gehalten hat. Ich will kein Europa, in dem in einer Nacht-und-Nebel-Aktion unter Ausschluss der Öffentlichkeit Finanzminister mal ganz schnell entscheiden, dass die Einlagensicherung von Sparerinnen und Sparern in Europa - dazu gibt es eine Richtlinie der EU - außer Kraft gesetzt wird und kleine Sparer für die Spekulationen von Oligarchen bezahlen sollen, ob das in Zypern oder in Deutschland ist. Damit muss Schluss sein. Deshalb, Genossinnen und Genossen, brauchen wir einen Wechsel zu mehr Demokratie und mehr Transparenz. Das ist nämlich hinter verschlossenen Türen beraten und entschieden worden. Und am nächsten Tag sagt einer der Finanzminister: Ich habe gar nicht mitgekriegt, dass wir das beschlossen haben.

Was wir in Europa brauchen, ist auch ein Wechsel zu mehr Demokratie, zu mehr Transparenz, zu mehr Offenheit, und das geht nur durch einen Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist das, was hier am 22. September entschieden wird, von größter Bedeutung für die Europäische Union.

Den Satz: „Wir wollen gute Nachbarn sein“ hat der Peer zitiert. Ich will eines hinzufügen: Die Deutschen haben in Europa eine besondere Verantwortung. Die deutsche Sozialdemokratie hat für diese Verantwortung immer gestanden. Wenn wir über die Europäische Union und über die Institutionen in dieser EU reden, dann reden wir über die Idee von Europa, nämlich die Idee, dass Staaten und Völker über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, in gemeinsamen Institutionen, in denen sie sich gegenseitig vertrauen, aber auch gegenseitig kontrollieren. Wir haben über Jahre das Vertrauen aufgebaut. Aber wir dürfen die Kontrolle nicht vernachlässigen.

Ein Europa, in dem es Mitgliedsländer gibt, in denen Professoren an Universitäten verleumdet werden, weil sie jüdischen Glaubens sind - das geschieht in Ungarn -, eine solche Union braucht mehr Kontrolle, und sie braucht mehr Verständnis dafür, dass soziale Gerechtigkeit und Demokratie, also Sozialdemokratie das beste Mittel für Europa sind.

(Beifall)

Und ich möchte, dass das größte Land Europas genau dieses Denken in den Mittelpunkt seiner Europapolitik stellt. Wir wollen gute Nachbarn sein - nach innen und nach außen. Aber wir wollen für diese gute Nachbarschaft drei Dinge: nicht Völker gegeneinander, sondern Völker miteinander für mehr soziale Gerechtigkeit. Der reichste Kontinent der Erde ist der europäische Kontinent. Es darf nicht sein, dass auf diesem Kontinent in manchen Ländern 50 Prozent der jungen Menschen ohne Arbeit sind. Das kann uns Deutschen nicht egal sein. Da kann man nicht hingehen und sagen, jedes Land muss für sich selbst entscheiden.

(Beifall)

Zweitens. Wir brauchen mehr Transparenz. Die Leute haben die Faxen dicke, dass in Brüssel hinter verschlossenen Türen über ihr Schicksal entschieden wird. Wir brauchen eine europäische Demokratie, bei der die Menschen nachvollziehen können: Wer macht was wo wann auf welcher Rechtsgrundlage?

Das Dritte ist: Wir brauchen ein Verständnis dafür, dass multinationale Konzerne, weltweit operierende Spekulanten, Steuerflüchtlinge, die in Steueroasen gehen, sich nicht begrenzen lassen, sich nicht zähmen lassen, indem man ihnen einen Brief schreibt, wo drinsteht: „Seid doch bitte moralisch“, oder indem vielleicht ein einzelnes Land versucht, mit irgendeiner dieser Steueroasen zu irgendeinem Abkommen zu kommen.

Aber wer mit uns in Europa Handel und Wandel treiben will, wer einen Zugang haben will zum größten Binnenmarkt der Welt, dem muss dieser größte Binnenmarkt der

Welt sagen: Wer mit uns Handel und Wandel treiben will, der muss nicht nur unsere ökologischen, nicht nur unsere politischen, sondern der muss auch unsere ethischen Standards respektieren. Wer Zugang zum Markt in Europa haben will, darf den hemmungslosen Spekulationskapitalismus nicht betreiben. Der muss unsere Transparenzkriterien akzeptieren.

Das kriegt man in diesem Land nicht mit einer Regierung, in der Herr Rösler für die Wirtschaft zuständig ist. Aber mit einem Bundeskanzler Peer Steinbrück - bin ich ganz sicher - werden wir das in Europa und durch Europa im interkontinentalen Beziehungsrahmen durchsetzen können. Deshalb ist dieser Parteitag auch ein wichtiger Auftakt, die 156 Tage - oder wie viel es sind - bis zum 22. September zu nutzen und zu sagen: Europa braucht eine soziale und demokratische Ordnung. Am besten beginnt die soziale und demokratische Ordnung Europas in einer sozialdemokratischen Regierung in Deutschland. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beratung und Beschlussfassung Regierungsprogramm

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Martin. - Damit sind wir am Ende der Generaldebatte angekommen.

Wir schlagen vor, dass wir jetzt die Einzelkapitel aufrufen, das auch zügig machen. Wir werden versuchen, das sehr beschleunigt zu machen, außer bei den Anträgen, zu denen Wortmeldungen angekündigt worden sind bzw. vorliegen, damit wir diese bearbeiten können.

Bevor wir dazu kommen, möchte ich allerdings einen letzten Hinweis geben zu dem, was bei euch auf den Tischen ausgelegt wurde. Ihr wisst, dass das Jahr 2013 unser Geburtstagsjahr ist. Am 17. und 18. August findet rund um das Brandenburger Tor, unserer Fanmeile, unser großes Familienfest zu diesem Jubiläum statt. Da gibt es eine ganze Reihe von Aktivitäten aus den unterschiedlichsten Landesverbänden. Jeder hat sich daran in irgendeiner Form beteiligt. Die organisatorischen Rahmendaten, aber auch die Unterstützungsmöglichkeiten findet ihr bei euch auf den Tischen in einem entsprechenden Handzettel. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von euch an diesem wunderbaren und großen Fest teilnehmen.

Mit diesem Hinweis gehe ich jetzt in die Beratung der einzelnen Kapitel. Ich mache das in den ersten beiden so - die Kolleginnen und Kollegen werden das dann anschließend in den anderen Bereichen auch so machen -, dass ich jeweils das Kapitel aufrufe und frage, ob es jenseits der Wortmeldungen, die wir haben,

Anmerkungen gibt, und dann mit allen Beschlussvorschlägen der Antragskommission in einem Votum - außer da, wo Widerspruch angemeldet ist - abstimmen lassen, damit wir das jetzt beschleunigen können.

Ich komme zum ersten Kapitel. Das ist die Vorbemerkung. Dazu gibt es keine Anträge. Ich frage: Gibt es gegen die Beschlussfassung dieses Kapitels Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieses schon einmal beschlossen. Wir machen natürlich am Ende eine Gesamtabstimmung, damit sich da jetzt niemand irritieren lässt.

Dann komme ich zu Kapitel I: Deutschland besser und gerechter regieren. Für ein neues und soziales Gleichgewicht in unserem Land.

Dazu gibt es die Initiativanträge I.A 1 und I.A 2, die in der entsprechenden Fassung der Antragskommission berücksichtigt sind.

Dazu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Deswegen frage ich: Gibt es Widerspruch gegen die Annahme des Kapitels in der Fassung der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

Ich gebe jetzt an Barbara über.

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Ich rufe Kapitel II mit den jeweiligen Untergruppen auf.

Wir kommen zunächst zum Kapitel II.1.

Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Seid ihr mit der Beschlussfassung in der Fassung der Antragskommission einverstanden? – Das ist so beschlossen. – Herzlichen Dank.

Damit ist das Kapitel II.1 erledigt.

Ich rufe Kapitel II.2 auf.

Dazu gibt es den Initiativantrag 1. Der ist durch die Antragskommission auch berücksichtigt worden. Seid ihr damit einverstanden? – Eine Wortmeldung von Hilde Mattheis.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben, was die Zumutbarkeitsregelung anbelangt, durch die Antragskommission hier schon eine Einschränkung hinbekommen. Wir haben uns, was die Anwartschaftszeiten anbelangt, klar für eine Erweiterung von zwei auf drei Jahren ausgesprochen.

Ich bitte euch – und ich mache das für euch auch gerne an einem Beispiel fest -, dass wir den Arbeitslosengeldbezug wieder stärker an der Erwerbszeit orientieren. Warum? Vor fast einem Jahr gab es bei uns im Land eine sogenannte Schlecker-Pleite. Viele dieser Frauen und Männer sind jetzt in der Situation, dass ihnen das Arbeitslosengeld II droht. Das ist nur ein Beispiel für sehr viele.

Sie haben zum Teil mit 20 Jahren in dieser Firma angefangen, haben 26 Jahre dort gearbeitet und finden sich jetzt im ALG-II-Bezug wieder, ohne dass ihre Arbeitszeit in irgendeiner Weise Anerkennung findet. Hier bitten wir, den Satz hinzuzunehmen: Lasst uns bitte schön das Arbeitslosengeld so weiterentwickeln, dass sich lange Beschäftigungszeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darin niederschlagen.

Ich glaube, es ist auch an dieser Stelle eine Frage der Gerechtigkeit, dass man diese Differenzierung und auch die Wertschätzung für Menschen wieder hinbekommt, die ohne Schuld in solche Situationen gekommen sind und die sich jetzt nach langen Zeiten der Erwerbsarbeit wirklich vor einer Lebenssituation befinden, die wenig Hoffnung lässt. Wir von politischer Seite aus können aber sagen: Ja, wir sehen, dass es hier eine Differenzierung geben muss. Wer zum Beispiel 26 Jahre oder mehr gearbeitet hat, muss das beim Bezug des Arbeitslosengeldes einfach auch spüren. Ich würde mich freuen, wenn Ihr diesen Halbsatz noch hinzufügt. Ich würde mich über eure Unterstützung freuen.

Wie gesagt: Gerechtigkeit hat zwei Pole. Dieser Pol, Menschen in prekären Lebenssituationen zu unterstützen, gehört für uns auch dazu.

Vielen Dank.

(Beifall)

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission teilt das politische Anliegen von Hilde Mattheis, das hier vorgetragen wurde, aber unser Votum lautet: „Erledigt durch Gesetz“, weil wir bereits 2008 für eine Staffelung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld gesorgt haben. Das ist heute eben auch nach der Dauer der Beschäftigungszeiten gestaffelt: nach 30 Monaten 15 Monate Bezugsdauer, nach 36 Monaten 18, nach 48 Monaten 24 Monate. Mit anderen Worten: Das haben wir bereits. Insoweit bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Dann bitte ich darum, dass wir darüber abstimmen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Wer spricht dagegen? – Das ist die Minderheit. - Herzlichen Dank.

Ich darf darum bitten, dass im Mittelgang ein bisschen Platz geschaffen wird, damit wir das Abstimmungsverhalten ein bisschen besser sehen können. Und ich darf auch darum bitten, möglichst nicht zu stehen, außer denen, die aus beruflichen Gründen dringend stehen müssen; denn sonst ist es ein bisschen schwer, das zu überblicken. - Herzlichen Dank.

Das Kapitel II.1 war bereits abgeschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Kapitel II.2. Dazu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich gehe davon aus, dass wir dem Votum der Antragskommission folgen. – Danke schön. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe das Kapitel II.3 auf.

Ist irgendjemand im Saal, der sich zum Kapitel II.3 melden will? Wir haben hier keine Meldung vorliegen. Wenn das nicht der Fall ist, dann gehe ich davon aus, dass wir entsprechend dem Votum der Antragskommission entscheiden. – Herzlichen Dank.

Dann rufe ich das Kapitel II.4 auf.

Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass entschieden wird, wie von der Antragskommission vorgeschlagen. – Herzlichen Dank.

Wir kommen zum Kapitel II.5: Sichere und bezahlbare Energie.

Das ist auch so entschieden, wie die Antragskommission vorschlägt. – Herzlichen Dank.

Die Jusos haben darum gebeten – das ist jetzt geschehen, ohne hier eine Wortmeldung angemeldet zu haben -, den Initiativantrag 5, der sozusagen in das Kapitel II gehören würde, wenn man ihn denn annehmen würde, abzustimmen. Es geht um den Initiativantrag 5: Vermögensabgabe für Europa.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in geänderter Fassung: Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Katzenzeichen. – Wer ist dagegen? - Das Erste war die Mehrheit. - Herzlichen Dank.

Wir gehen jetzt zu Kapitel III über. Das macht Katrin Budde.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Okay, dann versuchen wir einmal, uns durch das Kapitel III zu arbeiten. Die Antragslage ist auch etwas unübersichtlich. Falls wir irgendwo vergessen, jemanden aufzurufen, weil wir das jetzt alles zwischensortieren müssen: Bitte laut schreien.

Wir kommen zum Kapitel III.3.1: Aufstieg durch Bildung.

Dazu werden die Anträge III.A1 bis III.A3 und A22 aufgerufen. Noch einmal zur Orientierung: Das sind die Seitenzahlen 38 bis 44 und die dazu geordneten Anträge von den Seiten 148 bis 149, 158. Initiativanträge liegen dazu auch vor, nämlich I12 und I16. Wer sich hier jetzt wiederfindet, kann sich schon darauf vorbereiten, dass er aufgerufen wird.

Als Erstes habe ich hier den Initiativantrag I16 stehen, mit dem Vorschlag der Antragskommission, ihn in geänderter Fassung anzunehmen. Dazu gibt es aber eine Wortmeldung, und zwar von Oliver Kaczmarek. Zu Initiativantrag 16 steht bei mir: Änderungsantrag NRW: Schulsozialarbeit. – Der ist zurückgezogen. Okay. Dann kann ich ihn aussortieren. Das sind uns die liebsten Anträge. Dann bleibt das in der Form der Antragskommission.

Wir sind noch bei den Seiten 38 bis 44. Dazu liegt mir der Antrag für die Seite 38, Zeile 45 vor – Stichwort: Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Dazu hat Elke Ferner das Wort.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben, denke ich, mit das beste Regierungsprogramm, das je vorgelegen hat, was das Thema Gleichstellung angeht. Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb stellen wir zusammen mit den Jusos den Antrag, die Koordinierung der Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe im Kanzleramt anzusiedeln. Wir sagen: Jede Zeit braucht ihre Maßnahmen. Wir haben heute zu Beginn des Parteitages Eva Rühmkorf gedacht, die als erste Gleichstellungsbeauftragte in einer Staatskanzlei – in Hamburg – das Thema bearbeitet hat. Wir haben dann gesehen: Dieses Mittel hatte ein Ende, es gab danach die Frauenministerien. Jetzt sehen wir: Wenn es Konflikte zwischen einzelnen Ressorts gibt, stehen die Frauenministerien relativ alleine da, wenn es darum geht, die Gleichstellung weiter voranzubringen.

Wir haben jetzt eine Bundesregierung, bei der wir vier Jahre Stillstand und Rückschritt in der Gleichstellungspolitik zu verzeichnen haben. Deshalb glauben wir, dass es jetzt an der Zeit ist, im Kanzleramt eine Staatsministerin anzusiedeln, die die Gleichstellungspolitik der Bundesregierung koordiniert. Wir brauchen keine Wegduck-Kanzlerin, sondern wir brauchen eine engagierte Streiterin in der Schaltzentrale der Macht, um das Thema voranzubringen.

Es wird jetzt sicher gleich von der Antragskommission gesagt werden: Wir wollen keine Vorfestlegungen, was den Zuschnitt der Regierung angeht. Eine solche Vorfestlegung im Regierungsprogramm treffen wir aber beispielsweise beim Thema Energieministerium. Ich finde, bei dem wichtigen Thema Gleichstellungspolitik sollten wir das auch machen, zumal sich Peer Steinbrück ja schon dafür ausgesprochen hat.

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch, dem Antrag der Antragskommission nicht zu folgen, sondern dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Gibt es dazu noch eine Wortmeldung der Antragskommission? – Manuela.

Manuela Schwesig, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf für die Antragskommission sprechen. Elke hat ja schon vorweggenommen, was die Antragskommission sagen wird. Es ist richtig: Inhaltlich bewerten wir die Sache gar nicht negativ. In der Tat hat dies Peer selbst in seiner Nominierungsrede vorgeschlagen. Insofern müsste man das eigentlich gar nicht mehr ins Regierungsprogramm schreiben.

Aber es geht um etwas anderes, nämlich darum, dass es aus mehreren Bereichen richtigerweise Vorschläge gibt, wie man inhaltliche Politik strukturell umsetzen kann. Ich möchte ein Beispiel herausnehmen: Eine berechtigte Forderung der Jusos und der Jugendverbände, die wir im Arbeitskreis Jugend diskutiert und dann auch festgeschrieben haben, ist, dass Jugendpolitik nicht Anhängsel von Familienpolitik sein darf und man deswegen in einem zukünftigen Ministerium einen eigenen Jugendstaatssekretär braucht. Diese Forderung finde ich genauso berechtigt wie die Forderung nach einer Staatsministerin für Frauen beim Kanzleramt.

Den Vorschlag betreffend die Jugendlichen haben wir nicht aufgenommen mit der Begründung, keine Funktionen im Regierungsprogramm festzuschreiben. Deshalb können wir uns das jetzt nicht aussuchen, wie es uns gerade am liebsten ist. In der

Konsequenz haben wir uns beim Thema Frauen entsprechend entschieden. Ich glaube, dass beide Themen gleich wichtig sind.

Liebe Elke, das Argument des Energieministeriums ist nicht treffend. Denn wir haben nicht einen Energieminister oder eine –ministerin festgeschrieben, sondern nur gesagt: Aus inhaltlichen Gründen muss das Thema Energie gebündelt werden. Denn wir sehen ja in den Ländern, was passiert, wenn die Bundesregierung dieses Thema zerfleddert. Dieser Vorschlag bezog sich nicht auf einen Posten in einem Ministerium.

Wir als Antragskommission raten unabhängig vom Inhalt davon ab, einzelne Positionen im Regierungsprogramm festzuschreiben, weil sonst die anderen zu Recht sagen könnten: Dann wollen wir den Jugendstaatssekretär. – Ehe wir diese Diskussion hier haben, rate ich, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass wir überhaupt in diese Diskussion kommen.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Dann gehen wir in die Abstimmung. Ich lasse zuerst das Votum der Antragskommission abstimmen. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Das heißt, wer eine Staatsministerin im Kanzleramt haben will, der muss jetzt mit Ablehnung votieren; wer keine haben will, muss mit Zustimmung votieren.

(Widerspruch)

- Natürlich. Hier steht „Ablehnung“. Ist doch völlig richtig. – Jastimmen zum Votum der Antragskommission bedeuten Ablehnung einer Staatsministerin. So ist es richtig.

(Widerspruch)

Manuela Schwesig, Antragskommission: Liebe Katrin, du hast jetzt gesagt, wie die Abstimmung formal ist, und dabei die Frage zugespitzt.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Ich habe überhaupt nichts zugespitzt, ich mache nur das Abstimmungsverfahren richtig.

(Heiterkeit und Beifall)

Manuela Schwesig, Antragskommission: Lass es mich noch einmal sagen, weil es mir auch am Herzen liegt: Wir als Antragskommission sagen eben nicht, dass wir darüber abstimmen, ob wir eine Staatsministerin im Kanzleramt haben wollen oder nicht. Die Frage ist, ob wir so etwas in das Regierungsprogramm schreiben sollen. Mir täte es sehr leid für die Jusos und die Jugendverbände. Deren berechtigter

Forderung nach einem Jugendstaatssekretär sind wir nämlich auch nicht gefolgt. Es geht nicht darum, dass wir sagen, ob wir dafür oder dagegen sind. Das war nicht unsere Begründung, sondern wir sind nicht dafür, das jetzt ins Programm zu schreiben. Es ist mir wichtig, das für alle, die diesen Vorschlag ablehnen, klar zu sagen: Wir lehnen das nicht inhaltlich ab.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Ich mache auch schon ein paar Jahre Programme. Wir beschließen jetzt das Regierungsprogramm. Es gibt eine unterschiedliche Auffassung. Elke hat beantragt, dass eine Änderung aufgenommen wird, abweichend von dem Votum der Antragskommission. Das würde heißen, der Posten einer Staatsministerin soll in das Regierungsprogramm aufgenommen werden. Das ist der Antrag von Elke. – Nur, um das noch einmal zu klären! – Peer.

Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat: Wie wirkt es auf eine breite Öffentlichkeit, wenn die SPD, bevor sie die Wahlen gewonnen hat, bereits auf den Organisationserlass einer Regierungsbildung Einfluss nehmen will?

(Beifall)

Wie wirkt es, dass wir das Wählervotum, das Votum des Souveräns, nicht abwarten und im Rahmen eines Wahlprogramms bereits auf Staatssekretärebene oder auf der Ebene von Staatsministern Ankündigungen treffen? Ich bitte euch da um Zurückhaltung.

(Beifall)

Ich glaube, dass der Bär erst erlegt werden muss und wir dann darüber reden können, wie eine Regierungsbildung aussieht und welche Posten im Einzelnen besetzt werden müssen. Aber bitte in dieser Reihenfolge! Ich wäre sehr dankbar, wenn ihr diese meine Auffassung teilen könntet. – Danke sehr.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Das war jetzt ein Votum für die Annahme in Form der Empfehlung der Antragskommission. Genau das wollte ich von Anfang an abstimmen lassen. Aber man muss ja wissen, worüber man abstimmt. Deshalb bitte ich jetzt um das Handzeichen für das Votum der Antragskommission. Bitte haltet die Karten wirklich hoch; wir sehen das hier vorne sonst ganz schlecht. - Gegenstimmen? – Damit ist das Votum der Antragskommission, soweit ich das sehen kann, bestätigt.

(Zurufe)

- Ihr wollt das jetzt nicht wirklich auszählen lassen? Man hat das wirklich gesehen.

Jetzt zum Thema Schüler-BAföG, Kapitel III.1, Seite 42, Neuformulierung des Satzes: „Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln und das Schüler-BAföG revitalisieren.“ Das Votum der Antragskommission ist: Erledigt. – „Erledigt“ sagt der Antragsteller auch.

Dann zum Thema Verbandsklagerecht, Kapitel III.2, Seite 44, Zeile 37. Dazu hat noch einmal Elke Ferner das Wort.

Elke Ferner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht darum, dass wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiterentwickeln wollen, auch deshalb, weil es damals in der schwarz-roten Regierung zustande gekommen ist und sehr viele Kompromisse gemacht werden mussten. Wir möchten ein Verbandsklagerecht einführen, nicht nur weil die Gewerkschaften das fordern, sondern weil es immer sehr schwer ist, das Recht auf Schutz vor Diskriminierung individuell durch klagen zu müssen. Deshalb bitte ich euch, auch hier dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern über den Antrag abzustimmen, zumal wir beim Thema Tierschutz den Tierschutzverbänden ein Verbandsklagerecht einräumen wollen, was ich für richtig halte. Ich glaube, wenn es um den Schutz der Menschen vor Diskriminierung geht, ob wegen des Alters, des Geschlechts, der Herkunft, der sexuellen Identität oder anderer Diskriminierungsmerkmale, dass dann allemal das Verbandsklagerecht sinnvoll und richtig ist.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Olaf Scholz zum Votum der Antragskommission.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine nicht ganz unkomplizierte Frage, mit der man sich wirklich lange beschäftigen kann und über die schon viele Bücher geschrieben worden sind. Ich bin nicht ganz sicher, ob das jetzt der richtige Moment ist, so nebenbei mit einer Meinung, die sich in dieser Sekunde gebildet hat, etwas zu entscheiden, worüber man sich vielleicht etwas mehr Gedanken machen sollte. Es gibt durch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das wir geschrieben und durchgesetzt haben, sogar im Rahmen der Großen Koalition in einem nächtlichen Verhandlungsprozess, viele Möglichkeiten, die Rechte der Betroffenen wahrzunehmen. Zum Beispiel gibt es bei Rechten in Betrieben eine Regelung, die sehr weitgehend ist und einer Art Verbandsklage entspricht, nämlich können Gewerkschaften für Fachleute, die es wissen wollen, durch Bezugnahme auf das Betriebsverfassungsgesetz, § 23 Absatz 3, in Betrieben mit und ohne Betriebsrat dieses Recht wahrnehmen. Aber ein Verbandsklagerecht in dem Sinne zu schaffen, dass jemand, der selbst nicht klagen will, auch ohne es zu wollen durch andere

vertreten wird - das ist eine juristische Frage, die ich jedenfalls nicht mit dem kleinen Finger entscheiden wollen würde. Deshalb mein Rat: Folgt dem Votum der Antragskommission. Wir haben hier weite Rechte geschaffen, die jetzt erst mal ausgenutzt werden sollten. Wenn das nicht ausreicht, kann man das weiter entwickeln. Mein Rat ist, vorsichtig mit dem Votum der Antragskommission zu stimmen.

Schönen Dank.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Gleiches Verfahren: Als Erstes wird das Votum der Antragskommission zur Abstimmung gestellt, das heißt Ablehnung der Aufnahme der vorgeschlagenen Sätze in I 6. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das ist auch für das Votum der Antragskommission die Mehrheit. Wenn man aufsteht, sieht man es etwas klarer. Es ist nicht das Verhältnis 90 : 10, eher 70 : 30. Damit ist das in der Form gemäß der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe auf: Antrag I 10, Geschlechterzugehörigkeit.

Dazu haben wir eine Wortmeldung von Fabienne Vesper zum Antrag.

Fabienne Vesper, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, 2005, 2006, 2008, 2011 und noch mal 2011 – fünfmal wurde das sogenannte Transsexuellengesetz für verfassungswidrig erklärt. Ein Gesetz, das in die Identität des Menschen hineinregiert, das drei Jahrzehnte lang Menschenwürde und Recht auf körperliche Unversehrtheit missachtet hat, so das Bundesverfassungsgericht zuletzt 2011. Es hat sich seitdem nichts getan. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um viele Zehntausende Menschen. Eine dieser Betroffenen steht heute in eurer Mitte. Ich bin auch eine von euch. Ich bitte euch, dieses Wir ernst zu nehmen. Transgeschlechtliche und auch intergeschlechtliche Menschen gehören dazu.

(Beifall)

Sie gehören in dieses Programm. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, diese Nöte und Hoffnungen nicht von euch zu weisen, sondern sie aufzunehmen in unser Wir, in unser Programm. Deshalb bitte ich euch, das Votum der Antragskommission abzulehnen, damit Menschenwürde, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und geschlechtliche Selbstbestimmung der Betroffenen in diesem Programm stehen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Wer redet für die Antragskommission? - Das Votum ist Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag. – Okay, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen – Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist eindeutig die Mehrheit.

Dann stimmen wir in der Sache ab. Ihr habt den Antrag I 10 vorliegen. Wer in der Sache dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist das so beschlossen.

(Beifall)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den Anträgen in dem gesamten Paket III vor. Das heißt, ich würde jetzt Punkt III in der Form gemäß der Antragskommission abstimmen lassen. - Der eine Antrag, der beschlossen ist, wird eingearbeitet, aber der Rest, den ich nicht aufgerufen habe, wird in der Form der Antragskommission abgestimmt. Dazu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann bitte ich dazu um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist der Rest in der Form gemäß der Antragskommission so beschlossen.

Vielen Dank.

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Ich habe ein Versäumnis wiedergutzumachen. Wir haben eben die Wortmeldung von Michael Müller aus Nordrhein-Westfalen zum Initiativantrag 3 übersehen. Michael hat hier ganz brav gewartet. Es geht um das Thema Nachhaltigkeitsbeauftragter. Bitte, Michael.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede hier nicht nur als Delegierter des Unterbezirks Düsseldorf, sondern auch als Bundesvorsitzender der Naturfreunde und als ein Vertreter aus dem Bereich der Umwelt- und Naturschutzbewegungen. Ich will hier klar sagen, dass durch das, was heute Morgen verteilt wurde, das Wahlprogramm in diesem Bereich besser geworden ist. Wir hätten uns allerdings im Bereich Landwirtschaft/ländlicher Raum noch ein bisschen mehr vorstellen können.

Ich will hier aber etwas Besonders hervorheben, was aus meiner Sicht zentrale Bedeutung hat. In Berlin und in Stuttgart spielt im Augenblick mit großem Erfolg das Theaterstück „Das Himbeerreich“. Gemeint ist damit die 33. Etage der Deutschen Bank, also die Vorstandsetage. Es geht darum, wie die den Finanzkapitalismus und die Welt bewerten. Und da sagt unter anderem der Bankier Kastein: Wir haben in

den letzten 20 Jahren Prozesse in Gang gesetzt, ohne zu wissen, was wir tun. Wir haben also Entwicklungen ermöglicht, über deren Folge wir selbst heute erschrocken sind. Das heißt - so Kastein weiter -, wir waren nicht politisch; denn politisch heißt, Zusammenhänge zu begreifen.

Deshalb will ich klar sagen: Die Umwelt- und Naturschutzbewegungen, die in der großen Mehrheit einen Regierungswechsel wollen, die Rot-Grün wollen, wollen aber keine Arbeitsteilung, sondern sie wollen, dass das rot-grüne Projekt von beiden Parteien, von der SPD wie von den Grünen, verfolgt wird. Das heißt, auch die SPD muss klare Positionen in ökologischen Fragen beziehen. Sonst wird das nicht funktionieren.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist hier der Antrag gestellt worden, einen Nachhaltigkeitsbeauftragten einzusetzen. Ich habe jetzt gehört, was Peer gesagt hat. Ich will das mal so sagen: Wir haben auf dem Hamburger Parteitag als zentralen Eingangssatz geschrieben: Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Verteilungskämpfe oder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit. - Das heißt, wenn die SPD politisch ist, dann ist sie zum einen – da hat Sigmar völlig recht - eine Partei von unten.

Aber sie ist auch immer eine Partei mit einer Fortschrittsidee für ein gutes Leben morgen. Beides gehört zusammen, und die Idee eines guten Morgens heißt, ich muss beispielsweise auf die Grenzen des Wachstums, auf das Anthropozän, und viele Herausforderungen Rücksicht nehmen, und deshalb ist Nachhaltigkeit zentral.

Ich würde mich aber einverstanden erklären, wenn man diesen Antrag überweist, aber sozusagen mit einer positiven Grundtendenz, dass das Markenzeichen sozialdemokratischer Politik die Nachhaltigkeit wird. Wie man es dann organisatorisch umsetzt - na gut, da haben wir Vertrauen in die Künftigen. Aber ich sage ganz klar: Ohne Nachhaltigkeit geht es nicht.

(Beifall)

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Herzlichen Dank, Michael. Dein Vorschlag, es zu überweisen, aber mit einer positiven Grundtendenz, wird hier positiv aufgenommen. Ich denke, damit können wir so einverstanden sein. Herzlichen Dank.

Dann rufen wir jetzt das Kapitel IV - Für eine gerechte Steuerpolitik - auf. Dazu liegen uns keine Wortmeldungen vor, aber vorhin hat Norbert Fabian einen Antrag mündlich

gestellt. Dazu wird Carsten Sieling von der Antragskommission jetzt etwas sagen. Im Übrigen gibt es keine Wortmeldungen zu diesem Kapitel IV.

Carsten Sieling, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag von Norbert Fabian beinhaltet den Vorschlag, im Vorspann dieses Kapitels die Formulierung „Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden.“ zu streichen und durch einen anderen Satz zu ersetzen, der auf die Spielräume für eine atmende Finanzpolitik hinweist.

Ich möchte euch und auch dir, Norbert, namens der Antragskommission vorschlagen, dass wir deinem Antrag nicht folgen. Das hat damit zu tun, dass unser Umgang mit der Schuldenbremse - und das ist an verschiedenen Stellen klar und deutlich geworden - dahingehend ist, dass für uns die Schuldenbremse eine Steuersenkungsbremse ist und eine Aufforderung, eine Politik zu machen, die öffentlichen Haushalte mit leistungsfähigen Einnahmen auszustatten. Das ist unsere Orientierung. Aber wir mäkeln nicht mehr an der Schuldenbremse herum und nehmen solche Formulierungen auch nicht heraus.

Das ist das Votum der Antragskommission. Ich wäre euch dankbar, wenn ihr dem folgt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Dann stimmen wir gesondert über diesen Antrag ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, wie gerade eben von Carsten Sieling vorgetragen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer spricht sich dagegen aus? - Das ist mit großer Mehrheit entsprechend dem Votum der Antragskommission angenommen worden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zu IV - Für eine gerechte Steuerpolitik - gibt, schlage ich vor, dass wir jetzt das gesamte Kapitel IV entsprechend dem Votum der Antragskommission abstimmen. Spricht etwas dagegen? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen. Herzlichen Dank.

Kapitel V macht jetzt wieder Katrin Budde.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Zu Kapitel V - Soziale Sicherheit und Vorsorge - liegt uns eine Wortmeldung mit dem Initiativantrag 14 - Berücksichtigungszeiten - vor. Dazu hat Anette Sorg das Wort.

Anette Sorg, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat vor längerer Zeit einmal gesagt: „Jedes Kind

muss uns gleich viel wert sein.“ Damals ging es ums Kindergeld. Bei der Rentenversicherung missachten wir diesen Grundsatz seit Jahrzehnten. Ein Kind, das am 31.12.1991 geboren wurde, ist uns einen Entgeltpunkt in der Rentenversicherung wert. Das entspricht aktuell 28 Euro. Eines, das am 01.01.1992, also einen Tag später, geboren wurde, ist uns das Dreifache an Rentenansprüchen wert. Das sind 84 Euro. Lieber Peer, auch das ist nicht cool, und das ist schon seit längerer Zeit nicht cool. Und auch das ist keine Oase, sondern das ist eine Gerechtigkeitswüste.

An den Berücksichtigungszeiten, wie es im Regierungsprogramm drinsteht, müssen wir nichts ändern. Die sind für alle Kinder und für alle Mütter unabhängig von der Geburt gleich. Wir reden von der drohenden Altersarmut und davon, dass besonders Frauen davon betroffen sind bzw. sein werden. Wir sind aber nicht in der Lage, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen. Menschen bzw. Männer wie Wolfgang Schäuble und Dieter Hundt sagen, das sei nicht finanzierbar. Es kursieren Zahlen, die von 13 Milliarden Euro oder von einer Beitragssatzerhöhung von 0,4 Prozent zur gesetzlichen Rentenversicherung sprechen.

Erstens halte ich die Zahlen nicht für belastbar, und da gibt mir unser Finanzpolitiker Lothar Binding Recht. Zweitens ist auch klar, dass die Finanzierung nicht den Beitragszahlern aufgebürdet werden darf. Das ist eine Frage der Solidarität der ganzen Gesellschaft mit den Müttern, die nicht die Betreuungsinfrastruktur hatten, welche den heutigen Müttern zur Verfügung steht, und die deshalb nur lückenhaft für die eigene Rente sorgen konnten.

Und ein Letztes: Gerechtigkeit ist noch selten zum Nulltarif zu haben gewesen. Wer, wenn nicht die SPD kann hier ein eindeutiges Signal der monetären Wertschätzung an die ältere Müttergeneration senden? Dem politischen Gegner dürfen wir das Thema nicht überlassen. Bitte unterstützt unseren Antrag, der eine Beschlusslage der Bundes-ASF zur Grundlage hat. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Vielen Dank. - Für die Antragskommission hat Andrea Nahles das Wort.

Andrea Nahles, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns mit dieser Frage in der Antragskommission intensiv beschäftigt. In dem Regierungsprogramm findet sich ganz klar die Aussage von uns, wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und so gezielt Rentenansprüche für Eltern

verbessern, die wegen fehlenden Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten. Das ist unsere Position, die wir hier eingenommen haben.

Wir führen außerdem eine Solidarrente ein, die natürlich überproportional Frauen zugutekommt, die in der Vergangenheit eben aufgrund der langen Auszeiten wegen Kindererziehung wenig oder kaum Rente haben.

In diesem Sinne, glaube ich, können wir sagen, dass wir uns hier klar positioniert haben, und deswegen plädiert die Antragskommission für Ablehnung des vorgeschlagenen Änderungsantrags.

Katrin Budde, Parteitagspräsidium: Ablehnung ist das Votum der Antragskommission. Wir lassen zuerst über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem folgt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ganz ehrlich: Das kann ich von hier vorne nicht entscheiden. Das ist 50 zu 50. Man sieht das wirklich nicht. Noch einmal bitte. Ich kann es nicht ändern, wenn es so schlecht zu sehen ist. Das Votum der Antragskommission: Ablehnung der Passage. Wer dafür votiert, bitte noch einmal das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist diesmal eindeutig. Das Votum der Antragskommission ist angenommen.

Ich habe keine weiteren Anträge zu diesem Bereich und würde dann komplett nach dem Votum der Antragskommission das Kapitel V abstimmen lassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen.

Zum Kapitel VI gibt es gar keine Wortmeldungen. Da nur noch einmal der Hinweis, dass das Thema Begrenzung auf 10 Prozent Mietsteigerung im Votum der Antragskommission eingearbeitet ist. Das war das, was noch einmal diskutiert worden ist, die Begrenzung darauf. Deshalb lasse ich das jetzt insgesamt nach dem Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch Kapitel 6 beschlossen in der Form der Antragskommission.

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium Ich rufe jetzt **Kapitel VII** auf. Zu Kapitel VII im engeren Sinne gibt es auch keine Wortmeldungen, aber zu dem dazugehörigen Initiativantrag Nr. 9 zum Thema Gentechnik haben wir drei Wortmeldungen, die ich in der Reihenfolge schon vorlese: Elvira Drobinski-Weiß, Ulli Kelber und Maria-Anna Schieder. Bitte schön, Elvira als Erste.

Elvira Drobinski-Weiß, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen, wir bitten um Streichung des Satzes im Lebensmittelkreislauf. Hier steht nämlich, wir

lehnen wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den Anbau von GVO-Pflanzen ab.

Leider ist hier durch die Antragskommission der Einschub „im Lebensmittelkreislauf“ erfolgt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir beim Bundesparteitag im Dezember 2011 einen entsprechenden Beschluss gefasst haben und uns eindeutig gegen den Anbau von GVO-Pflanzen - und zwar für alle Bereiche, auch für den industriellen Bereich - ausgesprochen haben.

(Beifall)

Wir wissen, dass nicht gewährleistet werden kann, dass es beispielsweise beim Anbau, beim Transport, bei der Lagerung, bei der Verarbeitung zu Vermischungen, zu Durchsetzungen kommen kann. Das heißt, die Folgen sind hier unabsehbar. Insofern lehnen wir die Möglichkeit, in den anderen Bereichen gentechnisch verändertes Saatgut für entsprechende Pflanzen einzusetzen, etwa für den industriellen Bereich - es gibt ja die sogenannte Amflora-Kartoffel -, aber auch für Energiepflanzen, ab.

Es ist meiner Ansicht nach unverantwortlich, hier zu sagen, da gäbe es dann den Abbau von Arbeitsplätzen. Darüber gibt es überhaupt keine Zahlen. Aber wir gefährden hier Arbeitsplätze im Lebensmittelbereich oder auch im Ökolandbau. Das ist, wie wir alle wissen, sehr wohl ein wachsender Markt.

(Beifall)

Ich bitte deshalb, dass wir diesen Einschub streichen.

Ich möchte noch einmal klarstellen: Wir sind nicht dagegen, dass es Forschung im Bereich der weißen oder auch der sogenannten roten Biotechnologie gibt. Aber das sind Forschungen, die in einem sogenannten geschlossenen System stattfinden, nämlich im Labor. Aber die Agrogentechnik - ich finde, das ist das richtige Wort, und nicht „grüne Gentechnik“ - muss in die Natur, die muss dort ausgebracht werden. Da lauern große Gefahren. Wir wissen nicht, was es mit der Umwelt, mit dem Produkt und letztlich mit uns tut. Deshalb bitte ich euch darum, dass wir diesen Einschub streichen. - Danke schön.

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Danke schön, Elvira. - Ich weiß, das ist ein Eingriff in eure Delegiertenrechte, aber ich gehe davon aus, dass sowohl Ulli Kelber als auch Maria-Anna Schieder in derselben Richtung argumentieren wollen. Ist das so? - Ich glaube, das ist richtig so. Ich bitte euch beide, auf eure Wortmeldung

zu verzichten, weil uns langsam die Delegierten verloren gehen. Seid ihr einverstanden? - Herzlichen Dank.

Dann jetzt ganz kurz Carsten Sieling für die Antragskommission.

Carsten Sieling, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die vorgeschlagene Formulierung hat eine Vorgeschichte dahin gehend, dass es eine ausführliche Diskussion im Parteivorstand gegeben hat mit dem Ergebnis, dass man sich für diese zugegebenermaßen feinsinnige Unterscheidung, die Elvira gerade kritisiert hat, entschieden hat. In der Antragskommission sind wir nach der Debatte auch der Auffassung gewesen, dass wir uns dem Votum des Parteivorstands wegen dieser Debatte anschließen und die Entscheidung darüber diesem Parteitag übertragen. So gesehen, ist das, glaube ich, der richtige Punkt, um jetzt an dieser Stelle die Position einzunehmen. - Vielen Dank.

Barbara Hendricks, Parteitagspräsidium: Wir stimmen ab. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen?

(Zuruf: Das ist aber knapp!)

- Das ist nicht knapp, das ist die deutliche Mehrheit.

(Beifall)

Das zählen wir auch nicht aus. Der Initiativantrag ist angenommen.

Dann kommen wir jetzt zu der Gesamtabstimmung über das Kapitel VII: Umwelt- und Verbraucherschutz. Wer das Kapitel VII inklusive dieses so angenommenen Initiativantrags annehmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank, das ist so beschlossen.

Das Kapitel VIII „Demokratie leben“ übernehme ich auch. Dazu gibt es weder eine Wortmeldung noch einen Änderungsantrag oder Initiativantrag.

Wir stimmen also sofort über das Votum der Antragskommission zu Kapitel VIII ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank, das ist so beschlossen.

Thorsten, bitte!

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Ich mache mit dem Kapitel IX „Ein anderes und besseres Europa“ weiter. Das liegt euch mit den Anmerkungen der Antragskommission vor.

Es gibt keine Wortmeldungen und keine weiteren Initiativanträge. Deswegen können wir über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, dass wir das so beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das mit ein oder zwei Gegenstimmen so beschlossen.

Dann komme ich zu Kapitel X „Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige“.

Dazu gibt es zwei Änderungsanträge, nämlich I 11 und I 15. Dazu gibt es drei Wortmeldungen. Weil sie sich beide mit demselben Thema beschäftigen, bitte ich, dass sich nach der ersten Rede vielleicht die beiden anderen überlegen, ob sie noch reden. Dann hat die Antragskommission das Wort und lassen wir danach abstimmen, wie wir es eben bei der Gentechnik gemacht haben.

Jetzt hat Moritz Deutschmann das Wort. Moritz, wir rufen beide Anträge zusammen auf, weil sie zu demselben Thema sind.

Moritz Deutschmann, Schleswig-Holstein: Moin! Schön, dass ihr noch alle da seid und noch ein bisschen Aufmerksamkeit habt. Die möchte ich auf unseren Initiativantrag lenken. Es geht uns darum, dass ein Thema angesprochen werden muss, das Sigmar auch schon angesprochen hat; denn es geht um die Koalition von morgen. Diese Koalition von morgen wird nicht Waffen in Länder exportieren, die sich gegen Menschenrechte stellen und in Konfliktsituationen nicht so handeln, wie wir es nach unseren Idealen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tun können.

(Beifall)

Es geht dabei nicht darum, nur einen kleinen Zirkel zu haben, der sich dann zusammensetzt, ein paar Dinge bespricht, was dann irgendwann nach außen gebracht wird, und alle sagen „Mensch, das ist ja ganz nett von euch“, sondern wir möchten, dass das Parlament darüber abstimmt, dass ich meinen MdB, meine Abgeordnete fragen kann: Warum hast du dafür gestimmt und warum nicht anders? - Denn ich denke an die Parlamentsarmee. Ich finde, dann können wir auch darüber abstimmen, wohin unsere Waffen exportiert werden können.

(Beifall)

Peer hat gesagt, dass wir ab 22. September leidenschaftlich Politik machen werden. Wir machen auch jetzt schon leidenschaftlich Politik und bitten euch deshalb mit Leidenschaft, diesem Antrag zuzustimmen. Stimmt gegen das Votum der Antragskommission! Dann können wir mit David Bowie „The guns of love“ sagen und nicht „Deutsche Waffen, deutsches Geld usw.“ - Freundschaft!

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Moritz. - Ich frage jetzt Bettina von den Jusos und Hilde Mattheis, ob sie jetzt auf ihre Wortbeiträge verzichten und stattdessen der Niels für die Antragskommission redet. Hilde? - Okay.

Niels, bitte!

Niels Annen, Antragskommission: Lieber Thorsten! Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank. Wenn ihr euch die Formulierung angeguckt habt, so ist ganz klar, dass wir dieses Thema aufgreifen. Wir fordern auch in der Formulierung der Antragskommission ein parlamentarisches Gremium. Wir haben auch ausgenommen aus dem Antrag, der uns hier vorliegt - das ist das Votum der Antragskommission -, dass über diese Arbeit - ich zitiere - zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit hergestellt werden soll. Ich weise an dieser Stelle darauf hin - weil hier zwei Anträge vorliegen -, dass meiner Meinung nach die Regelung, die wir vorschlagen, eigentlich weiter geht, weil in dem anderen Änderungsantrag ja steht, dass diese parlamentarische Kontrolle nur für Lieferungen außerhalb der EU und der NATO stattfinden soll. Diese Selbstbeschränkung gibt es in dem Votum der Antragskommission nicht.

Richtig ist aber, dass es bei Entscheidungen über Waffenexporte um Exekutivhandeln geht. Wir wollen die Rolle des Parlaments stärken - das ist die klare Aussage -, und wir wollen zu den restriktiven Regelungen zurück, die unter der letzten rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden sind. Wir wollen das durchsetzen. Das ist die Aussage, die Peer Steinbrück auch getroffen hat, hinter der wir uns, glaube ich, alle versammeln können. Aber wenn man sich anguckt, wie es beispielsweise in den Vereinigten Staaten abläuft, dann muss man gut darüber nachdenken, ob man wirklich möchte, dass das Parlament Exekutivhandeln übernimmt. Deswegen meine Bitte: Folgt dem Votum der Antragskommission und sorgen wir dafür, dass solche Rüstungslieferungen, wie sie jetzt nach Saudi-Arabien geplant sind, in Zukunft nicht mehr geschehen können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön, Niels. - Hilde, du willst reden? - Ja. Wenn du das willst, dann ist es so.

Hilde Mattheis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ja, uns haben verschiedene Verfassungsrichter gesagt, das ist eine Sache der Exekutive. Ein Gremium einzurichten, ist ein guter Weg. Aber lasst uns dann doch wenigstens an einer Stelle eine Korrektur vornehmen und sagen: Dieses Gremium hat die

Möglichkeit, über bestimmte Verfahren die Thematisierung eines Waffenexports auch in eine parlamentarische Debatte zu bringen. Nicht das Parlament entscheidet dann letztendlich, sondern dann kann das genau im parlamentarischen Verfahren noch einmal diskutiert werden und können so Transparenz und Öffentlichkeit über Waffentransporte hergestellt werden. Damit können wir im Prinzip auch eine Öffentlichkeit für unser Anliegen herstellen, dass Waffenexporte nicht zum Beispiel in undemokratische Staaten passieren, und haben wir auch, was die parlamentarische Kultur anbelangt, eine Möglichkeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Danke schön. - Ich frage jetzt noch einmal: Bettina, willst du auch noch dazu reden, oder hat es sich erledigt?

(Zuruf)

Wir haben wirklich ein Problem. Wir müssen hier in zehn Minuten in der Endabstimmung sein. Sonst kriegen wir ein echtes Problem. In der Sache sind, glaube ich, die Argumente klar. Dann würde ich jetzt gern den Niels für die Antragskommission noch einmal zu dem Vorschlag von Hilde etwas sagen lassen.

Niels Annen, Antragskommission: Ich möchte einfach nur noch einmal klarstellen: Der Teil, den wir übernommen haben, stellt sicher, dass das, was Hilde fordert, passieren kann.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Gut. Damit sind, glaube ich, die Voten klar. Dann lasse ich darüber in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Damit wären die Initiativanträge 11 und 15 abgelehnt. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer folgt dem nicht? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Herzlichen Dank. Dann ist das entsprechend beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über das Gesamtkapitel in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen dann so beschlossen.

Dann komme ich zum letzten Kapitel, Kapitel XI: Deutschland besser regieren. Dazu gibt es keine Änderungsanträge. Ich frage, wer dem Kapitel zustimmt. - Wer lehnt ab? - Das ist niemand, wenn ich das richtig sehe. Enthaltungen gibt es auch keine.

Dann komme ich zur Endabstimmung über das Regierungs- und Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wer dem in der Fassung, wie wir sie jetzt

in den Kapiteln beraten und beschlossen haben, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Wenn ich das jetzt richtig sehe, gab es keine Gegenstimme und keine Enthaltung. Damit ist das Regierungsprogramm einstimmig beschlossen.

(Beifall)

Weitere Antragsberatung

Barbara Hendricks, Antragskommission: Ich will in die Freude hier jetzt nicht noch einmal eingreifen. Wir haben noch zwei Bereiche, nämlich die themenübergreifenden Anträge thA 1 bis thA 8 und die sonstigen Anträge So 1 bis So 12. Zu allen liegen uns keine Änderungsanträge vor. Ich gehe davon aus, dass die alle entsprechend Antragskommission so beschlossen sind. - Ich sehe keinen Widerspruch. Danke.

Thorsten Schäfer-Gümbel, Parteitagspräsidium: Gut. Dann ist das so beschlossen. Dann bleiben mir an dieser Stelle nur noch zwei Bemerkungen. Ich will mich an dieser Stelle erst einmal herzlich bedanken, dass ihr uns die Arbeit so einfach gemacht habt. Dann darf ich Andrea für das Schlusswort das Pult überlassen. Andrea, du hast das Wort.

Schlusswort

Andrea Nahles, Generalsekretärin: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben alles, was wir brauchen, um gewinnen zu können:

einen hervorragenden Kanzlerkandidaten: Peer Steinbrück,

(Beifall)

ein Regierungsprogramm der Bürgerinnen und Bürger,

(Beifall)

die Werte: seit 150 Jahren Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Und vor allem haben wir eines: Wir haben die Menschen, die Menschen, die für ein besseres Deutschland kämpfen; denn eines ist klar: Marketing überzeugt nicht. Menschen überzeugen Menschen. Deswegen möchte ich euch herzlich bitten: Greift ein in diesen Wahlkampf. Fühlt euch angesprochen, eingeladen: „Mitmachen.SPD.de“ Ich möchte euch herzlich auffordern: Tragt euch ein auf unserer

Plattform und macht vor allem eines: Geht an die Gartenzäune, an die Haustüren. Und wenn ihr lieber surft statt lauft, dann macht es; aber macht es wenigstens.

Das ist es, worum ich euch herzlich bitte; denn eines ist klar: Ihr seid der Wahlkampf der SPD. Und alle, die mitmachen wollen, Mitglied oder Nichtmitglied: Euch brauchen wir. Auf euch kommt es an. Wir wollen Millionen Menschen direkt erreichen. Das kann nur die SPD. Das können nur wir. So viel Selbstbewusstsein haben wir. Wir werden den besten aller Wahlkämpfe im Jahre 2013 machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und ich möchte euch am Ende danke schön sagen, vor allem denen, die hier gewuselt haben, Überstunden gemacht haben, im Hintergrund. Ich möchte danke sagen für alle, die gerackert haben.

Und natürlich auch dem Tagungspräsidium. Thorsten, dein künftiges Landeskabinett in Hessen kann sich schon mal auf eine unterhaltsame, aber auch strikte Sitzungsleitung freuen. Viel Erfolg für die hessischen Landtagswahlkämpfer und Thorsten Schäfer-Gümbel an dieser Stelle.

(Beifall)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich vor allem natürlich bei den Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, die diesen Parteitag, ein Mammutprojekt, für uns möglich gemacht haben, aber auch all den anderen, den Wach- und Sicherheitsleuten, den Aufbauern, der Polizei, den Servicekräften, dem Reinigungspersonal. Alles gehört dazu.

Eines ist auch klar: Das Wir gewinnt, wenn wir gewinnen. Und deswegen, verdammt noch mal, lasst uns alles dafür tun, dass wir diese Wahl gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Jetzt kommt der Jugendchor Augustana unter der Leitung von Georg Egetemeir. Herzlichen Dank und Glückauf!

(Beifall)

(Lied: „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit““)

Ende des Parteitages: 16.42 Uhr.

Anhang

Delegierte

Baden-Württemberg

Ahmadi-Marvi, Parsa
Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Bender, Julien
Binder, Sascha
Binding, Lothar
Boos, Luisa
Born, Daniel
Can, Ergun
Castellucci, Lars
Drobinski-Weiß, Elvira
Eckert, Klaus
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Götzmann, Roman
Harsch, Daniela
Hertenstein, Dorothea
Hummel, Rebecca
Jung, Johannes
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Katzmarek, Gabriele
Kirgiane-Efremidis, Stella
Lange, Christian
Löw, Jens Ulrich
Lutz, Udo
Majer, Thorsten
Mast, Katja
Rebmann, Stefan
Rieß, Vanessa
Rosemann, Martin
Sawade, Annette
Schiele, Andrea
Schlegel, Dorothee
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Simon, Peter
Soeder, Christian
Sorg, Anette
Spörkel, Ralf
Stoch, Andreas
Tröndle, Susanne
Vesper, Fabienne

Weber, Jonas
Wölfle, Sabine

Bayern

Azar, Gertraud
Barthel, Klaus
Bartl, Franziska
Baur, Hannelore
Bayer, Sybille
Bergmann, Uwe
Bokovoy, Brigitte
Burger, Simone
Deckwerth, Ilona
Dees, Philipp
Dösel, Harald
Eder, Marietta
Fees, Ulrike
Fiorentino, Isabella
Fischer, Roland
Fischer, Sebastian
Flauder, Christina
Flisek, Christian
Freund, Florian
Graf, Angelika
Grießhammer, Holger
Güll, Martin
Hagl-Kehl, Rita
Henzler, Jutta
Hofmann, Frank
Jahn, Susanne
Kalteis, Daniel
Karl, Annette
Kofler, Bärbel
Köning, Christian
Körber, Fritz
Kubsch, Florian
Lampe, Wolfgang
Mattes, Ralf
Merzbacher, Jonas
Moritz, Simon
Morris, Stephanie
Müller, Ruth
Negele, Christine
Olbrich, Gerhard
Otto, Amelie Christin
Pawlovsky, Hans
Peitzsch, Wolfgang
Petersen, Johannes
Pohl, Ralf
Reitmaier, Katja
Roidl, Ulrike

Roloff, Sebastian
Röver, Jens
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Scales, Dominic Robert
Scharfenberg, Ulrich
Schieder, Maria-Anna
Schieren, Stefan
Schmid, Herbert
Schmidt, Horst
Schrock, Christine
Schröder, Ulf
Schüle, Gabriele
Schurer, Ewald
Schwarz, Andreas
Segnitzer, Marion
Söllner, Karl
Söllner, Maria
Stamm-Fibich, Martina
Steinecker, Angela
Strogies, Victor
Tausend, Claudia
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vetter, Ulrike
Vilsmeier, Bernd
Vogel, Christian
Vogel, Katja
Weikert, Angelika
Weiß, Amely
Werner-Muggendorfer, Johanna
Wolbergs, Joachim

Berlin

Drewnicki, Robert
Geisel, Andreas
Halsch, Karin
Hertel, Anja
Höschele, Ralf
Igel, Oliver
Loth, Barbara
Mindrup, Klaus
Morgenstern, Vera
Rämer, Jan-Christopher
Scheffer, Barbara
Schimeta, Julia
Senftleben, Peter
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Stock, Heike
Wiegand, Rolf

Zado, Julian

Brandenburg

Artz, Katja
Berendt, Thomas
Bock, Tilmann
Danckert, Peter
Hackenschmidt, Barbara
Koß, Simona
Krause, Kathleen
Wicklein, Andrea

Braunschweig

Beckmann, Jürgen
Bratmann, Christoph
Glosemeyer, Immacolata
Heinrich, Frank
Heinzelmann, Waltraut
Hoffmann, Frank
Litke, Petra
Nordhause, Tobias
Rybotycky, Waltraud
Sanli, Nilgün
Schlaugat, Eva
Schröder, Jan
Tietz, Nicole
Wesche, Elke

Bremen

Bovenschulte, Andreas
Feddern, Andreas
Gottschalk, Arno
Hamann, Reinhardt
Holsten, Reiner
Ryglewski, Sarah

Hamburg

Berzen, Christian
Damerau, Inka
Dräger, Gesine
Kahrs, Johannes
Miech, Dagmar
Pein, Milan Wilhelm
Quast, Anja Magdalena
Richter, Frank
Schwinke, Karl
Stapelfeldt, Dorothee
Tschentscher, Peter
Weiland, Nils Gustav

Hannover

Aller, Heinrich
Auditor, Matthias
Beckord, Heike
Behbehani, Helmi
Bisanz, Burkhard
Brand, Marina
Brandt, Arno
Breyer, Reinhold
Brodhun, Christoph
Brunkhorst, Daniel
Eckhoff, Birgit
Fischer, Natalie
Franz, Ulf-Birger
Friedemann, Waltraud
Gronenberg, Lea
Jacke, Thomas
Josch, Horst
Klecha, Stephan
Klingbeil, Johanna
Kraus, Brigitte
Le Butt, Philip
Masthoff, Alexander
Meinhold, Walter
Pauls, Mathias
Rüter, Michael
Schmidt, Maximilian
Schostok, Stefan
Schröder-Ehlers, Andrea
Schurreit, Wolfgang
Schwarze, Horst
Thiele, Ulrike
Tippelt, Sabine
Tonne-Jork, Elke
Watermann, Ulrich
Weiß, Thomas

Hessen-Nord

Bartol, Sören
Berthel, Walter
Bing, Edith
Dilcher, Esther
Fiedler, Sebastian
Hartdegen, Tanja
Helmis, Maria
Luther, Laura
Meßmer, Ullrich
Nitzbon, Volker
Pfleger, Helga
Reiss, Cornelia
Röse-Maurer, Karin

Schäfer, Enrico
Schirmer, Erdmute
Schneider, Irene
Sohl, Helmuth
Spies, Thomas
Telschow, Gerhard
Vollmar, Karsten
Warnecke, Torsten
Wegener, Elke
Wehnes, Wilfried
Wölk, Marianne
Wurst, Sabine
Zülch-Mach, Tanja

Hessen-Süd

Amann, Gregor
Auer, Inge
Bastian, Swen
Benz, Hanno
Bullmann, Udo
Costanzo, Vivien
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Gnadl, Lisa
Gnadl, Rolf
Gniza, Tobias
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Herget, Marie-Christine
Kaffenberger, Bijan
Koch, Patrick
Körner, Gerd
Lambrecht, Christine
Ludwig, Alexander
Lux, Stefan
Mansoori, Kaweh
Merker, Matti
Müller, Carsten
Nissen, Ulrike
Pfaff, Karlheinz
Podstatny, Roger
Polster, Harald
Rabanus, Martin
Reichenbach, Gerold
Schabedoth, Hans-Joachim
Schmidt, Dagmar
Schmöker, Tim
Seewald, Ilja-Kristin
Straub, Thomas

Volk-Borowski, Dennis
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Wingerter, Sven
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens

Mecklenburg-Vorpommern

Borchert, Rudolf
da Cunha, Philipp
Pleß, Brigitte
Schumann, Stephan
Steffen, Sonja

Nord-Niedersachsen

Brauns, Gerd
Gudella de Graaf, Ute
Hagemann, Günther
Hinck, Hans-Werner
Jantz, Christina
Löwenberg, Elke
Starke-Heinbokel, Katja
Tiemann, Petra

Nordrhein-Westfalen

Albrecht-Mainz, Elia
Althaus, Manfred
Bähr-Losse, Bettina
Banschkus, Bernd
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Beck, Horst
Bennarend, Jens
Bialas, Andreas
Bischof, Arno
Blienert, Burkhard
Blum, Ulrich
Bollermann, Gerd
Brambrink, Ann Katrin
Buhre, Michael
Burchardt, Ulla
Buttler, Angelika
Butz, Maren
Cikoglu, Atilla
Coenen, Lutz
Dentley, Deborah Kim
Dieren, Anna Luise
Dornseifer, Jan
Drabig, Franz-Josef
Duscha, Peter
Erdle, Phillip
Esdar, Wiebke

Fabian, Norbert
Fink, Lothar
Frühauf, Lutz
Gebhard, Heike
Gottschlich, Simone
Griese, Kerstin
Groeger, Bernd
Gronau, Beate
Groß, Michael
Gutowski, Petra-Andrea
Hammelrath, Gabriele
Hammer, Sebastian
Harder, Ernesto
Hartmann, Sebastian
Heitkamp, Micha
Herter, Marc
Hildenbrand, Anke
Hinz, Petra
Hudy, Harald
Hugonin, Monika
Janke, Oliver
Joisten, Christian
Kaczmarek, Oliver
Kaiser, Rolf
Kalkreuter, Matthias
Kerst, Valentina
Killewald, Norbert
Kirschenbaum, Erwin
Klanke, Christiane
Koch, Karsten
Kohmann, Anja
Konzelmann, Thorsten
Krämer, Friedhelm
Krämer, Konrad
Kröger, Thorsten
Krützen, Klaus
Kuiper, Manfred
Kulla, Angelika
Küpper, Annegret
Laaser, Sebastian
Lachmann, Holger
Lipprandt, Sabrina
Löhr, Karin
Ludwig, Svenja
Lufen, Marcus
Lührs, Monika
Lux, Eva
Majewski, Ernst
Marburger, Otto
Meiers, Ute
Merkel, Wolfgang

Molzberger, Adhemar
Moskau-Ruhnau, Martina
Mühlenfeld, Dagmar
Müller, Michael
Müller, Sabina
Müntefering, Michelle
Mützenich, Rolf
Nawrot, Regina
Nietan, Dietmar
Oord, Ilka
Ossowski, Silke
Ott, Jochen
Panke, Simon
Peters, Martin
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Podolski, Patricia
Poschmann, Sabine
Radtke, Sabine
Rasp, Peter
Reineke, Irmtraut
Renner, Stephan
Rode-Bosse, Petra
Römer, Norbert
Rosenfeld, Peter
Schaberick, Jan-Christoph
Schäfer, Axel
Schilling, Björn
Schindler, Doris
Schmeltzer, Rainer
Schmidt, Manuel
Schmitz, Ute
Scho-Antwerpes, Elfi
Schrameyer, Elisabeth
Schulte, Gabriele
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Schütten, Rainer
Seitz-Dahlkamp, Christiane
Simshäuser, Monika
Spiess, Hannsjuergen
Stalder, Mandy
Stinka, Andre
Stock, Michael
Stotz, Marlies
Strässer, Christoph
Strathoff, Margarethe
Strobel, Claudia
Stucke, Ingo
Stürmer, Martin
Tacer, Philipp

Tsalastras, Apostolos
Ünalgan, Taner
Utech, Richard
van den Berg, Guido
van Geister, Daniel
van Heynsbergen, Roger
Vogt, Alexander
Vöpel, Dirk
Waasem, Thilo
Walther, Claudia
Weinkauf, Heide
Weller, Jürgen
Wiertz, Sven
Wietheger, Karin
Wilske, Silvia
Wittkamp, Andreas
Yüksel, Gülistan
Zaborski, Günter
Zorlu, Sara
Zorn, Gerhard

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Budde, Katrin
Dulig, Martin
Engelmeier-Heite, Michaela
Ferner, Elke
Friedrich, Peter
Gabriel, Sigmar
Groschek, Michael
Heil, Hubertus
Hendricks, Barbara
Kaykin, Zülfiye
Kirci, Alptekin
Kraft, Hannelore
Kramme, Anette
Lösekrug-Möller, Gabriele
Lüders, Nadja
Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Mattheis, Hilde
Nahles, Andrea
Nida-Rümelin, Julian
Özoguz, Aydan
Platzeck, Matthias
Poß, Joachim
Pronold, Florian
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schild, Armin
Scholz, Olaf

Schulz, Martin
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Vogt, Ute
Wowereit, Klaus

Rheinland-Pfalz

Allroggen-Bedel, Agnes
Bahm, Mirko
Barley, Katarina
Barnett, Doris
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Beck, Kurt
Bruch, Jörg
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Detjen, Michael
Dreyer, Malu
Dukat, Rebekka
Ebli, Friederike
Geis, Manfred
Görisch, Ernst-Walter
Gros, Anna
Guth, Jens
Hartmann, Michael
Herbst, Corinne
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Hitschler, Thomas
Hütten, Achim
Jenssen, Jens
Kasztantowicz, Susanne
Klamm, Hannelore
Kukatzki, Bernhard
Langner, David
Leppla, Ruth
Lewentz, Roger
Lörsch, Claudia
Machalet, Tanja
Maurer, Michael
Mohr, Margit
Neuser, Norbert
Pörksen, Carsten
Puchtler, Frank
Ramsauer, Günther
Rauschkolb, Jaqueline
Rauschkolb, Michelle
Schäfer, Roland
Scholl, Andro
Schweitzer, Alexander

Seiler, Stefanie
Simon, Anke
Sippel, Heiko
Wansch, Thomas
Wilhelm, Stephan
Winter, Friedrich

Saarland

Barke, Jürgen
Britz, Charlotte
Gramm, Renate
Hell, Gabi
Hiry, Johannes
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Jenni, Birgit
Jost, Reinhold
Kolb, Gisela
Krutten, Stefan
Limbacher, Esra-Leon
Müller, Siegfried
Nasshan, Gerhard
Pauluhn, Stefan
Rehlinger, Anke
Renner, Jürgen
Ries, Isolde
Roth, Eugen
Waluga, Günter
Weber, Volker
Yliniva-Hoffmann, Anne Mirjami
Zieder-Ripplinger, Margriet

Sachsen

Brangs, Stefan
Homann, Henning
Kolbe, Daniela
Pfeil, Juliane
Rüthrich, Susann
Vogel, Ines
Zabel, Benjamin

Sachsen-Anhalt

Börst-Harder, Petra
Eichler, Wolfgang
Grube, Falko
Lehmann, Stefan
Pähle, Katja
Schindler, Silke

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Birke, Hans-Helmut

Bolln, Stefan
Borchert, Götz
Breitner, Andreas
Buder, Detlef
Daude, Ulf
Deutschmann, Moritz
Dolgner, Kai
Fronzek, Brigitte
Gilleßen, Sabine Maria
Hansen, Angelika
Heinrich, Anne-Christin
Ilgen, Matthias
Klüssendorf, Tim
Kreft, Enrico
Kuhlwein, Eckart
Nöbel, Anke
Östreich, Cornelia
Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
von Pein, Tobias
Wagner, Alexander

Thüringen

Giebe, Markus
Gleicke, Iris
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Luckert, Martin
Machnig, Matthias

Weser-Ems

Abdinghoff-Feldkemper, Olaf
Block, Volker
Börgmann, Johann
Brammer, Axel
Christians, Hilda
Eiben, Florian
Groote, Matthias
Hunter-Roßmann, Hannelore
Kater, Kristian
Köpke, Jürgen
Logemann, Karin
Mandel, Sören
Peters, Johann Wilhelm
Rohde, Dennis
Rühl, Kathrin
Schröder, Remmer
Schulte, Jenna Juliane
Schweer, Daniel
Stuntebeck, Kristina
Ulferts-Dirksen, Sophia

Rednerliste

Annen, Niels	113
Berthel, Walter	90
Deutschmann, Moritz.....	112
Drobinski-Weiß, Elvira	110
Fabian, Norbert.....	89
Ferner, Elke	100, 103
Gabriel, Sigmar.....	5
Kirgiane-Efremidis, Stella	68
Kuhlwein, Eckart.....	83
Lagodinsky, Grigori.....	80
Mattheis, Hilde.....	82, 97, 114
Miedel, Marion	76
Müller, Michael	106
Nahles, Andrea.....	98, 109, 116
Oerder, Katharina	88
Roloff, Sebastian	92
Roth, Claudia.....	33
Schäfer-Gümbel, Thorsten	23
Scholl, Andro	91
Scholz, Olaf	69, 104
Schulz, Martin.....	93
Schwesig, Manuela	78, 100, 102
Sieling, Carsten	107, 111
Sorg, Anette.....	108
Stegner, Ralf.....	86
Steinbrück, Peer	38, 102
Steinmeier, Frank-Walter.....	73
Strauß, Mareike	85
Ude, Christian	27
Vesper, Fabienne	104
Vogt, Sascha	76
Walther, Claudia.....	71

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

tabellarische Übersicht der angenommenen und überwiesenen Anträge	S. 256-268
Anträge im Wortlaut	S. 269-393
Übersicht weitere Anträge	S. 394
Dokumentation Initiativanträge	S. 395-39

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite
RP1	<i>Parteivorstand</i>	Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!	(Angenommen)	138-239
Ini3		Märkte brauchen Regeln	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	239
II.A8	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	240
II.A12	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Keine Vermittlungsprovision für Zeitarbeitsfirmen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	240
II.A20	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Verbot des "unbezahlten Probearbeitens"	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	240
II.A22	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Gleiches Recht für alle!	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	240
II.A28	<i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>	Arbeitswelten 2.0 Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	241
II.A29	<i>Kreisverband Mannheim (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Reform des Gründungszuschusses zurücknehmen - Unternehmensgründungen als Weg aus der Arbeitslosigkeit wieder unterstützen!	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	242
II.A32	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Keine Sanktionen im SGBII-Bereich bei den Kosten der Unterkunft	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	242
II.A33	<i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Rücknahme der Instrumentenreform 2012	(Überwiesen an SPD-Landtagsfraktionen und ordentlichen Bundesparteitag)	242
II.A35	<i>Unterbezirk Frankfurt (Bezirk Hessen-Süd)</i>	Für eine europäische Wirtschaftspolitik	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	243
II.A40	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i>	Änderungsantrag zum Kap. II.4	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	244
II.A43	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i>	Änderungsantrag zum Kap. II.5	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	244
II.A44	<i>Landesverband Hessen</i>	Änderungsantrag zum Kap. I.5	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	244
II.A56	<i>Stadtverband</i>	Nachhaltige	(Überwiesen an SPD-	245

	<i>Bochum 3 (Landesverband Nordrhein- Westfalen)</i>	Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen	Bundestagsfraktion)	
III.A7	<i>Landesverband Berlin</i>	Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	246
III.A15	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Änderungsantrag zum Kap. III.4	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	246
III.A18	<i>Unterbezirk Bremen- Stadt (Landesorganisation Bremen)</i>	Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	246
III.A24	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	247
III.A25	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	LSBTI-Rechte als unveräußerliche Menschenrechte	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	247
III.A26	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Neufassung der Rechte trans- und intergeschlechtlichen Menschen!	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	247
IV.A6	<i>Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein- Westfalen)</i>	Unnötige Subventionen zurückführen-Transparenz schaffen	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	248
IV.A9	<i>Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein- Westfalen)</i>	Compliance/Wegzugsbesteuer- ung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	248
V.A9	<i>Ortsverein Regensburg-Osten (Landesverband Bayern)</i>	Rezeptfreie Abgabe der Pille danach	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	249
V.A14	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Erhalt der Regelungen zur Betrieblichen Altersversorgung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	249

V.A19	<i>Arbeitsgemeinschaft von SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen</i>	Kollektive und individuelle Rechte von Patientinnen und Patienten stärken	(Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)	249
V.A20	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	255
V.A21	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden beenden	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	255
V.A23	<i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i>	Prävention und Forschung von HIV/Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	255
VII.A8	<i>Landesverband Sachsen</i>	Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	256
VII.A9	<i>Region Ostwestfalen-Lippe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	256
VII.A10	<i>Unterbezirk Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Bundeseinheitliche Grundsätze für die Dichtheitsprüfung umsetzen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	256
IX.A2	<i>Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)</i>	Europäische Beschäftigungs- und Wachstumsprogramme	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	258
thA7	<i>Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Koalitionsbildung	(Überwiesen an Parteivorstand)	259
thA8	<i>Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)</i>	Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!	(Überwiesen an Parteivorstand)	259
So1	<i>Unterbezirk Würzburg Stadt</i>	Gesicht zeigen für die SPD	(Überwiesen an	260

	<i>(Landesverband Bayern)</i>	auch im Wahlkampf!	Partei Vorstand)	
So2	<i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>	Sorgfältige Mitwirkung am Wahlprogramm ermöglichen	(Überwiesen an Partei Vorstand)	260
So3	<i>Ortsverein Eimsbüttel-Nord (Landesorganisation Hamburg)</i>	Energiewende auch bei Infoständen auf Parteitagen!	(Überwiesen an Partei Vorstand)	260
So6	<i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i>	Ausschreibung des ÖPNV verbessern - Qualitätssicherung jetzt!	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen)	260
So7	<i>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</i>	Onlinebuchung von Fahrkarten im ÖPNV vereinheitlichen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	261
So8	<i>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</i>	Arbeitswelten 2.0 Umgang mit "neuen Arbeitsverhältnissen"	(Überwiesen an Partei Vorstand und SPD-Bundestagsfraktion)	261
So9	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Arbeitslosenstatistik	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	261
So10	<i>Ortsverein Eimsbüttel-Nord (Landesorganisation Hamburg)</i>	Gegen bewaffnete Drohnen	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	262
So11	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	262
So12	<i>Unterbezirk Köln (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Gesetz zur Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände	(Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)	262

Angenommene und überwiesene Anträge im Wortlaut

Regierungsprogramm

Antragsbereich RP/ Antrag 1 (Angenommen)

Parteivorstand

Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!

	Vorbemerkung	139- 140
5	I. Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land	141- 147
	II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen	147- 173
10	II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum	147- 150
	II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft	151- 157
15	II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa	157- 159
	II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern	159- 166
	II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen	166- 173
25	III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft	173- 194
	III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung	174- 180
30	III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen	180- 183
	III.3 Familien gehen vor	183- 185
35		

	III.4 Jugendpolitik	185- 187
40	III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik	187- 190
	III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik	190- 194
45	IV. Für eine gerechte Steuerpolitik	194- 199
	V. Soziale Sicherheit und Vorsorge	199- 210
50	V.1 Gesundheit und Pflege	200- 206
	V.2 Gute Arbeit, gute Rente	206- 209
55	V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen	208- 210
60	VI. Gute Nachbarschaft	210- 216
	VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen	210- 211
	VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung	211- 212
70	VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen	212- 214
	VI.4 Ländliche Räume	214- 216
75	VII. Umwelt und Verbraucherschutz	216- 220
	VII.1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik	216- 218
80	VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken	218- 220
	VIII. Demokratie leben	221-
85		

		226
90	VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip	221- 222
	VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken	222- 223
95	VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit	223- 226
	IX. Für ein besseres Europa	226- 230
100	X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige	230- 239
105	XI. Deutschland besser regieren	239

Vorbemerkung

110 Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir - programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen. Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um 115 uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.

120 In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt. Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleicher Rechte ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 125 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher 130 eine Daueraufgabe.

135 Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung. Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der

deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst. Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehören die visionäre Ostpolitik Willy Brandts, genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenschaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialdemokratie setzen. Diesen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen - mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben. Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik: Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land, in Europa und in der Welt.

I. Deutschland besser und gerechter regieren. Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land.

Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.

Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.

Unsere Idee von einem neuen Miteinander.

Wir wollen, mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.

Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.

Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.

Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.

Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Finanzmärkte und neuen Dienstleistungen der sogenannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk. Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber stehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik. Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ist notwendig, um das Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik sicher zu stellen. Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu verhelfen, bleibt das Ziel unserer Politik. Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich

in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen. Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.

245 Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich, die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.

250 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien
255 aufwachsen in den vergangenen vier Jahren. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.

Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen - und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte. Deshalb haben wir als
260 erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten
265 Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Einheit Deutschlands für die
270 Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes. Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikel 3 des Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Menschen aller Schichten, Berufe und unabhängig von
275 ihrer Herkunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke und solidarische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Und von einer Politik des Gemeinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Sonderinteressen.

280 In den vergangenen 20 Jahren wurde den "Märkten" viel Raum gegeben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale,
285 ökologische und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernisse in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen

galt. Die Erfolgsgeschichte der sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde als ein unzeitgemäßes Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt.

290 Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese
Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene
Marktgemeinschaft. In ihr zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über
ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich
Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen,
295 Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit,
Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle
garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können
muss.

300 Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und
kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch
Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der
Reichtum - die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa.

305 Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die
den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in
Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Freiheit,
Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt.
Heute heißt das, wieder für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu
310 sorgen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa
schaffen.

Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.

315 Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr.
Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen
der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und
angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende
sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr
320 für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen
mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr
große Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und
Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen,
Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung
325 Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und erfolgreich
geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der sozialen Marktwirtschaft alle
Menschen teilhaben lassen wollte, am wachsenden Wohlstand unseres Landes. Wir wollen
330 deshalb die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken. Wir wollen mehr
Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte
Löhne bei, aber auch eine Politik, die öffentliche Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür
sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge
haben. Und dass endlich Frauen und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige
335 Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen, und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung
und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige

340 Lebensverhältnisse im Osten wie Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen die Chance des Alters nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern. Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.

345 Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicher zu stellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen ebenso wie
350 solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.

355

Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.

360 Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen
365 Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes.

370

Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland.

375 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. Dabei unterstützen wir das europäische Projekt der Jugendgarantie. Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik dürfen dabei
380 allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.

385

So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist:

390 Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und
des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil
insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den
Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand
unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion.
395 Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der
Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch
eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und
stärken.

400 Unser besonderer Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die besondere
Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit
großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und
Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch
bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und
Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren
erhalten und stärken.

405 Wir leben heute in einer radikal veränderten Welt. Deshalb wollen wir die Demokratie stärken
und das Vertrauen dafür zurück gewinnen, dass demokratisches Engagement und Politik unser
Zusammenleben besser und gerechter machen kann. Deshalb sind vor allem wir
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert, auf neuen Wegen, die sozial und
ökologisch ausgerichtet sind, unser historisches Projekt der Emanzipation neu zu begründen
410 und zu verwirklichen. Das ist heute die Leitidee der Nachhaltigkeit, die heutiges Handeln mit
der sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft und Gesellschaft verbindet.

415 Wir leben in einer Zeit, in der alte Konflikte aufbrechen und sich neue große
Herausforderungen stellen: Wir haben es mit gewaltigen ökologischen Herausforderungen zu
tun; die zusammenwachsende Welt darf nicht zu einer Welt der sozialen Ausgrenzung werden;
die gewaltigen technischen und ökonomischen Möglichkeiten müssen für eine „Green
Economy“ genutzt werden; die Digitalisierung der Welt wollen wir für mehr internationale
Verständigung und Solidarität einsetzen.

420 Es ist eine Zeit großer Möglichkeiten. Dafür setzen wir erneut auf die große Idee der sozialen
Emanzipation. Mehr Demokratie, Teilhabe und gemeinsame Verantwortung können
verwirklicht werden. Das ist seit 150 Jahren die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie.
Und sie ist es auch heute. Sie wird auch von uns vertreten, um mehr Freiheit, Gerechtigkeit und
Wohlstand möglich zu machen – nachhaltig und damit für alle.

425

Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

430 Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und
niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die
Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese
Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war
unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der
Schuldenbremse.

435 Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und
gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem

Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

440

Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß, wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgegeben wie heute.

445

Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

450

Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können.

455

Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuereinnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese Steuererhöhungen akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und die Infrastruktur genutzt werden.

460

Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind, und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.

465

Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern. Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.

470

II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen

II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum.

475

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden. Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral, als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen

485

Spekulationen.

490 **Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit und, allem voran,**
495 **die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.**

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine
500 eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die
505 Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

510

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

515

Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.

520

- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemessen sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.
- Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung, Bewertung und Entlohnung von Arbeit und in besseren Bildungschancen.
- Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.

525

Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.
530

Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren. Dazu
535 fordern wir

- eine wirksame **Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme**,
- ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen.

Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.

545 Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.

550 Im Bereich der **Unternehmensmitbestimmung** muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.

Die **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

555 Wir setzen uns für eine Förderung des **Genossenschaftswesens** ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen.

560 Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.

570 Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.

575 **Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß.** Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.

580 Die **Verbraucherinnen und Verbraucher** sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern
585 brauchen wir mehr **Markttransparenz** für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft,

Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die **Verbraucherforschung** ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen.

595 **Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.**

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, Europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.

Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.

615 **Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:**

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen. (Energieversorgung, Banken, Bahn, ...)“

620 **Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften.** Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von**

625 **Investment- und Geschäftsbanken. Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt. Wir wollen, dass die Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird, und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

630

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie

im klassischen Bankensektor. Um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen, müssen Offshore-Finanzplätze, die durch niedrige Steuern, Intransparenz und eine minimale Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sind, bekämpft werden.

640

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken.

Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

645

650

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungscomputern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltfristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

655

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

660

II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft.

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wieder hergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

665

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

670

675

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis stärken** und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

680

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

685

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich

(personenbezogene Dienstleistungen)“

690 Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

700 Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

705 Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexible Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

715 Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersngerechtes Arbeiten** in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.

720 **Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.**

725 Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Teilzeit beschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit **von Frauen** niedriger oder **von Männern** höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg

gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht Existenzsichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.

740

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswettlauf stattgefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. **Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse.**

745

750

Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.

755

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“

760

Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden **Mindestlohn** in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.

765

770

Wir brauchen aber auch wieder eine **Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung**. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50% der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählen, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

775

780

Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein.

785

Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften, die zum Teil noch gravierenden Lohnunterschiede zwischen

den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.

790

Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. **Tariftreue** werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.

795

Es muss sichergestellt werden, dass kein Arbeitsuchender auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen Entlohnung verwiesen wird. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss in jedem Fall gewährleistet sein.

800

Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.

805

Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das **Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit** und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbesetzungsbeschäftigte gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

810

815

Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige **Werkvertragskonstruktionen**, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeitsverträge sollen klarer definiert werden.

820

Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles schafft Unsicherheit. Verständlicherweise zögern viele junge Menschen deshalb, eine Familie zu gründen und sich eine eigene Existenz aufzubauen. Auch und gerade für junge Menschen sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig. Wir werden außerdem den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleitet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

825

830

835

Dazu gehören der Anspruch auf einen Vertrag, eine Mindestvergütung sowie ein qualifiziertes Zeugnis.

840 Die Möglichkeit der **sachgrundlosen Befristung** von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei **Mini-Jobs** künftig ausgeschlossen **und ihre soziale Absicherung verbessert** wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert werden. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden. Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren **Schutz vor Überwachung** und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer **Anti-Stress-Verordnung** im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.

870 **Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.**

Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen **Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte** im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung** auf 1.000 Beschäftigte senken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht muss zudem auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden.

885 Die **Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte**, um prekäre Beschäftigung zurück zu drängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von

890 Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten.

895 Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die **Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte** der **Personalräte** im Bund und den Ländern stärken.

900 Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten.
905 Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein, sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.

910

915 Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der **Mittel für aktive Arbeitsförderung** ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.

920 Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose,
925 die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.

930 Deshalb werden wir mittelfristig einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteil dieses Angebots sind.

935 Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch

940 eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.

945 Wir wollen die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet werden, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen.

950 Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: dem bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von Arbeitslosigkeit, einem gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einem neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden.

960 **Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebender Menschen erschließen, können wir einem Fachkräftemangel entgegenwirken und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.**

965 Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen.

970 Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten drei Schulbesuchsjahre.

975 Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft.

980 Jeder Jugendliche hat ein **Recht auf Ausbildung**. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, das mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, dass die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen Ansprüchen gefördert werden.

985 Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen.

Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartung einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

- 990 Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer
995 Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa.

- 1000 Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt. Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs,
1005 steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.
- 1010 Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.
- 1015 **Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die Politische Union Europas weiter vertiefen.**
- 1020 Dafür brauchen wir klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige
1025 europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.
- 1030 Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines **europäischen Restrukturierungsfonds** für
1035 große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken

richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.

Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.

Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schiefelage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive **wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen**. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.

Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Verpflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen **Europäischen Investitions- und Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein. Diesen finanzieren wir durch Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, dem Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und einem Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und der Modernisierung der Verwaltungen geben.

Mit einem **europäischen Schuldentilgungsfonds** wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.

II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.

1090 Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.

1095

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

1100

Unsere Ziele:

- 1105 • Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine **integrierte Industriepolitik** als Querschnittspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen.
- 1110 • **Dienstleistungen** haben bereits heute einen Anteil von 70% an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert.
- 1115 • Deutschlands Potenzial sind **hochqualifizierte Fachkräfte**. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Erfolg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.
- 1120 • Eine **leistungsfähige Infrastruktur** ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.
- 1125 • **Kreativität** ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern.

1125

Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Wir brauchen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hoch spezialisierten Hightechmittelständler, sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

1130

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für **Forschung und Innovationen intensivieren** und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir

1135

durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern. Neben der Projektförderung wollen wir eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Wir wollen eine **Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte** voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur.

Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: **Digitalisierung und Vernetzung** spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine **moderne und integrierte Dienstleistungspolitik**. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.

Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche, die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.

Der Postuniversaldienst, der die flächendeckende Versorgung des Landes mit Postdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen vorsieht, muss auch in Zukunft in gleicher Qualität erbracht werden. Der Wettbewerb bei den Postdienstleistungen darf zum einen nicht weiterhin in erster Linie über Dumpinglöhne geführt werden; zum anderen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Deutsche Post so gestaltet werden, dass die Gewährleistung des Universaldienstes und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gleichermaßen gesichert werden.

Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. **Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt:** Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs-, auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.

Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.

Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbstständigen. Die Selbstständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. 10% im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbstständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbstständigen begeistern.

Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.

1200 **Das Handwerk.**

Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung der beruflichen Bildung. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise stärker betroffen.

Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen, gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktrefinanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer Ratingagentur für den Mittelstand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.

Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen, genauso wie die Wohlfahrtsverbände.

Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung soll besser auf den Mittelstand ausgerichtet und, wo möglich, Verwaltungswege verkürzt werden.

Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische **Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfes** in Deutschland starten. Wir wollen **Bildungsmobilität und Aufstiegschancen** verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems

wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die **Hochschulen noch mehr für beruflich Qualifizierte öffnen** und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

Auch die **Berufsbilder im Dienstleistungsbereich** müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.

Unser Ziel ist es, die **Erwerbsbeteiligung zu erhöhen**. Wir werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und der Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch **nachholende Qualifizierung** wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.

Investitionen in die Realwirtschaft fördern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal 3 Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.

Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Wir brauchen mehr öffentliche wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.

Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.

Die Einheit Deutschlands vollenden.

Die ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in
1290 Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.

Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: Die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz
1295 Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große
1300 Unterschiede bei den Löhnen und Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem Gütesiegel „**Made in Ostdeutschland**“ produziert. Dennoch zeigen sämtliche Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu
1305 kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/h arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15–45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht.

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept
1310 umsetzen will.
1315

Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets lebendiges Ziel.
1320 Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten.

Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte **Solidarpakt II** die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren ‚Aufbau Ost‘. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein **gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“** (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt.
1325
1330

Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die
1335 Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft.

Wir wollen bürgerschaftliche Beteiligungsformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern.

Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen.

Regionale "Bürger-Fonds" sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie "Bürgerwindparks" und Energiegenossenschaften sollten substanziell ausgebaut und auch auf leitungsgebundene Infrastrukturen - etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze - Anwendung finden. **Netze in Bürgerhand** stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen.

Auch durch **kommunale Anleihen** können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichtigen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie die Förderung von Genossenschaftsanteilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.

Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden.

Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten. Gute Mobilitätspolitik sichert wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, erhält und schafft Arbeitsplätze und trägt zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Der Prozess des zusammenwachsenden Europas und der Globalisierung ist erst durch Mobilität möglich geworden.

- Steigende Mobilität, die Zunahme des Güter- und Transitverkehrs und immer längere Reiseentfernungen mit immer schnelleren Verkehrsmitteln führen aber auch zu immer stärkeren Belastungen von Mensch und Umwelt.
- 1390 Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein. Sie orientiert sich an langfristigen Zielen und lang anhaltenden Wirkungen. Langfristige Mobilitätssicherung ist deshalb eine zentrale Zukunftsaufgabe.
- 1395 Deshalb werden wirdie Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des **Verkehrsnetzes** als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Unsere Verkehrssysteme sind heute chronisch unterfinanziert - es gelingt immer weniger die Substanz zu erhalten. Wir wollen
- 1400 ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr.
- Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein **Nationales Verkehrswegeprogramm** auflegen, in das 80 % der Neu- und Ausbaumittel fließen. Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen.
- 1405
- Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der **Bahn** werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an. Dazu werden wir die Schienenanbindung unserer See- und Binnenhäfen verbessern.
- 1410
- Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen. Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.
- 1415
- 1420 **Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern.** Wir werden dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. € jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern. Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern
- 1425 abgestimmtes Luftverkehrskonzept.
- Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO₂-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr und Logistik fördern.
- 1430
- Wir wollen, dass unsere Verkehrswege sicherer werden. Deswegen messen wir der Verkehrssicherheit und der Arbeit in diesem Bereich – professionell und ehrenamtlich – hohe
- 1435 Priorität bei.

Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. Von besonderer Wichtigkeit ist eine vollständige Teilhabe auch von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir wollen, dass alle Menschen sich barrierefrei fortbewegen können.

Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Radwege ein.

Deutschland braucht darüber hinaus schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine **flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen**. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.

II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen.

Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen. Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.

Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.

Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie

Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.

1490 Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert hat. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende
1495 Abstimmung mit den europäischen Partnern hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.

1500 In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.

1505

Unsere Ziele:

Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar:

1510

Wir wollen

- eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der Energiewende;
- die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie erhalten;
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben, und bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;
- 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;
- eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;
- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;
- die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.

1530

Ein Management für die Energiewende aufbauen.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau

erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und
1540 Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

Wir wollen die Kompetenzen insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzausbau und Speicher in einem **Energieministerium** bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine
1545 Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.

Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein
1550 „**Deutscher Energie-Rat**“ einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen
1555 Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger von Strom und Wärme mit kommunalen Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der
1560 dezentralen Energiewende. Wir schaffen Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze.

Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen
1565 Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.

1570 Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen **Bundestagsausschuss „Energie“** einrichten.

Es ist ein „**Masterplan Energiewende**“ aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der
1575 Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.

1580 **Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.**

Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die
1585 Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen

1590 Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weiter gegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.

1595 Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.

1600 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

1605 Wir wollen eine grundlegende **Reform des EEG**, die den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

1615 Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die **Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung** übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.

1620 In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.

1630 **Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.**

1635 Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Synchronisierung des Ausbaus der

- Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt.
- 1640
- Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.
- 1645
- Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer **Deutschen-Netz-Gesellschaft an**. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.
- 1650
- Die **Anreizregulierung** muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.
- 1655
- Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine **Flexibilisierung der Energienachfrage** („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der privaten Verbraucher zu nutzen.
- 1660
- Für **Akzeptanz** und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc..
- 1665
- Wir werden eine **Clearingstelle** „Naturschutz und Energiewende“ einrichten. Als Anlaufstelle für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände soll sie die Interessen der Energiewende und des Naturschutzes in Einklang bringen.
- 1670
- Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr **grenzüberschreitende Kuppelstellen**, um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.
- 1675
- Komplementär zum Netzausbau müssen **Speichertechnologien** gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.
- 1680
- Das geltende **Atomgesetz** lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines "sicheren Einschlusses" und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der "sichere Einschluss" ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im
- 1685

Atomgesetz streichen. Wir werden nicht nur an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten, sondern uns auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Auch darf der Export von Atomtechnologie etwa zum Bau neuer Reaktoren im Ausland nicht unterstützt werden.

Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der **Fracking-Technologie** zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll solange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.

Die Energieeffizienz zur Priorität machen.

Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern.

Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen **Energiemanagements** nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen setzen und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme schaffen.

Die **Gebäudesanierung** bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden. Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude. In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.

Der darniederliegende **europäische Emissionshandel** ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz

anzureizen.

1740 **Europäische Verbrauchsstandards** für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).

Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.

1745 Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungs-Potenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

1755 „**Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.**“

1760 Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.

1765 Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die **Stromsteuer** muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen. Dies kann durch erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden.

1770 Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch **Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte** und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.

1775

III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.

1780 **Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit nicht ein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.**

1785

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten **Bildung ein Grundrecht**, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. 1790 Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.

1795 Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine **gleichgestellte Gesellschaft** ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die 1800 Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des Miteinander.

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. 1805 Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.

1810

III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung.

Internationale Vergleiche zeigen die hohe **Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft**. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten 1815 Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die **gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule**. Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen. Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden.

1820

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Das ist entscheidend für die Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und 1825 Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.

Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.

1830 Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der **Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz** muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss 1835 Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das

bildungsfeindliche **Betreuungsgeld abschaffen**. Die bis zu **2 Mrd. Euro**, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

1840

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundeseite durch eine **Fachkräfteoffensive für Erzieher/innen** unterstützen.

1845

Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die **Ganztagsschule** ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagsschule wirklich heben und mit Leben füllen.

1850

1855

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige **Schulsozialarbeit** einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen. Wir werden deshalb zunächst dafür sorgen, dass die von uns im Bildungs- und Teilhabepaket 2011 durchgesetzten Bundesmittel auch zukünftig zur Verfügung stehen, damit die eingesetzten Schulsozialarbeiter ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

1860

1865

Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist **Inklusion** für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.

1870

Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der **Sprachförderung** vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Wir sehen in der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein wichtiges Potential, dass durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann.

1875

1880

Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der **Lehrerbildung** an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur **Lehrerfortbildung** ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu

1885

unterstützen.

1890 Es ist eine berechtigte Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr **Vergleichbarkeit und Mobilität** durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.

1895 **Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:**

„**Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch Grundgesetz-Änderung**“

1900 Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern **neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen**. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen **kooperativen Bildungsföderalismus** ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden.

1905 Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten **nationalen Bildungsstandards** auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar.

1910 Der weitere **Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur** und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden.

1915 Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend **jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung** investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen **neuen Bildungsaufbruch** in Deutschland.

1930 **Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden**

1935 Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000

1940 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.

1945 Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.

1950 Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der mathematisch- naturwissenschaftlich-technischen Berufe sowie der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Von rund 350 Ausbildungsberufen legen sich fast 80 Prozent nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.

1960 Für die Sozialdemokratie bildet die **duale Ausbildung** eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. **Zu einer guten Ausbildung gehört aber nicht nur ein Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsqualität muss stimmen.** Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern und werden deshalb gemeinsam mit den Tarifpartnern eine Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung starten. Dazu gehört für uns auch eine Mindestausbildungsvergütung. Die drei- und dreieinhalb jährigen Ausbildungsgänge werden wir wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.

1970 Wir wollen die **Übergänge** von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.

1975 Wir setzen uns dafür ein, Räume der non-formalen Bildung zu stärken, da hier ebenso wichtige Ergebnisse in Bildungsprozessen erreicht werden.

1980 **Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.**

1985 Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind **Hochschulen** Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein **gutes Studium** für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem Anspruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und

eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.

1990 Das Thema gute Lehre und Initiativen zur **Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium** gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.

1995 Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien, sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die **Öffnung der Hochschulen** für beruflich Qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des **Studiums ohne Abitur** unterstützen.

2000 Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine **Ausweitung des Hochschulpakts** die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine **Master-Zugangsberechtigung**.

2005 Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.

2010 Zu einem guten Studium gehört eine gute **soziale Infrastruktur an Hochschulen**. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.

2015 Ein **gebührenfreies Studium** und ein starkes **BAföG** sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Schüler-BAföG wollen wir revitalisieren.

2020 Das von der schwarz gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.

Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.

2025 Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.

2035 Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.

2040 Gute Hochschulen sind ohne **Forschung** nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Ausrichtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.

2045 Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im **Pakt für Forschung und Innovation** verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die **Exzellenzinitiative** deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische
2050 Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.

2055 Das Prinzip der „**Guten Arbeit**“ muss auch in **Wissenschaft und Forschung** gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** Mindeststandards für Befristungen
2060 schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

Um den zahlreichen **Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern**, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, **verlässliche Karriereperspektiven** zu bieten, brauchen wir zusätzliche
2065 Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den **Frauenanteil im Wissenschaftssystem** durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.
2070

2075 Transparenz und Partizipation bei der Festlegung von Forschungszielen und deren finanzieller Ausstattung wird von der Zivilgesellschaft zu Recht eingefordert. Wir richten daher beim Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Wissenschaftsforum ein, in dem der Zivilgesellschaft eine signifikante Partizipation, insbesondere bei der Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen (z.B. Klimawandel, Energiewende, Ernährungssicherheit, Urbanisierung, Armutsbekämpfung), in öffentlich geförderten Projekten sichergestellt wird. Das Wissenschaftsforum unterhält zudem einen eigenen Wissenschaftsfonds, durch den
2080 partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung zusätzlich unterstützt werden können.

Niemand darf zurückbleiben.

2085 Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen

2090 Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die **direkten Grundbildungsangebote** ausbauen.

2095 Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.

2100 Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung, abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich Qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.

2105 Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

2115 Deshalb ist es erforderlich die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

2120 **III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen.**

2125 **Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten und Gewalt gegen Frauen sagen wir den Kampf an.** Politik muss das Rüstzeug bereit stellen für unterschiedliche **Lebensmodelle**. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann.

2130 Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Widerspruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Menschen verletzt werden, und einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede

Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integration findet aus der Mitte der Gesellschaft statt.

Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen - das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen ein.

Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von **Partnerschaft und Familie**. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschieden, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in einer, oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unverbunden repariert sondern sich am Lebensverlauf orientiert.

Das gilt auch für das Einkommenssteuerrecht. Das **Ehegattensplitting** begünstigt die Einverdiener Ehe und die Steuerklassenkombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuverdienerinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Splittingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und andererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frauen lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt wird. Wir wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.

In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschafttarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.

Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das

Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen.

2190 Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.

2195 Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagskraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.

2200 Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine **40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände** börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann.

2205 Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.

2210 Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.

Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

2220 Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, **den Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen** und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.

2225 Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.

2230 Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

2235 Wir werden im Teilzeit- und Befristungsgesetz für Eltern und pflegende Angehörige den

2240 Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.

2245 Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von **Job-Sharing** sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den **Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung** konkretisieren und stärken.

2250 Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von **Lebensarbeitszeitkonten** und **Arbeitszeitkonten**, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr **Mitbestimmung** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.

2255 Wir brauchen eine **neue Arbeitskultur**. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. **Aber:** Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.

2260

III.3 Familien gehen vor.

2265 Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe

2270 bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.

2275 Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.

2275

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“

2280 Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten.

2285 Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen

würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas investieren.

2290 Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und –betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagschulen entstehen.

2295 **Wir wollen gute frühkindliche Bildung.**

2300 **Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien.** Familienzentren bieten wichtige Angebote der Elternbildung und -beratung. Wir wollen sie weiter fördern. Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/innen unterstützen.

2305 Auch die Kindertagespflege muss konsequent in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Betreuung eingebunden werden, um Eltern bei Bedarf eine Alternative zu Krippe oder Kita zu bieten und den Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auch im ländlichen Raum zu realisieren. Bislang bleibt jedoch ihr Ausbau deutlich hinter den gesetzten Zielen zurück. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Ländern bessere Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Kindertagespflege schaffen. Dazu gehört unter anderem eine aktivere Steuerungsrolle der Jugendämter in der Kindertagespflege, eine stärkere Vernetzung von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen sowie die bessere und überregional vergleichbar geregelte Qualifizierung, Fortbildung und Bezahlung von Tagespflegepersonen.

2315 **Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.**

2320 Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig **Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern** und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat **erhöhtes Kindergeld** erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohem Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen.

2335 Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.

2340

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.

2345 Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.

Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

2350

Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

2355

Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren.

2360 Das erfolgreiche Elterngeld werden wir so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.

2365 Wir werden auch Alleinerziehenden **mit** gemeinsamer Sorge den Bezug von maximal 14 Monaten Elterngeld ermöglichen, wenn vom anderen Elternteil kein Elterngeld beansprucht wird. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder anrechnungsfrei stellen.

2370 Aufgrund des demografischen Wandels sind immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es
2375 dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die 10-tägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir
2380 aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

III.4 Jugendpolitik.

2385

Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten,

Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – wie auch Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.

Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.

Besonders bei den **Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium** und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt.

Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine **verlässliche soziale Sicherung**. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutsrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.

Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen **verlässliche Strukturen und gute Angebote**. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbricht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.

Für uns ist dabei klar: Orte der **Jugendarbeit** gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die

Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.

2440

Wir wollen eine **Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen** unter Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und

2445

Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.

Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik ausmacht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen

2450

Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partner/innen anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der **Jugendverbandsarbeit**. Jugendverbände sind

2455

breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.

Gerade das freiwillige Engagement junger Menschen ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Bei dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sehen wir erheblichen

2460

2465

Nachbesserungsbedarf. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr

2470

Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Deshalb werden wir gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem

2475

hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.

Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der **Rechte von Kindern und Jugendlichen** zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die **Kinderrechte im Grundgesetz verankern**.

Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll frei von jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt stattfinden. Um sexualisierter Gewalt entschieden entgegen zu treten und diese zum Schutz der Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig vorzubeugen, fördern wir verstärkt Präventionskonzepte und -maßnahmen. Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Wir wollen die strafrechtliche Verfolgbarkeit von Kindesmissbrauch durch

2485

Verlängerung der strafrechtlichen Ruhens- und Verjährungsfristen ausweiten. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden.

III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik.

- 2490 Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches
Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den
Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen
gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip
2495 müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.
- Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu
Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung
weiterentwickeln.
- 2500 Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können
Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber
auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in
2505 der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum
Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein,
Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft
bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres
Glaubens.
- 2510 Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche
Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft.
Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer
rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft,
Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben
2515 gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften.
Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration
nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen
erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm
„**Soziale Stadt**“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben
2520 verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette
Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung
von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der
Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt
wieder stärken.
- 2525 Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen.
Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den
Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun
und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine **Modernisierung des**
2530 **Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts**. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft
von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht,
das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und
Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein weltoffenes Land
unterstreicht.
- 2535 Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und
bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit

erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet.

Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das **kommunale Wahlrecht** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.

Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legimitation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen. Mit weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Zudem wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Die SPD steht für eine **menschenwürdige Flüchtlingspolitik**. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel oder Gewalt geworden sind.

Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden, Wir wollen die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken, die aber auch durchgesetzt werden muss.

Das sogenannte Flughafenverfahren hat heute angesichts sehr geringer Fallzahlen nur noch eine geringe Bedeutung. Deshalb wollen wir das Verfahren, das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldete künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir

werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.

Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich aktuell mit Armutszuwanderung aus Südosteuropa konfrontiert. Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen in denen sie leben zu entkommen. Nur wenige der von außerhalb der EU Kommenden haben dabei Aussicht, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Die armutsbedingte EU-Binnenwanderung stellt besonders die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Die betroffenen Kommunen brauchen schnell die Unterstützung des Bundes.

Die SPD wird für die besonders von Armutszuwanderung betroffenen Städten ein Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung stellen. Das Programm soll sich sowohl an die Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Kinder richten als auch an die ortsansässige Bevölkerung, um eine gemeinsame Entwicklung der Stadtteile und Quartiere zu ermöglichen, das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten und die Bildungs- und Integrationsangebote der Städte zu finanzieren

Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten. Die Mitgliedstaaten der EU müssen den Schutz ihrer Minderheiten in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht gewährleisten.

III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik.

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zu aller erst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die **Künstlerinnen und Künstler** im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in

den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und –honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist **Teilhabe** ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecke nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische **Verantwortung des Staates** sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der **öffentlichen Kulturfinanzierung** unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- **Denkmalschutz und Denkmalpflege** zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze, setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.
- Das **Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen** darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den **Filmstandort Deutschland** international wettbewerbsfähig zu erhalten und **Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche** zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.
- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln,

Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der **Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik**. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine **gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik** zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.

2695
2695 **Netzpolitik** ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zu allererst der **Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht** wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der
2700 Persönlichkeitsrechte. Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Im Internet und bei sozialen Netzwerken sind wir für einen rechtlichen Ordnungsrahmen, der die Verbraucher schützt, die Meinungsvielfalt gewährleistet und für einen fairen Wettbewerb sorgt. Dafür setzen
2705 wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine **Universaldienstverpflichtung** gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche
2710 private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch **Open-Data-**
2715 **Projekte**, soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.

2720 Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine **Modernisierung des Urheberrechts** ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die
2725 Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen
2730 Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen
2735 Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.
- 2740
- Das von Schwarz-Gelb beschlossenen Leistungsschutzrecht lehnen wir ab. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir wollen unter Einbeziehung aller Akteure einen Vorschlag entwickeln, der die Möglichkeiten der Presseverleger zur Rechtsdurchsetzung im Hinblick auf ihre bereits bestehenden Urheberrechte stärkt, dabei die Interessen der Urheber (hier insbesondere Journalistinnen und Journalisten) vollständig wahrt, den Grundsatz der Informationsfreiheit gewährleistet und die Auffindbarkeit von Informationen gewährleistet.
- 2745
- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.
- 2750
- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaltefilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90% aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Kooperation mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren.
- 2755
- 2760
- Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung über Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.
- 2765
- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.
- 2770
- 2775
- Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.
- 2780

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der

2785

2790 Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

2795 **Unabhängige und vielfältige Medien** sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fortentwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen.

2805 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte** im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern.

2810 Eine **freie Presse und unabhängiger Journalismus** gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die ökonomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außerdem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren.

2820 **Medienkompetenz** – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzimmers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.

2835 **IV. Für eine gerechte Steuerpolitik**

Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen

2840 **handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches
Gemeinwesen zu erfüllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass
Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle
verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese
Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives
Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der
Sozialen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht
in der Pflicht einer soliden Finanzierung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige
2845 Generationen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten
werden.**

2850 Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und
Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und
finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen:
An erster Stelle steht der Schuldenabbau und Investitionen in Bildung. Es folgt die Stärkung der
sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die
Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung
sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.

2855 Die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat sich nicht selten als teurerer Irrweg
erwiesen. Wir widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den
öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen.
Privatisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt
2860 werden. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit
einem modernen Berufsbeamtentum.

2865 Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher
in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Dabei setzen wir auf
den gelebten Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen.

2870 Die Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet bleibt ein zentrales
politisches Anliegen. Die Sicherung von stabilen Flächentarifverträgen und die Begrenzung des
Auseinanderdriftens der Einkommen, auch im öffentlichen Dienst, sind Ausdruck
bundesstaatlicher Solidarität.

2875 Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame
Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die
Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Ländern eine gemeinsame Kreditaufnahme
(„Huckepackverfahren“) möglich ist.

2880 **Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik.** Das Steuersystem folgt allerdings einem
Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet.
Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. In Ehen
und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir
für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif
für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die
gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre
Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern.
2885 Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur
Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz

besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln.

Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der **Einkommens- und Vermögensverteilung** geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Das Einnahmenvolumen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“
Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer **fairen Lastenverteilung** und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den **Spitzensteuersatz** von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die Vermögensteuer auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Wir wollen eine **Vermögensteuer**, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.

Auch bei der **Besteuerung von Erbschaften** steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten weniger reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der

Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.

2940

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die **Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen**. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt, als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

2945

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen.

2950

Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.

2955

Schließlich werden wir die **steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen**, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.

2960

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir **zurücknehmen**.

2965

Wir wollen steuerliche **Subventionen** – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungskonzept **streichen**. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin.

2970

Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die **Einführung eines Mindestlohns** von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekte“ von über 7 Milliarden Euro führen.

2975

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„**Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.**“

2980

Unser Land braucht starke **Städte, Gemeinden und Kreise**. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander

2985

oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. Die Lebensverhältnisse der Städte gehen weiter auseinander. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. Deswegen wollen wir eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen herstellen.

Wir streben deshalb einen **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer**.

Wichtig bleibt ferner eine **Entlastung von steigenden Sozialausgaben**. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.

Auch künftig steht den Kommunen **bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung** zu. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.

In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden. Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchgesetzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Entwicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. Der Interessenausgleich darf sich nicht mehr nach Ost oder West orientieren, sondern muss die Strukturprobleme aller Kommunen und Regionen berücksichtigen. Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und –dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Finanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigert sich der Kooperation mit den

Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich **steigernde Strafbewehrung**, die mit **Strafzahlungen** beginnt und über die Möglichkeiten der **Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverböten** bis zur **Einschränkung der Banklizenz** und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesverwaltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter Handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die **Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften** in Fragen des Steuerbetrugs **stärken**.

Wir streben einen **gleichmäßigen Steuervollzug** an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung zusammen mit den Bundesländern **bundesweite Standards** festlegen.

Die **Verjährungsfristen für Steuerbetrug** werden wir **anpassen**. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Wir wollen **Steueroasen** mindestens europaweit **trocken legen**. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die **Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer** auf nationaler wie auf europäischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und **koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Gerade auch Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

Auf **europäischer Ebene** setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrument, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.

Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedstaaten **einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern** entwickelt werden.

V. Soziale Sicherheit und Vorsorge

3090 **Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt. Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und**
3095 **Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.**

3100 Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus **eine gute Kranken- und Pflegeversicherung** haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein
3105 transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.

3110 Wir werden die **Armut- und Reichtumsberichterstattung** so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.
3115

V.1 Gesundheit und Pflege.

3120 **Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren.** Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen insgesamt zu
3125 Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

3130 **Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:**

„Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“

3135 Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der

3140 Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.

3145 **Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.**

Die **Bürgerversicherung** wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragende Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Wir wollen es stärken. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.

3155 Wir wollen die Solidarität in der Bürgerversicherung zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die **tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden**. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die **Zwei-Klassen-Versorgung** beenden.

3165 Mit der Bürgerversicherung werden wir ein **einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung** für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt. Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.

3170 Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das schaffen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.

3175 **Prävention und Gesundheitsförderung.**

Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, darf nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung, zu Schwerpunkten unserer Politik machen.

3180 Umfassende **Prävention** ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine sind dabei sehr hilfreich. Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden.

Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer und Gesundheitsberufe einen höheren Stellenwert bekommen.

3190 Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz in der nächsten Wahlperiode eine wirksame **Präventionsstrategie** umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen
3195 Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.

Wir brauchen endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabilitation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen müssen beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit
3200 brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen von den Pflegekassen erstattet werden.

Nach wie vor ist Tabakkonsum das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Im Sinne einer vorsorgenden Gesundheitspolitik wollen wir verstärkte Anstrengungen bei der
3205 Tabakprävention und beim Schutz aller vor den Gefahren des Passivrauchens unternehmen.

Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.

Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes
3210 Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die **Versorgungsstrukturen** so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Älterwerden der Gesellschaft ausgerichtet
3215 werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.

3220 Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in **strukturschwachen Regionen** besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung mit einer
3225 eigenständigen zweckgebundenen Finanzierung neu anstoßen und verstetigen. Damit wollen wir eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, dem ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischen, rehabilitativen und medizinischem Bereich gewährleisten. So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spezialisierten medizinischen
3230 Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin Konzepten verknüpfen.

Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende
3235 Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn jede Situation vor Ort

erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem **Programm gesunde Stadt** beziehungsweise **gesunde Region** diese Entwicklung fördern.

3240

In Deutschland nimmt die Zahl psychisch bedingter Erkrankungen zu. Psychische Erkrankungen müssen ebenso wie jede andere Erkrankung gut und schnell behandelt werden.

3245

Wir wollen gemäß dem Gedanken "ambulant vor stationär" den Anteil teilstationärer und ambulanter Hilfen sowohl in der Akutbehandlung als auch in der Rehabilitation ausbauen. Ambulante und stationäre Hilfen müssen enger verknüpft werden. Patientinnen und Patienten sollten Hilfe aus einer Hand erhalten. Die psychiatrischen Institutsambulanzen, Modelle Integrierter Versorgung und gemeindepsychiatrische Verbände wollen wir stärken.

3250

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.

Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung steigern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucherschutz stärken.

3255

Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den **Verbraucherschutz im Gesundheitssystem** insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimorbide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb
3260 Versorgungsstrukturen so umbauen und Versorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht werden. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakologischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität der Patientinnen und Patienten als auch für wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der
3265 sozialen Verantwortung kann die Versicherungsgemeinschaft aber nur das tragen, was für die Gesundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzengedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnostischen und therapeutischen
3270 Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.

3275

Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGeL“-Leistungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Gesundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.

3280

Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbesondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruption im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen.

3285

Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien anwenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb

werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.

3290 Wir werden die Integrierte Versorgung für multimorbide und **chronisch kranke Menschen** zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.

3295
3300 Transparenz über die Qualität von Behandlungsangeboten, unabhängige Beratung und die Förderung der Selbsthilfe sind für Versicherte und die Patientinnen und Patienten wichtig, um selbstbestimmt Entscheidungen mit zu treffen. Wir wollen die unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten, wie die Unabhängige Patientenberatung (UPD), und die Selbsthilfe im Gesundheitssystem stärken und eine verlässliche Finanzierung dafür schaffen. Deshalb werden wir mit den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel der Einrichtung einer Unabhängigen Deutschen Patientenorganisation in Dialog treten.

Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.

3305 Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägervielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird.

3310 In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre
3315 Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.

3320 Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und –finanzierung eine stärkere Rolle spielen.

3325 10 Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.

Gute und menschenwürdige Pflege.

3330 **Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar**
3335

sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.

3340 Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer **Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege**: Es geht darum, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozialversicherungsträger
3345 stärken.

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern
3350 unabhängig von der sozialen Situation entwickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln.

Wir müssen das **Wohnumfeld alters- und altersgerecht gestalten** und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der
3355 Menschen im Vordergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Veränderungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist für uns mehr, als die Leistungen der Pflegeversicherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brauchen wir eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen
3360 neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushaltsnahe Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im Notfall.

Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort
3365 aufzubauen. Besonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versorgungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungserbringer der Pflege besser zusammenarbeiten können.

Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung enger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken
3370 und mit der Teilhabe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten ist eine Voraussetzung dafür.

Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein **neuer
3375 Pflegebedürftigkeitsbegriff** Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzieren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege besser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu
3380 unterstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der
3385 Pflegeberatung, sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die

bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.

Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.

3390

Wir wollen **gute Arbeit in Gesundheit und Pflege**. Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.

3395

3400

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden.

3405

3410

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.

V.2 Gute Arbeit, gute Rente.

3415

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.

3420

3425

Wir brauchen **bessere Übergänge**. In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.

3430

Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

3435

- der abschlagsfreie Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren,
- eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible

Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können,

- der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit,
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung.

Wir wollen nicht, dass sich die **Anhebung des Renteneintrittsalters** wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und weitere Rentenansprüche erwerben können. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.

Wir wollen **die Alterssicherung stärken**. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.

Wir werden **das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten**.

2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität, die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.

Vor allem die **betriebliche Altersversorgung** hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.

Bei der **Riester-Rente** werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

Wir wollen eine **Solidarrente einführen**: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 € liegt.

Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 € durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnsektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der

Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.

3490 Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und so gezielt Rentenansprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.

3495 Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.

3500 Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

3505 Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem **einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020** einleiten.

3510 Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen.

3515 Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.

3520 Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.

3525 Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.

3530 Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen.

3535 **Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr - so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen,**

sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.

3540 **Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplan im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt inklusiv und gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.**

3545 **Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.**
3550

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.
3555

Teile eines **inklusive Sozialraums** in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten. und nicht zuletzt die selbstbestimmte **Wahl des Wohnorts** und der Wohnform.
3560

Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden, und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben.
3565

3570 Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine **gemeinsame Koordinierung** und neue rechtlich-organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.

3575 Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneinschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeeinrichtungen - unabhängig von Art und Ausprägung einer
3585

Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.

3590 Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfsermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

3595 Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.

3600 Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.

3605

Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die **wohnortnah in der Kommune** zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten **Teilhabeplan** arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.

3610

VI. Gute Nachbarschaft

3615

VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen.

3620 Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn **in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben**. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

3625 Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der **Städtebauförderung** fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern. Wir wollen die
3630 Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.

Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.

3635 **Heimat ist vor der Haustüre.**

Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.

3640

Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel oder die Gemeinde verstehen, in dem man zum Beispiel groß und alt werden möchte.

3645

Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wieder. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmann der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“- Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. **So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.**

3650

3655

Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die **kommunale Finanzkraft stärken**. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.

3660

Kurzfristig streben wir einen **Investitionspakt von Bund und Ländern** an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem „**Eigenanteilfonds**“ dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten.

3665

Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.

3670

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“

3675

Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

3680

3685

VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Vor allem die großen Städte wachsen.

3690

Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Stadt zum Motor des Wachstums und des Fortschritts.

3695

Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Verlaufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: Städte haben einen Arbeitsmarkt und Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.

3700

Städte ermöglichen es, bekannte Lebensentwürfe zu verlassen und neue auszuprobieren. Gerade in den Städten können immer wieder Chancen für diejenigen ermöglicht werden, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.

3705

Neben den starken Wirtschaftszentren gibt es aber auch eine Vielzahl von Kommunen, deren Bevölkerungszahlen rückläufig und die besonders von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. Hier verändert sich der Infrastrukturbedarf in besonderer Weise, indem beispielsweise die Nachfrage nach Schulen und Kindergärten ab- und die Nachfrage nach altengerechten Einrichtungen und Angeboten gleichzeitig zunehmen.

3710

Um uns den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu nutzen, müssen wir uns an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Deshalb müssen wir verstärkt in Quartieren denken und handeln. Denn hier finden die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch statt. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen finden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen finden.

3715

3720

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.

3725

3730

VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen.

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn

3735

Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.

3740

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für altersgerechte Wohnungen“

3745

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

3750

Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir

3755

- das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration, sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen.

3760

- die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen haben die Vermieter nach geltendem Recht weitgehend freie Hand, die Miete zu vereinbaren. Die Folge sind häufig deutliche Mietsteigerungen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.

3765

- Wir werden für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.

3770

- den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen, alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.

3775

- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.

3780

- die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.

3785

- bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.
- den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in

der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

3790

VI.4 Ländliche Räume

3795

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur, und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur, sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

3800

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungssuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb in einer Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

3805

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

3810

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

3815

Beim Verkauf von Flächen des Bundes setzen wir uns für eine Stärkung der Länder ein.

3820

Schnelle Internetzugänge sind für die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen** von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können damit hochwertige Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.

3825

3830

Die Ernährungs- und Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.

3835

Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die

Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen.

3840 Das bestehende System der **EU-Agrarförderung** muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient, wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.

3845 Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von
3850 uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass die sogenannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des
3855 ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen
3860 können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die **Wertschöpfung** im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen. Für die
3865 erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen wollen wir verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei sehen wir einen besonderen Förderungsbedarf für beschäftigungsintensive Formen der Landwirtschaft. Zustände wie in
3870 einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschaft-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer
3875 Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe
3880 geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür muss die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und
3885 insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach

und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

- 3890 Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative
3895 Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhaftes Verfahren beinhalten.

- Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine nachhaltige
3900 **Biomasseproduktion**, mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesondere Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzziele der nationalen **Biodiversitätsstrategie** und führt zu einem verstärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer integrierten Biomassestrategie wollen wir die
3905 Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländlichen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern.

- 3910 Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst werden wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden gebremst werden muss. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen.

3915

VII. Umwelt- und Verbraucherschutz.

VII.1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik.

3920

Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzungen für **Lebensqualität**, auf die alle Menschen einen Anspruch haben.
3925 Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

- Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngebieten leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffwirkungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziel unserer Umweltpolitik ist darum insbesondere die Reduzierung von
3930 (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Aktionsprogramm **Lärmschutz** mit dem Ziel umsetzen: Die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutschland bis 2020 zu halbieren.

- 3935 Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der

Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine **Entkoppelung** von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine ökologische Industriepolitik mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentralen Akteur, der Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllt.

3945

Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können.

Wir werden den **Klimawandel** bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95% unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unbedingte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren, wie Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, beinhalten. Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes werden zudem feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 festgelegt.

Deutschland hat noch immer einen besonders hohen **Flächenverbrauch**, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsiegelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen und zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.

Um **Wälder und Forste** für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern und die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ablösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass 10% der Waldflächen der öffentlichen Hand und 5% der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.

Die **Biologische Vielfalt** ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir sehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden kann. Hierfür ist das Bundesprogramm Biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung, daher werden wir administrative Hemmnisse beseitigen. Wir wollen, auch zur Erreichung des 2%-Wildnis-Ziels

der Nationalen Biodiversitätsstrategie, das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen.

- 3990 Wir werden die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen auch aus Gründen des Hochwasserschutzes mehr Raum zu geben mit dem Ziel, bei der Umsetzung des bundesweiten Biotopverbundes stärker mit den Ländern zusammen zu arbeiten. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.

- 4000 Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. **Umweltbildung** kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.

VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken.

- 4005 Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der **Alltag** ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

- 4010 Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „Gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

- 4020 Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte **aktiv** mitgestalten und hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernstgenommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

- 4030 Die **digitale Welt** verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten. Ebenso müssen sie geschützt werden vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit

ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken. Diesem Ziel wollen wir auch durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen Rechnung tragen. Um bestehende Interessenskonflikte aufzuheben, werden wir die Zuständigkeit für den Bereich Verbraucherpolitik in den Bundesministerien ändern.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen** können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält und Rechtsdurchsetzung ersetzen. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.

Wir wollen die **Beratung und Information** in Bund und Ländern weiter ausbauen, besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete **Verbraucherinformationsgesetz verbessern**: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.

Wir werden die **Verbraucherforschung ausbauen** und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.

Wichtig ist auch die **Verbraucherbildung**. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. Werbung und Sponsoring durch Lebensmittelkonzerne in Kindergärten und Schulen werden wir verbieten.

Wir werden die **Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln**, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem

preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein **Recht auf ein Girokonto** bei der von ihm gewählten Bank hat.

4090 Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedrohung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.

4095 Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.

4100 Dazu werden wir erstens die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik beauftragen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“

4105 nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der **Etablierung von „Marktwächtern“** in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen

4110 den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Die Ergebnisse der amtlichen **Lebensmittelüberwachung** müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem **Hinweisgeberschutzgesetz** wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen

4115 Nachteilen bedroht zu sein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in der Lebensmittel- und Nahrungsmittelbranche ist überfällig. Um Verbraucherrechte effektiv durchzusetzen, wollen wir Unrechtsgewinne einziehen.

4125 Wir lehnen - wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung - den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem

4130 Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik.

VIII. Demokratie leben

4135

VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip.

Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation. Dazu gehört auch der Zugang für alle zu qualitativ
4140 hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Voraussetzungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft.

Wir wollen unsere **Demokratie stärken**, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger
4145 gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Dazu setzen wir auf **mehr Offenheit und Transparenz** politischer Entscheidungen und der
4150 politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformieren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren **Nebentätigkeiten** vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. Für **Parteispenden** sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufzuführen.

4155 Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein verpflichtendes **Lobbyregister** auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikorruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der **Abgeordnetenbestechung** blockieren.
4160 Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von externen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. Wir wollen deshalb eine „**legislative Fußspur**“ einführen aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Über Umfang und Art der Tätigkeit von externen Beschäftigten
4165 in der Bundesverwaltung soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen.

Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der
Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche
4170 Tätigkeit aufnehmen wollen, brauchen wir einen **Verhaltenskodex**, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet.

Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung. Dazu
4175 werden wir auf auch Bundesebene **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** einführen. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.

4180 Die **digitale und technische Innovation** eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz
4185 auch Kontrolle.

Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene **Bereitschaft an aktiver Beteiligung**. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.

Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um **neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen** ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerbe („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, muss Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen öffentliches Interesse besteht.

Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, **nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern**. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.

VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken.

Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.

Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

In den **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.

Wir würdigen das Engagement von **Wohlfahrtsverbänden**. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort **Freiwilligenagenturen, Engagementzentren** oder –börsen, Seniorenbüros und

- 4240 Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die **Kommunen** bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen **Mehrgenerationenhäuser** werden wir durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die Gesetze angepasst werden.
- 4245 **Sport** ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben.
- 4250 Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage.
- 4255 Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement,
- 4260 Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum **gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen** schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisationen und für Seniorengenossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrant*innenorganisationen.
- 4265

VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit.

- 4270 **Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.**
- 4275 Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte **Polizistinnen und Polizisten**, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.
- 4280
- Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch:
- 4285 Die **Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen**. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass

Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den **Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe** erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. 4290 in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden, geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.

4295 Wir wollen eine **Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität**: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, wie auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Darüber hinaus werden wir ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz 4300 von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.

Die sogenannte **Cyberkriminalität**, also die Kriminalität im und aus dem Internet steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern 4305 nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.

Wir wollen, dass unsere **Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen** bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls 4310 an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Teil gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. 4315 Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.

Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. 4320 Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen 4325 wird es mit uns nicht geben.

Wir treten auch in der EU für einen effektiven **Datenschutz** ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz, sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt 4330 entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen.

4335 Wir kämpfen entschlossen gegen **Gewalt gegen Frauen**. Dazu werden wir einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden

- 4340 wir ein Konzept entwickeln, mit dem durch institutionelle Förderung die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen sichergestellt wird. Wir werden Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder rechtlich gewährleisten. Wir werden das Ineinandergreifen von Gewaltschutzgesetz und Umgangsrecht verbessern. Die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in deutsches Recht umgesetzt werden.
- 4345 Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeug/innen- und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir es künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen und hierfür auch die Möglichkeit eines eigenen Straftatbestandes prüfen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung
- 4350 in den Katalog der Auslandstaten im Strafgesetzbuch aufnehmen.

Rechtsextremismus bekämpfen.

- 4355 Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe "NSU" begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.
- 4360 Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.
- 4365 Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wieder herstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose **Aufklärung** der Vorgänge, durch **institutionelle Reformen** und dadurch, dass wir jede Form von **Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen**. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.
- 4370 Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von
- 4375 Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.
- 4380 Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird.
- 4385 Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf

gegen Rechtsextremismus, wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die **Zivilgesellschaft stärken**. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.

Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine **unabhängige Monitoringstelle** einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.

4410 **Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stärken**

Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den **Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe** vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.

4420

IX. Für ein besseres Europa

Die **europäische Idee** fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, das sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden herrscht, soziale Gerechtigkeit und der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört.

Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig verteuert. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit war, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa bei den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.

Wir wissen: Scheitert Europa, dann scheidet auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Markttraktualismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.

Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen: Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.

Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, um diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese

Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europaparlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU Ebene gebracht. Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlamentes dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.

Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, wo die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll bewährt hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.

Eine sich vertiefenden EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine **gemeinsame Wirtschaftsregierung**. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen versuchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen.

Nachdem durch den Fiskalpakt und anderen europäischen Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein.

Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten vorzubereiten. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung beitragen.

Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. **Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion.** Die Sozialunion muss ihr

Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den **Sozialen Stabilitätspakt einrichten**. Um Sozialdumping zu verhindern müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugutekommen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. **Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene - sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.

Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein starkes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nachbarn und in der Welt.

In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemeinschaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen vor einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmischt. Dort wo Aufgaben besser national, regional oder lokal gelöst werden

können, muss das Prinzip der Subsidiarität gelten. **Subsidiarität** heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist.

4590 Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwendig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinausgehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichberechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungsmöglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen
4595 Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament und eine neue Kommission können dann die Weichen für die konkreten Reformen stellen.

Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial gerechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Veränderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der Konservativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigieren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Europawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren
4600 politischen Kurs zu bringen. Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf angewiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, in dem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter macht.

4610

X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige

4615 **Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Ausgang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird.**

4620 Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische
4625 Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch
4630 Ressourcenmangel, versagender Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.

4635

Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der

Zeit nur noch gemeinsam lösen können. Den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegen wirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.

4645 **Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht.** Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik - dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.

4655 Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und im transatlantischen Bündnis.

4665 Dringend erforderlich ist wieder eine klare Orientierung und der Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln. Der Zivile Friedensdienst hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden.

4675 **Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas.** Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wieder herstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.

4685 Die **Außen- und Sicherheitspolitik der EU** muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als

EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention und gerechte Entwicklung. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsamen Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.

Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. **Die Erweiterungspolitik der EU** hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitrittswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.

4715 Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.

Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.

Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus

wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des **Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung** aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren **Zusagen** stehen – gerade auch mit Blick auf die **zivile Hilfe**.

Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im **Nahost-Friedensprozesses** drängen. Zentrales Ziel unser Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.

Der Konflikt in **Syrien** birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.

Die **arabischen Staaten im Umbruch** wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig.

Die **Bundeswehr** ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbelebt wird. Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hierdurch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig wollen wir den Aufbau einer

gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Verankerung der Bundeswehr in unsere demokratische und plurale Gesellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt, ein. Eine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab. Wir fordern, dass vorher alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantwortet werden.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außenpolitik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Auslandsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern.

Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Bundesstadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertragliche Regelung vorbereitet.

Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt Europa vor neue Herausforderungen, aber eröffnet auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.

Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neuem Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strategien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortgesetzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren Transparenz zugrunde gelegt werden.

Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen beziehungsweise weiterentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dynamik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.

Wir setzen gegenüber **Russland** auf eine Politik, die wirtschaftliche Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer umfassenden **Modernisierungspartnerschaft** verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.

4840

Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in **Asien** und der **pazifischen Region** als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.

4845

Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.

4850

Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.

Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.

4855

4860

4865

Wir stehen für eine **Stärkung des Systems der Vereinten Nationen**. Wir möchten die Vereinten Nationen, mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen. Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren.

4870

Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden. Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. Die EU-Handelsabkommen müssen an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

4875

4880

4885

4890 Internationale Politik muss sich dringend mit den **Herausforderungen der Ressourcensicherheit und des Klimaschutzes** befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik wollen wir Allianzen derer schaffen, die voran gehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.

4895 **Menschenrechte umfassend schützen und international durchsetzen.**

Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland, wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaatlich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach 4900 Außen friedensfähig, sozial gerecht und damit nachhaltig.

4905 Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame Instrumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind insbesondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen.

4910 Überall auf der Welt, werden, wenn auch unterschiedlich, Menschenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systematische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Verletzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen.

4915 Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Auch das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wichtigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderheiten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und sozialer und wirtschaftlichen 4920 Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden. Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

4925 Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.

Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Strukturpolitik.

4930 **Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.**

4935 Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir

4940 stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

4945 Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

4950 Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO
4955 sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

4960 Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

4965 Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

4970 Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns aktiv beteiligen bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und
4975 Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.
4980

4985 Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung

der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

4990

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.

4995

5000 Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.

5005

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

5010

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

5015

5020 Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegen zu wirken und um einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voran bringen. Die deutschen Finanzzusagen für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen.

5025

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.

5030

XI. Deutschland besser regieren!

5035 Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wollen regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land. Wir

wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands machen.

Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genauso viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen klaren Kompass haben.

Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Programm ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert.

Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Europa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und Wirklichkeit wieder in Einklang bringt.

Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“.

Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland!

Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf.

Darum SPD. Darum Peer Steinbrück.

5070

5075

Antragsbereich Initiativanträge/Antrag 3 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Märkte brauchen Regeln

Seite 16, Zeile 24

"Wir werden einen Beauftragten für Nachhaltigkeit einsetzen."

II. Finanzmärkte bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen

Antragsbereich II.A/Antrag 8 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Bezirk Hessen-Süd

Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, das Kartellgesetz einer neuen Überprüfung zu unterziehen. Im Sinne der Schaffung von Transparenz muss ein Gesetz verabschiedet werden, welches Öl- und Gaskonzerne dazu verpflichtet, zu veröffentlichen wie sich die Preise zusammensetzen.

5

Sollte diese Preiszusammensetzung unnachvollziehbar oder unverhältnismäßig sein, müssen Sanktionen gegen ein solches Vorgehen beschlossen werden.

Antragsbereich II.A/Antrag 12 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Bezirk Hessen-Süd

Keine Vermittlungsprovision für Zeitarbeitsfirmen

Der SPD fordert die SPD Bundesabgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Vermittlungsprovision von Zeitarbeitsfirmen nicht mehr erhoben werden darf und zusätzlich verweisen wir auf unsere Beschlüsse zur Zeitarbeit.

Antragsbereich II.A/Antrag 20 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Bezirk Hessen-Süd

Verbot des "unbezahlten Probearbeitens"

Wir fordern das gesetzliche Verbot des „unbezahlten Probearbeitens“. Dazu soll ein Verbot des unentgeltlichen Probearbeitens im Recht der Ordnungswidrigkeiten verankert werden. Dessen Einhaltung ist durch die Ordnungsbehörden zu kontrollieren, Verstöße sollen durch abschreckende Bußgelder geahndet werden.

5

Probearbeiten dürfen maximal einen Arbeitstag andauern. Für Probearbeiten gilt der im Unternehmen gezahlte Lohn, mindestens aber ein Mindestlohniveau von 8,50 €. Den ProbearbeitnehmerInnen ist für die Dauer der Probearbeit ein Versicherungsschutz von Seiten des Arbeitgebers zu gewähren.

10

Antragsbereich II.A/Antrag 22 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Bezirk Hessen-Süd

Gleiches Recht für alle!

Gleiches Recht für alle! Kontrolle arbeitsrechtlicher Grundsätze auch in ausländischen Unternehmen durchsetzen

Forderung: Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, darauf hin zu wirken, dass die zuständigen staatlichen Institutionen auf Bundesebene aufgetragen bekommen, mit mehr Kontrolle für die Umsetzung deutschen Arbeitsrechts auf deutschem Boden zu sorgen. Insbesondere Übertretungen der Arbeitszeit, Nichtgewährung von Urlaub, Zulassung von Mitbestimmung, Einhaltung des Anti-Diskriminierungsgesetz aber auch die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften sollten vor der Vergabe von Arbeitserlaubnissen an ausländische

10

Endsendete kritisch geprüft werden.

15 So, wie die Einhaltung des Steuerrechts durch regelmäßige Betriebsprüfungen kontrolliert wird, so sollte es auch um die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften bestellt sein. Möglicherweise müssen die Kompetenzen der staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfer diesbezüglich erweitert werden. Eine verpflichtende staatliche Aufklärung bei Betriebsgründungen durch die Arbeitsagentur wird ebenfalls vorgeschlagen.

Antragsbereich II.A/ Antrag 28 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

030 Kreis Pankow

(Landesverband Berlin)

Arbeitswelten 2.0 Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung

5 Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Sie zu stärken und damit die innerbetriebliche Demokratie und die Teilhabe der Belegschaften an firmenpolitischen Entscheidungen ihrer Betriebe muss Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentrales Anliegen sein. Leider kommt es immer wieder vor, dass sich Belegschaften nicht trauen Betriebs- bzw. Personalratswahlen durchzuführen – aus Angst vor einem Jobverlust, oder anderen Nachteilen im Betrieb.

Dabei ist der Wortlaut im BetrVG an sich eindeutig:

10 „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern [...] werden Betriebsräte gewählt.“ heißt es dort in § 1. Damit dies künftig häufiger in die Praxis umgesetzt wird, sind zwei Dinge notwendig:

15 • Unternehmen, die die Bildung von Wahlvorständen und Wahlen von Betriebsräten behindern, müssen mit schmerzhaften Sanktionen belegt und nachträglich zur Abhaltung von Wahlen gezwungen werden – auch ohne dass ArbeitnehmerInnen aus dem Betrieb Klage einreichen! Die Behinderungen dieser demokratischen Rechte ziehen den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen sowie hohe Strafzahlungen an Gewerkschaften nach sich!

20

Zusätzlich ist eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte im BetrVG, dem BPersVG und den entsprechenden LPersVG erforderlich. Insbesondere ist es erforderlich, dass

25 • die Betriebs- und Personalräte beim Thema Leiharbeit und Werkverträgen ein hartes, einklagbares Mitbestimmungsrecht, was die Anzahl der maximal im Betrieb zu beschäftigenden Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer sowie zu vergebenen Werkverträge betrifft, erhalten. Bisher können Arbeitgeber hier nach Gutdünken entscheiden und tun das leider auch immer öfter – zum Nachteil der Stammebelegschaften.

Antragsbereich II.A/Antrag 29 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)
Kreisverband Mannheim
(Landesverband Baden-Württemberg)

Reform des Gründungszuschusses zurücknehmen - Unternehmensgründungen als Weg aus der Arbeitslosigkeit wieder unterstützen!

1. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür zu sorgen, die Reform des Gründungszuschusses von 2011 zurückzunehmen.
2. Die Forderung nach der Rücknahme der Reform des Gründungszuschusses soll Teil des SPD-Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2013 werden.

Antragsbereich II.A/Antrag 32 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Bezirk Hessen-Süd

Keine Sanktionen im SGBII-Bereich bei den Kosten der Unterkunft

- Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sanktionen im SGB II Bereich sich ausschließlich auf die Grundsicherung beziehen sollen und nicht mehr, wie bisher bei einer einhundertprozentigen Sanktion, auch die Kosten der Unterkunft und Heizung einschließen. Dies soll gelten, wenn der zu hundert Prozent sanktionierte Leistungsempfänger eine Abtretungserklärung unterzeichnet hat und somit die Kosten der Unterkunft, Miete und Heizung, direkt an die betreffenden Empfänger durch den Träger der Grundsicherung gezahlt werden können.

Antragsbereich II.A/Antrag 33 (Überwiesen an SPD-Landtagsfraktionen bzw. überwiesen an ordentlichen Bundesparteitag)
Unterbezirk Köln
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Rücknahme der Instrumentenreform 2012

Der Beschluss soll in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 22.09. eingearbeitet werden.

Der Bundesparteitag möge beschließen

5

(Überwiesen an SPD-Landtagsfraktionen)

1. **Die Landesregierungen** bringen kurzfristig im Bundesrat einen Antrag ein, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird:
 - 1.1 Das Vergabeverfahren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) für Projekte im Übergang Schule – Beruf sowie für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit sog. „arbeitsmarktfernen“ oder langzeitarbeitslosen Menschen – vor allem im Bereich der Jugendlichen - so zu ändern, dass sich auch erfahrene und qualifizierte örtliche Träger, die ihre Mitarbeiter nach branchenüblichen Tarifen bezahlen, wettbewerbsfähig beteiligen können. Außerdem müssen die Beauftragungszeiten so verlängert werden, dass die Maßnahmen eine nachhaltige Wirkung erzielen und die Maßnahmenträger qualifiziertes Personal binden und ihre Infrastruktur (z.B. Werkstätten) besser planen können.
 - 1.2 Die Instrumentenreform 2012 und die damit verbundenen drastischen Kürzungen in den Eingliederungstiteln in diesen Bereichen sind zurückzunehmen. Die Finanzierung dieser

Maßnahmen erfolgt im Rahmen des jeweiligen Haushaltes der BA.

(Überwiesen an den ordentlichen Bundestag)

25

2. Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, diese Ziele auch über die Arbeit im Deutschen Bundestag weiter zu unterstützen.

Antragsbereich II.A/Antrag 35 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Unterbezirk Frankfurt

(Bezirk Hessen-Süd)

Für eine europäische Wirtschaftspolitik

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine europäische Wirtschaftspolitik einzusetzen, die wachstumsorientiert ist, Beschäftigung fördert, damit einen Beitrag für ein soziales Europa leistet und den Euro stabilisiert. Insbesondere ist zu berücksichtigen:

5

- Die Bewältigung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise kann nicht durch eine Sparpolitik gelingen, die die wirtschaftliche Entwicklung abwürgt, die Arbeitslosigkeit ansteigen lässt, der Jugend die Zukunftschancen raubt und die Menschen den politischen Institutionen entfremdet.
- 10 • Die Krisenbewältigung ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Sie muss von der Europäischen Union insgesamt angegangen werden und darf nicht in rein zwischenstaatlicher Form geschehen, wie das beim aktuell verabschiedeten Fiskalpakt geschehen ist.
- 15 • Wir brauchen eine europäische Solidarunion. Nur die Solidarität aller Eurostaaten kann die Stabilität des Euro garantieren. Gerade Deutschland ist durch seine Exportquote von einer guten Entwicklung der internationalen Märkte abhängig und profitiert davon. Kurzfristige Mehrbelastungen sind der Preis für eine nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung.
- 20 • Der gemeinsame Währungsraum muss durch gemeinsame politische Institutionen gestärkt werden. Ohne eine demokratisch legitimierte und starke Wirtschaftsregierung der EU wird die Anti-Krisenpolitik immer am Druck der Finanzmärkte ausgerichtet bleiben.
- 25 • Finanzgeschäfte müssen besser reguliert und Banken und Versicherungen mit einer Finanztransaktionssteuer an den Kosten der Krise beteiligt werden. Diese Steuer würde zudem hoch spekulative Geschäfte unattraktiver machen und Risiken eindämmen. Wir brauchen außerdem eine stärkere Finanzaufsicht, um die Macht der Rating-Agenturen zu beschränken. Banken brauchen mehr Eigenkapital, damit sie nicht wieder von Steuerzahlern gerettet werden müssen
- 30 • Erforderlich ist ein Europäisches Aufbauprogramm mit dem klaren Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft. Chancen bietet soziale und ökologische Transformation Europas mit dem Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in den Leitmärkten der Zukunft.
- Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss als gesamteuropäische Aufgabe begriffen und angegangen werden.
- 35 • Selbstverständlich müssen auch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung angepackt werden. Ebenso selbstverständlich gehören auch Reformen in den Krisenländern auf die Tagesordnung, wie z.B. in Griechenland ein gerechteres und funktionales Steuersystem, insbesondere die Besteuerung großer Vermögen, die Verhinderung von Kapitalflucht, eine wirksame Steueradministration.

- 40
- Konsolidierung ohne Investitionen sind ein einseitiger, falscher Weg.

Antragsbereich II.A/Antrag 40 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Arbeitsgemeinschaft Selbständige

Änderungsantrag zum Kap. II.4

Wir werden Freiberufler dabei unterstützen, dass existenzgefährdende Haftpflichtprämien, wie etwa für Hebammen, nicht die Berufsausübung verhindern. Dazu gehört auch Haftungsrisiken gerecht auf alle Beteiligten zu verteilen.

Antragsbereich II.A/Antrag 43 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Arbeitsgemeinschaft Selbständige

Änderungsantrag zum Kap. II.5

- Einfügen in den Unterpunkt „Energiewende“

- 5 Um kurzfristig eine möglichst große Menge der regenerativ erzeugten Energie aus Windkraft oder auch von großen PV-Parks voll nutzen zu können, sehen wir die Umwandlung in Gas (Power to Gas) und die Einspeisung in das bestehende Gasnetz als kurzfristige Lösung als sinnvoll an. Dies würde durch die flexible Nutzung (als Gas-Heizungen, Kfz, Wasserstoff-Brennstoffzelle, Verstromung...) den aktuellen Druck für den Leitungsnetzausbau vermindern.

Antragsbereich II.A/Antrag 44 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Landesverband Hessen

Änderungsantrag zum Kap. II.5

- 5 Die SPD sieht weite Teile der von Bundesumweltminister Altmaier (CDU) und Philipp Rösler (FDP) vorgelegten Reformen des EEG unter dem irreführenden Begriff der „Strompreisbremse“ als falschen Weg, um den Anstieg der Energiekosten zu begrenzen. Er gefährdet vielmehr den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen und somit auch die regionale Wertschöpfung.

- 10 Die SPD sieht insbesondere in den Vorschlägen der Förderkürzung für Windkraft im Binnenland („Onshore“) eine Gefahr für die preiswerteste und effizienteste Form der Erzeugung erneuerbarer Energien. Sollte die Pläne Realität werden, würde das auf dem Hessischen Energiegipfel von der SPD durchgesetzte Ziel, auf zwei Prozent der Fläche Hessens Energie durch Windkraft zu erzeugen, deutlich verfehlt. Die Mehrzahl der derzeit in Planung befindlichen Windkraftprojekte würde sich nicht mehr realisieren lassen. Onshore-Windkraft wäre nur noch auch rund 0,5 Prozent der Fläche wirtschaftlich möglich sein. Auch die rückwirkende Kürzungen, die einen massiven
- 15 Bruch des Vertrauensschutzes darstellen würden, lehnen wir ab. Dies gilt insbesondere auch für den Gülle-Bonus für Biogasanlagen. Vertrauensschutz für die Anlagenbetreiber ist nicht nur ein hohes Gut, sondern die zwingende Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Wer dies missachtet, handelt mittelstands- und kommunalfeindlich. Die SPD ist der Auffassung, dass das EEG – nicht nur unter Kosten- sondern auch unter Ertragsgesichtspunkten behutsam
- 20 weiterentwickelt werden muss, aber in seiner Grundausrichtung mit einem Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien und eine degressiven Vergütung erhalten und um einen Speicherbonus erweitert werden muss.

- 25 Die SPD schlägt stattdessen zur Begrenzung des Strompreises folgende Maßnahmen vor:

- Senkung der Stromsteuer für Haushaltskunden in Höhe des EEG-Umlage-getriebenen Umsatzsteuerzuwachses (rd. 800 Mio.)
 - Abschaffung der Netzentgeltbefreiung (rd. 400 Mio.)
 - Abschaffung der Marktprämie (300 Mio.)
- 30 • Rücknahme der Ausweitung der EEG-Umlagebefreiung für Industrieunternehmen, insbesondere für Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

*Antragsbereich II.A/Antrag 56 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
 Stadtverband Bochum 3
 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Nachhaltige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen

Die Möglichkeiten deutscher Unternehmen, insbesondere börsennotierter Aktiengesellschaften, feindliche Übernahmeveruche abzuwehren sind gering. Insbesondere verbietet § 33 WpÜG effektive Abwehrhandlungen des Vorstands der Zielgesellschaft nach Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Übernahmeangebots bis zur Veröffentlichung des Ergebnisses. Spätestens seit der feindlichen Übernahme von Hochtief durch die Grupo ACS im Jahre 2010 steht der deutsche Gesetzgeber in der Kritik. Für den Wähler ist es nicht nachvollziehbar, dass bei der Übernahme eines deutschen Unternehmens, diese Übernahmen nicht etwa durch das Übernahmeunternehmen selbst, sondern faktisch durch das Zielunternehmen bezahlt werden. Dafür werden entweder, im Rahmen der Gläubigerschutzvorschriften, Geldmittel des übernommenen Unternehmens abgezogen oder durch dieses Kredite, zur Tilgung des eigenen Erwerbspreises, aufgenommen. Oft wird das gesunde Zielunternehmen in dieser Weise ausgebeutet und materielle sowie immaterielle Werte auf das Übernahmeunternehmen übertragen. Dieser Vorgang führt zu einem Ausbluten lassen des Zielunternehmens. Solch eine Praxis führt zur Gefährdung erfolgreicher Unternehmensführung in Deutschland und erhöht zusätzlich das Risiko für bestehende Arbeitsverhältnisse auf Grund betriebsbedingter Kündigungen.

Maßnahmen zum Schutz vor feindlichen Übernahmen sind vielfältig. Über eine Stärkung von Minderheitsaktionären in Verbindung mit Überarbeitung des Squeeze Out Regelungen im AktG., das Zulassen von Abwehrhandlungen mit der Folge einer Gesetzesänderung in § 33 WpÜG, die Erweiterung der Pflichten zur Veröffentlichung von Übernahmeangeboten gemessen an den Shares,...

Festzuhalten ist, dass solche Maßnahme getroffen werden müssen. So gehört es ebenfalls zu einer sozialen und solidarischen Politik, dass neben der Stärkung von Arbeitnehmerinteressen durch die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten, auch die Existenz und der Handlungsspielraum übernahmegefährdeter Unternehmen geschützt werden. Der unkontrollierte Liquiditätsabfluss ins Ausland muss eingedämmt werden. Gesunde und beständige Unternehmen stehen für Zukunft und für sichere Arbeitsplätze.

III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.

Antragsbereich III.A/ Antrag 7 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Landesverband Berlin

Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab. Die Bundestagsfraktion wird dazu
5 aufgefordert, sich für die Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Personenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Menschen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder „männlich“ zuordnen zu müssen. Dieses Anliegen soll außerdem in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden.

Antragsbereich III.A/ Antrag 15 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)
Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Änderungsantrag zum Kap. III.4

Absatz einfügen im Kapitel III. 4 (Jugendpolitik) nach dem 1. Absatz:

- Förderung eines Netzwerkes gegen Homo- und Transphobie und für Vielfalt an Schulen**
5 Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie wird als Bildungsaufgabe an Schulen kaum wahrgenommen, deshalb wollen wir ehrenamtlich arbeitende Schulaufklärungsprojekte, welche dieses Defizit an unseren Schulen durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen ausgleichen, fördern.
- 10 Wir werden ein bundesweites Netzwerk dieser lokalen Aufklärungsprojekte finanziell und ideell unterstützen, um so einen nachhaltigen Austausch, gemeinsame Fortbildungen und daraus resultierende Qualitätsstandards zu ermöglichen, den Aufbau neuer Projekte zu fördern und so die Reichweite dieser Arbeit zu erhöhen.

Antragsbereich III.A/ Antrag 18 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Unterbezirk Bremen-Stadt
(Landesorganisation Bremen)

Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet

Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Hierzu wird sie auf eine Änderung des Telemediengesetzes hinzuwirken, um WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleichzustellen und im Urheberrecht Änderungen vornehmen, die klare Voraussetzungen für das Vorliegen einer
5 Störerhaftung schaffen, wobei nach Möglichkeit insbesondere nichtgewerbliche WLAN-Betreiber von einer entsprechenden Haftung freizustellen sind. Ferner wird die SPD Regelungen schaffen, in denen die Anforderungen an die jeweils einzusetzenden Schutzmaßnahmen durch

die Betreiber eindeutig definiert werden und sich an alltagstauglichen Kriterien orientieren.

Antragsbereich III.A/Antrag 24 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten

Wir werden die nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten rehabilitieren und entschädigen.

Antragsbereich III.A/Antrag 25 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

LSBTI-Rechte als unveräußerliche Menschenrechte

Wir erkennen Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen als unveräußerliche Menschenrechte an und werden sie weltweit vertreten.

Antragsbereich III.A/Antrag 26 (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Neufassung der Rechte trans- und intergeschlechtlichen Menschen!

Wir werden die Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen stärken und die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen durch Implementierung in das Personenstandsgesetz und die Sozialgesetzbücher nachhaltig gestalten.

IV. Für eine gerechte Steuerpolitik

Antragsbereich IV.A/ Antrag 6 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Stadtverband Bochum 3

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Unnötige Subventionen zurückführen-Transparenz schaffen

In die Reihe von Transparenzmaßnahmen zur Kontrolle der der Ausgaben und Eindämmung des Einflusses von Lobbyisten gehört auch, dass die Gewährung von Subventionen neu geregelt wird.

5

Die im Steuerrecht und anderen Gesetzen versteckten, sowie die in den einzelnen Ressortetat befindlichen Subventionen, werden in einem eigens eingerichteten Subventionsetat zusammengefasst und ausgewiesen. Dieser Etat hätte voraussichtlich nach Untersuchungen des IWF aus 2010 eine Ausstattung von rd. 170 Milliarden Euro.

10 Damit ist zu beachten, dass nach Ansicht des IWF ein Einsparvolumen von rd. 60 Milliarden Euro realistisch ist. Die frei werdenden Mittel stehen dann für gesellschaftspolitisch relevante Projekte zur Verfügung.

15 Die verbleibenden Unterstützungsleistungen in diesem Etat obliegen ob der weiteren Notwendigkeit der jeweiligen Hilfe einer jährlichen Überprüfung durch den Haushalts- und Finanzausschuss in öffentlicher Sitzung und werden vom Parlament beschossen. Dies dient sowohl der soliden und verlässlichen Ermittlung der Staatsfinanzen als auch der Transparenz im Umgang mit Lobbyisten.

Antragsbereich IV.A/ Antrag 9 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Stadtverband Bochum 3

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Compliance/Wegzugsbesteuerung

5 Compliance ist auch für die Bürger im Verhältnis zum Staat notwendig. Hin und wieder hört man Drohungen, dass Bürger wegen ihrer Meinung nach zu hoher Besteuerung damit drohen, unser Land zu verlassen, um eine finanziell attraktivere Heimat zu wählen und ihre Vermögenswerte zu verlagern.

10 Doch haben sie ihr Vermögen nicht ganz allein erworben, sondern durch staatliche Infrastrukturmaßnahmen, Subventionen, Mehrwerterschöpfung, Preissteigerungen etc. sehr vom Gemeinwesen und der Wertsteigerung durch Dritte profitiert, unbeschadet ihrer eigenen Leistung. Diese (stillen) Reserven müssen in Gänze der deutschen Besteuerung unterliegen und den hier Verbleibenden zu Gute kommen. Unter dem Begriff „Wegzugsbesteuerung“ versteht man gesetzliche Regelungen, die eine steuerliche Erfassung von im Inland belegenen Stillen Reserven sicher stellen sollen. Dazu stehen erste Ansätze im § 6 Außensteuergesetz (AStG).
15 Diese Vorschrift muss ausgebaut werden. Wegen noch ungeklärter EU-Probleme sind zuerst Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Nicht-EU-Staaten zu schließen. Diese sind auch in erster Linie Anlaufstellen für Steuerflüchtlinge.

V. Soziale Sicherheit und Vorsorge

Antragsbereich V.A/ **Antrag 9** (Überwiesen an den ordentlichen Bundesparteitag 2013)

Ortsverein Regensburg-Osten

(Landesverband Bayern)

Rezeptfreie Abgabe der Pille danach

Auch in Deutschland muss es für Frauen endlich möglich sein, schnell und unkompliziert Zugang zu Notfallverhütung zu bekommen. Mit der sogenannten Pille danach (mit dem Wirkstoff Levonorgestrel) steht ein Medikament zur Verfügung, das insbesondere in den ersten
5 24 Stunden nach einem ungeschützten Geschlechtsverkehr wirksam vor einer ungewollten Schwangerschaft schützen kann. Derzeit darf die Pille danach nur auf Rezept abgegeben werden. Das bedeutet, dass bei Verhütungspannen, die ja nicht selten abends oder am Wochenende auftreten, ein Hindernislauf beginnt. Frauen müssen dann für die Pille danach ins Krankenhaus – aber es darf keines in kirchlicher Trägerschaft sein, denn dort ist den Ärztinnen und Ärzten die
10 Verschreibung der Pille danach vom Dienstherrn verboten[1]. In vielen Städten und Regionen sind die Krankenhäuser aber überwiegend oder ausschließlich in kirchlicher Hand. Medizinisch besteht keine Notwendigkeit, die Pille danach nur auf Rezept abzugeben. In 28 europäischen Ländern wird die Pille danach rezeptfrei abgegeben, die Erfahrungen damit sind positiv. Das zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat schon
15 im Jahr 2003 die rezeptfreie Abgabe der Pille danach empfohlen. Auf diese Weise könnten Frauen die Pille danach in der Apotheke bekommen, zusammen mit der erforderlichen Beratung. Die Pille danach ist gut verträglich und wirkt umso besser, je schneller nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr sie eingenommen wird. Die Pille danach ist keine Abtreibungspille, sie wirkt nicht bei bestehender Schwangerschaft, sondern sie verhindert den Eisprung, ähnlich wie die
20 Pille.

Das Bundesgesundheitsministerium muss endlich eine Verordnung zur Aufhebung der Rezeptpflicht für die Pille danach erlassen. Wir schließen uns damit einer Kampagne des pro familia-Bundesverbands an. Frauen dürfen nicht aus ideologischen, medizinfremden Gründen am Zugang zu Notfallverhütung gehindert werden.

25

[1] Außer es handelt sich um eine Vergewaltigung, für diesen Fall hat die Deutsche Bischofskonferenz im Februar 2013 eine Ausnahmeregelung beschlossen.

Antragsbereich V.A/ **Antrag 14** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Bezirk Hessen-Süd

Erhalt der Regelungen zur Betrieblichen Altersversorgung

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Entschließungsantrag zu verabschieden, der die Bundesregierung auffordert, die betriebliche Altersversorgung in Deutschland in ihrem gegenwärtigen Stand beizubehalten. Insbesondere darf die von der EU-Kommission geplante
5 Vorschrift zur Erhöhung der Eigenmittel nicht realisiert werden.

Kollektive und individuelle Rechte von Patientinnen und Patienten stärken

5 In der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik haben die Rechte von Patientinnen und Patienten große Bedeutung. Die SPD hat deshalb in ihrer Regierungszeit verstärkt Patientenrechte im Gesundheitssystem verankert, insbesondere die Einrichtung des Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), die Einführung von qualitätsgesicherten Früherkennungsuntersuchungen, beginnend mit dem Mammografiescreening, Mitberatungs- und Antragsrechte für Patientenvertreter im gemeinsamen Bundesausschuss, die Installierung einer unabhängigen Patientenberatung, die rechtliche Verbindlichkeit von Patientenverfügungen, sowie die Schaffung des Amtes der oder des Patientenbeauftragten der Bundesregierung.

10 Patientinnen und Patienten fühlen sich dennoch häufig als Bittsteller im Gesundheitssystem und sind im Konfliktfall gegenüber den Leistungserbringern und den Krankenkassen häufig unterlegen. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Patienten auf individueller und kollektiver Ebene im Gesundheitssystem sind nicht ausreichend.

15 Ein modernes Patientenrechtegesetz muss deswegen nicht nur das bisher bestehende Recht zusammenführen und auf Vollzugsdefizite reagieren. Die Patientenrechte sind weiter zu entwickeln. Es sind z.B. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Rechtsanspruch der Patientinnen und Patienten auf zeitnahe, qualitativ gute und sichere Behandlung tatsächlich erfüllt wird.

20 Patientinnen und Patienten sollen dabei von Betroffenen zu Beteiligten werden. Das setzt auf individueller Ebene eine umfassende Aufklärung der Patientinnen und Patienten durch die behandelnden Ärzte voraus, einschließlich diagnostischer und therapeutischer Alternativen. Partnerschaftliche Entscheidungen von Arzt und Patient über die durchzuführende Diagnostik und Therapie führen außerdem zu einer aktiven Krankheitsbewältigung und zu nachweislich besseren Behandlungsergebnissen. Das führt auch zu einer höheren Berufszufriedenheit für die behandelnden Ärztinnen und Ärzte.

30 Im Falle eines Behandlungsfehlers ist es notwendig, Patientinnen und Patienten besser zu unterstützen und ihre Rechtsposition zu stärken. Die Kompetenz und die Erfahrungen von Patientinnen und Patienten sind über ihre Vereine und Verbände für die Gestaltung und Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems stärker zu nutzen. Hierfür kann die Einrichtung einer "Nationalen Patientenstiftung", die die Aufgaben der Patientenberatung, Interessenvertretung und Herstellung der Qualitätstransparenz bündelt, dienen.

Wir wollen folgende konkreten Grundsätze und Vorhaben umsetzen:

Verbesserung der Patientenberatung und der medizinischen Behandlung

40 **1. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf fachgerechte Behandlung nach dem wissenschaftlich anerkannten und gesicherten Qualitätsstandard für die jeweiligen Heil- und Gesundheitsfachberufe.**

45 Diese Forderung setzen ein Qualitätsmanagement und Qualitätssicherungsinstrumente, die der Patientensicherheit dienen, bei allen Leistungserbringern voraus. Insbesondere bei chronischen

und schweren Erkrankungen sollen Behandlungsziele vereinbart werden.

50 Das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten endet nicht an der Grenze der
Einwilligungsfähigkeit. Der mutmaßliche Wille sowie sprachliche und nichtsprachliche
55 Äußerungen, die auf eine Verweigerung der Behandlung schließen lassen, sind zu
berücksichtigen.

Die Behandelnden sind zur Verschwiegenheit über das, was ihnen im Rahmen des
55 Behandlungsverhältnisses anvertraut wurde oder bekannt geworden ist, verpflichtet. Es wird eine
Regelung zu den Voraussetzungen geschaffen, unter denen sie nach dem Tod eines Patienten
oder einer Patientin gegenüber deren Erben und/oder Angehörigen von der Schweigepflicht
entbunden sind.

60 **2. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine rechtzeitige, umfassende und
verständliche Aufklärung über alle für die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes über
ihre medizinische Behandlung wesentlichen Punkte einschließlich
Behandlungsalternativen, auch wenn diese vom aufklärenden Arzt selbst nicht angeboten
werden können. Patienten haben auch ein Recht auf Nichtwissen.**

65 Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) sind bis auf ganz wenige Ausnahmen, wie z. B.
Reiseimpfungen, keine notwendigen medizinischen Leistungen. Für die Beratungsgespräche zu
IGeL gilt daher eine ganz besondere Sorgfalt. Keinesfalls dürfen Patienten überrumpelt werden:
70 Sie brauchen ausreichend Bedenkzeit. Bei IGeL muss grundsätzlich ein schriftlicher
Behandlungsvertrag geschlossen werden.

In einem persönlichen Gespräch sind Patientinnen und Patienten umfassend über die Individuelle
Gesundheitsleistung aufzuklären, u. a. auch darüber, warum diese nicht Leistung der
75 gesetzlichen Krankenkasse ist, bzw. in welchen Fällen sie es wäre. Diese Beratungsgespräche
sind ausschließlich von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten vorzunehmen, nicht an Dritte zu
delegieren und kein Ersatz für eine schriftliche Aufklärung.

Bei Formverstößen, z. B. fehlenden Informationen im Behandlungsvertrag oder fehlender
80 schriftlicher Rechnung, sind die Patientinnen und Patienten nicht verpflichtet, für die Leistung zu
zahlen.

**3. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine wahrheitsgemäße,
fälschungssichere und vollständige Dokumentation.**

85 Ihnen ist auf Verlangen Einsicht in die Dokumentation zu gewähren und eine Kopie der
Dokumentation auszuhändigen. Die Dokumentation ist kein Selbstzweck. Sie dient in gleichem
Maße als Gedächtnisstütze für den Behandelnden, dem Informationsfluss unter verschiedenen
Behandelnden und somit dem Behandlungserfolg, sowie dem Interesse des Patientinnen und
Patienten.

90 In den Patientenakten sind Änderungen und die Person, welche die Änderungen vorgenommen
hat, kenntlich zu machen. Auf Wunsch sind den Patientinnen und Patienten unverzüglich Kopien
und eine Erklärung über deren Vollständigkeit zur Verfügung zu stellen.
Eine Einschränkung des Rechts auf Akteneinsicht kann in bestimmten Fällen, z. B. im Rahmen
95 einer psychiatrischen Behandlung zur Wahrung medizinisch begründeter
Patientenschutzinteressen, notwendig sein. Diese bedarf jedoch einer schriftlichen individuellen
Begründung von Seiten des behandelnden Therapeuten. Behandelnde und Pflegende sind auch

zur Dokumentation der von ihnen erbrachten Leistungen und verwendeter Medizinprodukte verpflichtet. Im Zweifelsfall sind so Patientinnen und Patienten identifizierbar, die ein bestimmtes mangelbehaftetes Produkt implantiert bekommen haben.

100

Patientinnen und Patienten haben das Recht auf eine Gegendarstellung, wenn sie Fehler in ihren Behandlungsunterlagen bemerken, z.B. bei der dokumentierten Aufklärung.

105 **4. Patientinnen und Patienten erhalten nach jedem größeren Eingriff und beim Verlassen des Krankenhauses einen Patientenbrief.**

In diesem allgemeinverständlich formulierten Schreiben erhalten sie Informationen über den durchgeführten Eingriff die angewandten Methoden ggf. über verwendete Hilfsmittel und Implantate, den Verlauf und darüber, ob und zu welchen Komplikationen es gekommen ist. Der
110 Patientenbrief dient der besseren Information der Patienten und soll auch die Zahl unnötiger Klagen senken, die auf der Grundlage von Intransparenz angestrengt werden. Gleichzeitig erhöht der Patientenbrief die Wahrscheinlichkeit, dass die Patientinnen und Patienten bei einem tatsächlichen Fehler entschädigt werden.

115 **5. Die Sicherheit bei Medizinprodukten muss dringend verbessert werden.**

Es ist nicht nachvollziehbar, dass für Medizinprodukte höherer Risikoklassen geringerer Sicherheitsstandards gelten als für Medikamente. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass für Medizinprodukte höherer Risikoklassen (z. B.
120 alle Produkte, die im menschlichen Körper verbleiben) europaweit eine einheitliche amtliche Zulassung eingeführt wird. Um schnell einen besseren Schutz der Patientinnen und Patienten in Deutschland zu erreichen, soll die Erstattung durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nur für diejenigen Produkte übernommen werden, für die ein Patientennutzen im Verhältnis zu den Risiken nachgewiesen ist (analog der frühen Nutzenbewertung bei den Arzneimitteln).
125 Die in Deutschland mit der technischen Prüfung der Medizinprodukte benannten Stellen, sollen diese Prüfung nicht mehr nur an Hand eingereicherter Papiere vornehmen, sondern an Hand einer Baumusterprüfung. Die auf dem Markt befindlichen Medizinprodukte sind durch regelmäßige Stichprobenziehungen mit den Baumustern zu vergleichen. Im Rahmen unangekündigter Kontrollen in den Fertigungsbetrieben sollen ebenfalls Stichproben gezogen und geprüft werden.
130 Die Hersteller von Medizinprodukten werden verpflichtet eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, so dass sichergestellt ist, dass im Fall eines Schadens die betroffenen Patientinnen und Patienten entschädigt werden.

Ein Implantatregister zur Versorgungsforschung und ein Verzeichnis zur Rückverfolgung bei
135 bekannt gewordenen Problemen sollen eingerichtet werden.

6. Case- und Care-Management

Fallmanagement muss nicht nur in einzelnen Projekten der Integrierten Versorgung, sondern
140 auch innerhalb der Regelversorgung breitere Anwendung finden. Gerade beim Übergang vom Krankenhaus in den ambulanten Bereich oder beim Vorliegen von chronischen Erkrankungen, die nicht durch Disease-Management-Programme erfasst sind, benötigen Patientinnen und Patienten oft Unterstützung.

145 **Stärkung der kollektiven Beteiligungsrechte der Patientinnen und Patienten**

7. Die unabhängige Patientenberatung Deutschlands (UPD) braucht ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen, eine deutlich bessere Personalausstattung als heute und eine verlässliche Finanzierung, damit sie ihre Aufgaben auch tatsächlich wahrnehmen kann.

150

Der mangelnde Bekanntheitsgrad der heutigen UPDs liegt vor allem daran, dass auf Grund der zu geringen Personalausstattung die Beratungsstellen schon heute überlastet sind. Eine öffentlichkeitswirksame Werbung unterbleibt deswegen. Darüber hinaus ist auch eine stärkere Einbindung der Selbsthilfeorganisationen in die Arbeit der UPD notwendig.

155

Die UPD sollte sich darüber hinaus mit bestehenden Institutionen in den Bereichen der Pflege- und Rehabilitation (z.B. Pflegestützpunkte) vernetzen.

8. Die Leistungen der Selbsthilfe sollen evaluiert und entsprechend weitreichender unterstützt werden.

160

Ehrenamtliche Selbsthilfegruppen sparen dem Gesundheitssystem nicht nur Transaktions- und Bürokratiekosten, es gibt auch deutliche Hinweise, dass sie durch ihre Arbeit einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit ihrer Mitglieder leisten. Eine wissenschaftliche Evaluation dieser positiven Effekte soll helfen, Selbsthilfegruppen zielgerichteter zu fördern und besser in das Gesundheitssystem zu integrieren (z.B. über Projekte der Integrierten Versorgung).

165

9. Die kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten und Patientinnen im Gesundheitswesen über Verbände und fachkundige Organisationen werden durch Gesetz auf Bundes- wie auf Landesebene gestärkt und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt.

170

Insbesondere an der Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung sind die Patientenvertretungen zu beteiligen. Die Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss müssen ein Stimmrecht in Verfahrensfragen erhalten. Weiterhin wird ein unabhängiges „Institut für Patientenbelange“ eingerichtet, das die Patientenvertreter professionell unterstützt. Damit werden die Vorteile und der Wissensvorsprung, den die Bänke der Kostenträger und Leistungserbringer haben, besser ausgeglichen.

175

10. Neben dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung sollten in allen Bundesländern Patientenbeauftragte ihre Arbeit aufnehmen.

180

Die regionalen Kenntnisse sind hilfreich, sowohl konkrete Probleme im Einzelfall zu lösen als auch strukturelle Probleme der Gesundheitsversorgung in der Region zu identifizieren und zu Verbesserungen zu kommen.

185

Besserer Umgang mit Behandlungsfehlern

11. Wir brauchen einen offenen Umgang mit Fehlern und „Beinahe Fehlern“ im Gesundheitssystem.

190

Es ist nicht ehrenrührig einen Fehler zu machen, wohl aber, diesen zu vertuschen. Notwendig sind Verbesserungen im Bereich des Risikomanagements. Entsprechende Standards sind so verbindlich möglich zu festzulegen. Dabei sind alle beteiligten Berufsgruppen einzubeziehen. Arbeitsrechtliche Sanktionen für Meldungen eigener und fremder Fehler sind gesetzlich auszuschließen.

195

12. Die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen müssen ihre Versicherten in Schadensfällen unterstützen.

200 Das umfasst Schäden die aus Behandlungsfehlern, fehlerhaften Medizinprodukten und fehlerhaften Arzneimitteln entstanden sind. Eine weitergehende Unterstützung von Patientinnen und Patienten bei Gerichtsprozessen ist zu prüfen.

13. Es soll ein besonderes Mediations- und Schiedsverfahren für Fälle der Arzt- bzw. Krankenhaushaftung eingeführt.

Dieses Verfahren soll bei einzurichtenden Schlichtungsstellen durchgeführt werden, in denen Ärzte, Vertreter der Krankenkassen und der Patienten vertreten sind. Ein Mitglied der Schlichtungskommission muss die Befähigung zum Richteramt haben. Die Schlichtungsstelle
210 betreibt zunächst die Sachverhaltsaufklärung bezüglich der Frage, ob ein für den Schaden ursächlicher Behandlungsfehler vorliegt und kann dann auf Antrag der Patientin bzw. des Patienten ein Vergleichsverfahren durchführen. Das Ergebnis dieses Schlichtungsverfahrens entspricht in der Wirkung einem gerichtlichen Vergleich und kann vollstreckt werden. Mit diesen neutralen Schlichtungsstelle kann eine Zahl von Arzthaftungsprozessen vermieden werden. Das
215 liegt sowohl im Interesse der Patientinnen und Patienten als auch der Ärztinnen und Ärzte.

14. Er wird ein Härtefallfonds aufgelegt, der Patientinnen und Patienten bei denen ein Behandlungsfehler vermutet wird und bei denen die Kriterien für einen Härtefall erfüllt sind, finanzielle Unterstützung gewährt.

220 Der Fonds tritt zunächst für diejenigen Patientinnen und Patienten ein, die in einem nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhaus einen Schaden erleiden. Nach Evaluation soll er zu einem späteren Zeitpunkt alle Patientinnen und Patienten unterstützen, unabhängig davon, in welchen Einrichtungen oder von welchen Gesundheitsberufen sie behandelt wurden. Dieser Härtefallfond ist kein Ersatz für Schadensersatzansprüche, die durchaus eingeklagt werden sollen.
225 Bei Durchsetzung eines Schadenersatzanspruches ist bis zur Höhe der dabei erhaltenen Entschädigung die seitens des Härtefallfonds erbrachte Zahlung an diesen zurückzuzahlen. Bei eindeutiger Beweislage und problemlos erscheinender Durchsetzbarkeit des Schadenersatzanspruches tritt der Härtefallfond nicht ein. Die Kosten für einen Härtefallfonds sind durch ein Mischmodell von den Haftpflichtversicherern der Leistungserbringer, aus den bereits zu erbringenden Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten zum Krankenhausaufenthalt,
230 durch eine analoge Abgabe der PKV-Versicherten sowie aus Steuermitteln zu erbringen. In Anlehnung an den Wiener Härtefallfonds und nach Hochrechnung auf Deutsche Verhältnisse werden die Gesamtkosten auf höchstens 60 Mio. Euro im Jahr geschätzt.
235 Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alternativ zum bestehenden Haftungsrecht, eine Überführbarkeit der Haftungsleistung in die gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), mit dem Leistungsrahmen des SGB VII möglich ist.

15. Es soll weitergehende Beweiserleichterungen für die Betroffenen von Behandlungsfehlern und fehlerhaften Medizinprodukten geben.

Als Ergänzung zum geltenden Recht, wonach eine Beweislastumkehr nur bei schweren Behandlungsfehlern eintritt, sollen diese Regelung auch in anderen Fällen greifen, beispielsweise wenn die Qualitätsberichte eines Krankenhauses vergleichsweise hohe Komplikationsraten bei bestimmten Eingriffen belegen. Auch bei unterlassenen Meldungen bei Vorfällen mit
245 Medizinprodukten durch einen Arzt oder ein Krankenhaus soll eine Beweislastumkehr zur

Anwendung kommen, so dass Patientinnen und Patienten bei späteren gerichtlichen Auseinandersetzungen bessergestellt werden. Bei fehlerhaften Serien von Medizinprodukten wird es den betroffenen Patientinnen und Patienten außerdem ermöglicht, auch vor Eintritt eines
250 möglichen Schadens die Medizinprodukte der fehlerhaften Serie auf Kosten des Herstellers austauschen zu lassen.

**16. Die Bundesländer sollen eine gemeinsame Regelung treffen, mit der alle Ärztinnen und Ärzte verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen nachzuweisen, dass sie über eine
255 Haftpflichtversicherung verfügen, die den gesamten Umfang ihrer Tätigkeit umfasst und in ausreichendem Maße abdeckt.**

Verstöße gegen diese Pflicht werden sanktioniert. Wir brauchen mehr Qualitätstransparenz für den Patienten. Damit Patientinnen und Patienten ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können,
260 müssen sie auch Zugang zu Qualitätsdaten in der ambulanten und stationären Versorgung einrichtungsbezogen erhalten.

Antragsbereich V.A/ Antrag 20 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab.

Antragsbereich V.A/ Antrag 21 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden beenden

Wir beenden die Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden.

Antragsbereich V.A/ Antrag 23 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD

Prävention und Forschung von HIV/Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen

Wir werden die Prävention und die Forschung von HIV/Aids, sexuell übertragbarer Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen deutlich stärken und deren Behandlung verbessern.

VII. Umwelt und Verbraucherschutz

Antragsbereich VII.A/ Antrag 8 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Landesverband Sachsen

Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen

- Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich neben dem Ausbau erneuerbarer Energie ebenso für die Priorität der Speichertechnologie von Pumpspeicherkraftwerken einzusetzen und die Bundesregierung dazu zu drängen, diese nach allen Möglichkeiten zu fördern. Dies gilt sowohl allgemein wie auch im aktuell vorliegenden Fall für das PSW Niederwartha, das nach neuesten Aussagen Vattenfalls von der Schließung bedroht ist und für das laut einer kleinen Anfrage keine Mittel zur Rettung bereitstehen. Damit wird der Erfolg der Energiewende bedroht, da diese Regel- und Speicherkraftwerke unabdingbar sind um die Fluktuationen von Wind- und Solarenergie grundlastfähig zu machen und auf keines dieser Kraftwerke verzichtet werden kann.

Antragsbereich VII.A/ Antrag 9 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Region Ostwestfalen-Lippe

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden

- Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden, Salzverminderungsstrategie vor Ort umsetzen, Werra und Weser von Salzlaugen entfrachten
- Die SPD-Bundestagsfraktion und eine künftige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werden aufgefordert, umgehend Maßnahmen gegen die weitere Ableitung von salzhaltigen Abwässern aus den Kali- und Salzproduktionsstätten in Hessen und Thüringen einzufordern. Dazu werden wir die noch aus dem Kriegsjahr 1942 stammenden zulässigen Grenzwerte für Chlorid von 2.500 mg/L entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie für guten ökologischen Zustand reduzieren. Zur Sicherung der Arbeitsplätze und der weiteren Produktion von Kalidüngern in den Abbaugebieten werden wir gezielt Technologien zur Haldenabwasserklärung und -entsalzung fördern und deren Anwendung einfordern. Planungen und Maßnahmen zum Bau einer Fernleitung mit dem Ziel, salzhaltige Halden- und Produktionsabwässer in die Oberweser einzuleiten müssen umgehend eingestellt werden.
- SozialdemokratInnen halten daran fest: Abfälle und Abwässer vermeiden, vor Ort entgiften, regional entsorgen. Sollten diese Maßnahmen nicht zeitnah und vollständig zum Erfolg führen, streben wir den Bau einer Fernleitung zur Nordsee als Ableitungsweg der Salzfrachten als dann folgende technische Lösung an. Die EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ab dem Jahr 2020 wäre auf jeden Fall zu berücksichtigen.

*Antragsbereich VII.A/ **Antrag 10** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Unterbezirk Minden-Lübbecke
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Bundeseinheitliche Grundsätze für die Dichtheitsprüfung umsetzen

- Die Bundestagsfraktion und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werden sich für eine bundesweit gültige einheitliche Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) einsetzen und die unterschiedlichen Länderbestimmungen ersetzen.
- 5 Die sogenannte „Dichtheitsprüfung von Abwasseranschlüssen“ hat in vielen Teilen dieser Republik für Verwirrung und heftigen Protesten geführt. Ursache dieser Unruhe bei privaten Hausbesitzern sind die §60 und §61 des Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Bundes. Diese Regelung hat inzwischen zu sechzehn teils sehr unterschiedlichen Ausführungsgesetzen in den einzelnen Bundesländern geführt. Teilweise ist die Kompetenz auf die einzelnen Kommunen
- 10 oder Wasserverbände übertragen worden. Diesen für die Bürger nicht mehr nachvollziehbaren widersprüchlichen Auswuchs des Föderalismus wollen wir beenden.

IX. Ein anderes und besseres Europa

Antragsbereich IX.A/ Antrag 2 (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)

Unterbezirk Bremen-Stadt

(Landesorganisation Bremen)

Europäische Beschäftigungs- und Wachstumsprogramme

5 Angesichts der Beschäftigungskrisen einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union fordert der Bundesparteitag die SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament auf, beschäftigungs- und wachstumsfördernde Programme zugunsten dieser Länder zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu initiieren, um die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern zu bekämpfen.

10 Diese Programme sind nicht alleine durch die öffentlichen Haushalte dieser Länder zu finanzieren. Vielmehr sind Instrumente wie z.B. die Europäische Investitionsbank zu nutzen. Finanzielle Konditionen, wie sie bei Entwicklungshilfekrediten international üblich sind, können als Muster derartiger Verträge dienen.

Themenübergreifende Anträge

*Antragsbereich thA/ **Antrag 7** (Überwiesen an Parteivorstand)*

Ortsverein Hünxe

(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Koalitionsbildung

Wir fordern künftig keine Koalitionen mit demokratischen Parteien auszuschließen

*Antragsbereich thA/ **Antrag 8** (Überwiesen an Parteivorstand)*

Unterbezirk Würzburg Stadt

(Landesverband Bayern)

Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!

Wir fordern, dass sich die SPD im Vorfeld einer Wahl mit den Inhalten beschäftigt und den Wahlkampf so führt, dass im Anschluss möglichst viele sozialdemokratische Inhalte umgesetzt werden können. Es dürfen vor dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen keine Bündnisse ausgeschlossen werden.

Sonstige

*Antragsbereich So/ **Antrag 1** (Überwiesen an Parteivorstand)
Unterbezirk Würzburg Stadt
(Landesverband Bayern)*

Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf!

In letzter Zeit konnte man vermehrt beobachten, dass SPD-KandidatInnen für öffentliche Ämter auf ihren Wahlplakaten und Wahlpublikationen auf einen sichtbaren Hinweis auf die SPD verzichtet haben. Da stellt sich die Frage, ob sich die KandidatInnen für ihre Parteizugehörigkeit schämen oder sie die Verwendung des SPD-Logos als wahlkampfschädlich empfinden.

- 5
- Wer sich für die SPD aufstellen lässt, sollte auch zeigen, dass sie/ er für die SPD antritt. Daher soll öffentlich auf allen Wahlplakaten und Wahlpublikationen der von der SPD aufgestellten KandidatInnen gut sichtbar das SPD-Logo zu sehen sein. Dabei darf es keine Ausnahmen geben.
- 10
- Wer jedoch weiterhin darauf verzichten möchte, ist automatisch von einer Kandidatur für die SPD und den Wahlkampfgeldern der SPD ausgeschlossen.

*Antragsbereich So/ **Antrag 2** (Überwiesen an Parteivorstand)
030 Kreis Pankow
(Landesverband Berlin)*

Sorgfältige Mitwirkung am Wahlprogramm ermöglichen

Der Bundesparteivorstand hat den Gliederungen künftig zwischen Vorlage eines Bundeswahlprogrammwerfs und Antragsfrist zu den Entwurf beratenden Bundesparteitag einen Zeitraum von wenigstens vier Monaten zur Diskussion einzuräumen.

*Antragsbereich So/ **Antrag 3** (Überwiesen an Parteivorstand)
Ortsverein Eimsbüttel-Nord
(Landesorganisation Hamburg)*

Energiewende auch bei Infoständen auf Parteitag!

- Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, seine Sponsoring-Richtlinie dahin gehend zu ändern, dass Informationsstände auf Parteitagen nur an Anbieter von weit überwiegend Ökostrom (abzüglich Graustromanteil) mit anerkannter Zertifizierung vergeben werden.
- 5
- Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, die Sponsoring-Richtlinie im Sinne der Ziffer 2 zu überarbeiten.

*Antragsbereich So/ **Antrag 6** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen)
Unterbezirk Wesermarsch
(Bezirk Weser-Ems)*

Ausschreibung des ÖPNV verbessern - Qualitätssicherung jetzt!

SPD-Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich für Änderung der Ausschreibungen für Nahverkehrspläne im Schienen- und Straßennetz einzusetzen.

Antragsbereich So/ **Antrag 7** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Unterbezirk Wesermarsch
(Bezirk Weser-Ems)

Onlinebuchung von Fahrkarten im ÖPNV vereinheitlichen

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein einheitliches Buchungssystem für Onlinefahrkarten des ÖPNV im gesamten Bundesgebiet einzusetzen.

Antragsbereich So/ **Antrag 8** (Überwiesen an Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion)
030 Kreis Pankow
(Landesverband Berlin)

Arbeitswelten 2.0 Umgang mit "neuen Arbeitsverhältnissen"

Gerade in Berlin ist folgende Entwicklung zu beobachten: Immer mehr Menschen haben eine Arbeitsbiographie, die geprägt ist von Selbständigkeit (oftmals kombiniert mit Minijobs), Kleinunternehmertum, Solo-Selbständigkeit und verschiedensten Variationen davon.
5 Neben einer „digitalen Boheme“, die bewusst diese Berufswelt wählt, für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung keine Alternative darstellt, und für die kreative Lösungen bezüglich ihrer sozialen Sicherung gefunden werden müssen, sind hier auch viele Menschen, die von Ihrer Selbständigkeit nur mehr schlecht als recht existieren können und denen die sozialen Sicherungssysteme mehr im Wege stehen als nützen. Die SPD hat bis heute auf
10 diese Thematik keine Antwort gefunden.

Dazu ein Beispiel:

„Eine Dozentin in Integrationskursen mit einem Stundenhonorar von 18,- Euro kommt im
15 Durchschnitt auf etwa 1125,- Euro im Monat, wenn sie 24 Unterrichtsstunden wöchentlich arbeitet. Das ist bereits ein Vollzeitjob, da Vor- und Nachbereitungszeiten dazu kommen, aber nicht extra bezahlt werden. Berücksichtigt werden in der Rechnung 20 % Betriebsausgaben (Werbungskosten) und drei Monate beschäftigungslose Zeiten im Jahr (Ferien, Feiertage, Krankheitszeiten, Fortbildungen).

20 Wenn sie nicht die Hartz-IV-Kriterien erfüllt, zahlt diese Lehrerin an die Krankenkasse den Mindestbeitrag von 336,65 Euro und an die Rentenversicherung weitere 220,50 Euro, zusammen also 557,15 Euro. Das sind 49,5 % des Einkommens – ohne Steuern!
Ihr bleiben 567,85 Euro als Nettoeinkommen.“

25 Unser Auftrag an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD ist es, den Blick auf diesen Themenkomplex zu werfen, die politischen Bedürfnisse der oben beschriebenen Gruppen zu analysieren und Schritt für Schritt Lösungen zu generieren, die in einem Gesamtkonzept münden.

Antragsbereich So/ **Antrag 9** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Bezirk Hessen-Süd

Arbeitslosenstatistik

Die Ehrlichkeit in der Arbeitslosenstatistik muss wieder hergestellt werden. Wer keine Erwerbsarbeit hat, muss auch als arbeitslos aufgeführt werden. Alle Menschen, die aus dem Leistungsbezug heraus gefallen sind, müssen erfasst werden. Das gilt auch für die
5 Arbeitnehmer/innen, die sich in Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung befinden.

Antragsbereich So/ **Antrag 10** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Ortsverein Eimsbüttel-Nord
(Landesorganisation Hamburg)

Gegen bewaffnete Drohnen

Der Bundesparteitag spricht sich gegen Beschaffung und Einsatz von bewaffneten Drohnen durch Deutschland aus und fordert die internationale Ächtung dieser Waffen. Er fordert Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, entsprechend zu agieren.

Antragsbereich So/ **Antrag 11** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Bezirk Hessen-Süd

Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Berechnungsgrundlage für den für die CO2-Bilanz maßgeblichen Flottenverbrauch von Fahrzeugherstellern zu starten. Ziel der Initiative soll es sein, die tatsächlichen Verbräuche der
5 Fahrzeuge sowie die Verkaufszahlen und die Kilometerleistungen stärker zu berücksichtigen.

Antragsbereich So/ **Antrag 12** (Überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion)
Unterbezirk Köln
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Gesetz zur Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände

Das Strafrecht muss deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen deren politischer Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder
5 Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten, nicht dulden. Derartige sogenannte Hassstraftaten weisen gegenüber sonstigen Gewalttaten einen erhöhten Unrechtsgehalt auf. Der Täter bringt durch sie zum Ausdruck, dass er sein Opfer nicht als Individuum, sondern als Vertreter einer von ihm als minderwertig eingeschätzten Gruppe ansieht.
10 An dieser Stelle kann das Strafrecht ein deutliches Zeichen setzen, dass hassgeleitete Motive ein strafscharfender Umstand sind. Als Grundlage der Strafbemessung müssen die zuständigen Ermittlungsbehörden entsprechende Motivationen bei Straftaten erfassen und dokumentieren. Daher fordern wir die SPD- Bundestagsfraktion auf, die entsprechende Bundesratsinitiative der Bundesländer NRW, Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum „Gesetz zur
15 Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände „ zu unterstützen und erneut von der SPD-Bundestagsfraktion als Gesetzesentwurf in den Bundestag einzubringen.

Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die folgenden Anträge. Mit inbegriffen sind Anträge, die entweder in Gänze oder teilweise oder in geänderter Fassung in den RP1 aufgenommen wurden:

Ini1;Ini2;Ini5;Ini7;Ini8;Ini9;Ini10;Ini11;Ini12;Ini13;Ini15;Ini16;
I.A1;I.A2;
II.A1;II.A2;II.A3;II.A4;II.A5;II.A6;II.A7;II.A9;II.A10;II.A11;II.A13;II.A14;II.A15;II.A16;
II.A17;II.A18;II.A19;II.A21;II.A23;II.A24;II.A25;II.A26;II.A27;II.A30;II.A31;II.A33;II.A34
II.A36;II.A38;II.A39;II.A40;II.A41;II.A42;II.A45;II.A46;II.A47;II.A48;II.A49;II.A50;
II.A51;II.A53;II.A54;II.A55;
III.A1;III.A2;III.A3;III.A4;III.A5;III.A6;III.A8;III.A9;III.A10;III.A11;III.A12;III.A13;
III.A14;III.A16;III.A17;III.A20;III.A21;III.A22;III.A23;
IV.A1;IV.A2;IV.A3;IV.A4;IV.A5;IV.A7;IV.A8;IV.A10;
V.A1;V.A3;V.A4;V.A5;V.A6;V.A7;V.A8;V.A9;V.A10;V.A11;V.A12;V.A15;V.A16;V.A17;
V.A22;
VI.A1;VI.A2;VI.A4;VI.A5;VI.A6;VI.A8;VI.A9;VI.A10;VI.A11;VI.A12;
VII.A1;VII.A2;VII.A3;VII.A4;VII.A5;VII.A6;VII.A7;VII.A11;VII.A12;
VIII.A1;VIII.A2;VIII.A3;VIII.A4;VIII.A5;VIII.A6;VIII.A7;VIII.A9;VIII.A10;
IX.A1;
X.A1;
thA1;thA2;thA3;thA4;thA5;
So4;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

Ini4;Ini6;Ini14;
I.A2;
II.A10;II.A37;II.A52;I
II.A12;III.A19;
IV.A2;
V.A2;V.A13;V.A18;
VI.A3;VI.A7;VI.A13;
VIII.A8;
thA6;
So5;

Dokumentation Initiativanträge vom 14. April 2013

Dokumentation erledigter/abgelehnter Initiativanträge im Wortlaut (Originaltext) und Initiativanträge, die im RP1 in geänderter Fassung oder im Original aufgenommen wurden (und dadurch erledigt sind).

a.o. BPT am 14.4.2013 Augsburg	Überschrift	Seite
Ini1 (Erledigt durch Gesetz)	Änderungen Leistungen für Arbeitslose gerecht fortentwickeln	134
Ini2 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Änderungsantrag "Austeritätspolitik" zum RP 1	134
Ini4 (Abgelehnt)	Staatsministerin für Gleichstellung im Bundeskanzleramt	134
Ini5 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Vermögensabgabe für Europa	134
Ini6 (Abgelehnt)	Verbandsklagerecht im AGG	134
Ini7 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt	135
Ini8 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Genitalverstümmelung - eigener Straftatbestand	135
Ini9 (Erledigt) angenommen	GVO-Pflanzen	135
Ini10 (Erledigt) angenommen	Geschlechtszugehörigkeit	135
Ini11 (Erledigt) Angenommen in geänderter Fassung	Waffenexporte	136
Ini12 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Schüler-BAföG	136
Ini13 (Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK)	Leistungsschutzrecht	136
Ini14 (Abgelehnt)	Berücksichtigungszeiten	136
Ini15 (Erledigt durch Annahme Ini11 in der Fassung der AK)	Für eine transparente Waffenkontrolle!	136
Ini16 (Erledigt) Angenommen in geänderter Fassung	Schulsozialarbeit	137

Initiativ-Antrag 1

Änderungen Leistungen für Arbeitslose gerecht fortentwickeln

Seite 23, Zeile 53:

an den Satz "Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern." anfügen

5

"und das Arbeitslosengeld so weiterentwickeln, dass sich lange Beschäftigungszeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darin niederschlagen".

Initiativ-Antrag 2

Änderungsantrag "Austeritätspolitik" zum RP 1

Kapitel I, Seite 15, anfügen an Zeile 42:

5

Wir brauchen in Europa eine Abkehr von der Austeritätspolitik, die bislang die soziale und ökonomische Situation verschlimmert hat, wir brauchen durch ein europäisches Investitionsprogramm (Marshallplan für Europa) Wachstumsimpulse.

Initiativ-Antrag 4

Staatsministerin für Gleichstellung im Bundeskanzleramt

Kapitel III, Seite 38, Zeile 55, Einfügen nach "... Leitprinzip im Regierungshandeln sein."

5

Deshalb wird eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt die Koordinierung sämtlicher gleichstellungspolitischer Aktivitäten der Bundesregierung übernehmen.

Initiativ-Antrag 5

Vermögensabgabe für Europa

Kapitel II.1, Seite 17, anfügen an den letzten Absatz

5

Um diese Maßnahmen zu finanzieren, schließen wir uns der Forderung des DGBs an und setzen uns für eine einmalige Vermögensabgabe in Europa ein.

Initiativ-Antrag 6

Verbandsklagerecht im AGG

Kapitel III.2, Seite 44, Zeile 37 Der Satz:

"Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen."

5

wird wie folgt geändert:

10

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln: Unter anderem durch die Einführung eines Verbandsklagerechts sowie mittels einer besseren Finanzierung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Initiativ-Antrag 7

Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt

Kapitel VIII.3, Seite 83, Zeile 52-56

Einfügen nach "...Beratungseinrichtungen (...) sichergestellt wird."

5

Dies wollen wir verbinden mit einem Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder.

Initiativ-Antrag 8

Genitalverstümmelung - eigener Straftatbestand

Kapitel VIII.3, Seite 83, Zeile 63-67 Im Passus:

5

"Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir es auch künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandstaten im Strafgesetzbuch aufnehmen."

wird der zweite Satz wie folgt gefasst:

10

Als solches wollen wir es ~~auch~~ künftig im Strafgesetzbuch in einem eigenen Straftatbestand ausdrücklich unter Strafe stellen.

Initiativ-Antrag 9

GVO-Pflanzen

Kapitel VII.2, Seite 80, Zeile 2, streichen "im Lebensmittelkreislauf"

5

Wir lehnen - wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung - den Anbau von GVO-Pflanzen ~~im Lebensmittelkreislauf~~ ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden.

Initiativ-Antrag 10

Geschlechtszugehörigkeit

III. 2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen.

5

Auf Seite 44, Zeile 49 einfügen:

10

"Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen ein."

Initiativ-Antrag 11

Waffenexporte

Kapitel X, Seite 91, nach Zeilen 16 ff. einfügen:

- 5 "Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im deutschen Bundestag zu schaffen, dass bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das nach einem gestuften, bis zur endgültigen Entscheidung geheimen Verfahren zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Der Endverbleib aus Deutschland exportierter Waffen ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Initiativ-Antrag 12

Schüler-BAföG

Kapitel III.1, Seite 42, Zeile 38, Neuformulierung des Satzes (Ergänzung)

Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiter entwickeln und das Schüler-BAföG revitalisieren.

Initiativ-Antrag 13

Leistungsschutzrecht

Eine SPD geführte Bundesrepublik wird das Leistungsschutzrecht abschaffen.

Initiativ-Antrag 14

Berücksichtigungszeiten

Kapitel V.2, Seite 68, Zeile 41, ab Satz 2 (statt des kursiv gedruckten Wortlautes) einfügen:

- 5 Wir werden mittelfristig eine Angleichung der Entgeltpunkte für Geburten bis 1991 und ab 1992 vornehmen, weil uns auch in der Rentenversicherung jedes Kind gleich viel wert sein muss. Der Rentenanspruch älterer Mütter (oder Väter) wird sich dadurch erhöhen und eine Gerechtigkeitslücke wird geschlossen.

Initiativ-Antrag 15

Für eine transparente Waffenkontrolle!

Kapitel 10, Ersetze auf Seite 91 in Zeile 16-19 "Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert." durch:

- 5 "Dies bedeutet auch, dass über alle Waffenexporte in Länder außerhalb der EU und der NATO in Zukunft der Deutsche Bundestag abstimmen muss. Nur eine parlamentarische Kontrolle kann Transparenz gewährleisten."

Initiativ-Antrag 16

Schulsozialarbeit

Seite 39, Zeile 52-54, Streichen im Kapitel III.1 / „Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.“ im 4. Absatz den Satz

- 5 „Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen.“
und ersetzen durch:

- 10 „Wir werden daher dafür sorgen, dass die 3.000 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, die wir im Bildungs- und Teilhabepaket 2011 durchgesetzt haben, auch zukünftig durch den Bund finanziert werden und damit ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. Gemeinsam mit den Ländern werden wir Wege suchen, die Schulsozialarbeit weiter auszubauen.“